



3. Sitzung

Donnerstag, den 02.06.2016

Mainz
in der Steinhalle des Landesmuseums

Aussprache über die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin	42	Wahlvorschlag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/43 –	
Abg. Julia Klöckner, CDU:	42	Wahlvorschlag der Fraktion der FDP	
Abg. Alexander Schweitzer, SPD:	54	– Drucksache 17/44 –	88
Abg. Uwe Junge, AfD:	62		
Abg. Thomas Roth, FDP:	69	<i>Jeweils einstimmige Annahme der Wahlvorschläge – Drucksachen 17/41/42/43/44 –</i>	88
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	76		
Abg. Helga Lerch, FDP:	85	c) Wahl der rechtsanwaltschaftlichen Mitglieder in den Richterwahlausschuss	
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:	85, 86	Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtages – Drucksache 17/22 –	
Vom Landtag vorzunehmende Wahlen		dazu: Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/45 –	88
a) Wahl eines ordentlichen berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz		Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:	88
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags	87	<i>Mündlicher Wahlvorschlag der Fraktion der AfD:</i>	
– Drucksache 17/6 –		<i>Der Abgeordnete Dr. Jan Bollinger unterbreitet folgenden mündlichen Wahlvorschlag:</i>	
Abg. Martin Haller, SPD:	88	<i>Mitglied: RA JR Hans-Gert Dhonau</i>	
<i>Der Landtag wählt gemäß Artikel 134 der Verfassung für Rheinland-Pfalz und § 5 des Landesgesetzes über den Verfassungsgerichtshof mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von sechs Jahren einstimmig</i>		<i>Erstes Ersatzmitglied: RA JR Gerhard Leverkinck</i>	
<i>Herrn Präsidenten des Finanzgerichts Dr. Ulrich Mildner, Neustadt an der Weinstraße</i>		<i>Zweites Ersatzmitglied: RA JR Dr. Thomas Böhmer</i>	
<i>zum ordentlichen berufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz.</i>	88	<i>Gegen die Stimmen der AfD mehrheitliche Annahme des Wahlvorschlags – Drucksache 17/45 –</i>	
b) Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses, die Abgeordnete des Landtags sind		<i>Eine Abstimmung über den mündlichen Wahlvorschlag erübrigt sich somit.</i>	88
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/41 –		d) Wahl von Mitgliedern des Landtages in den Interregionalen Parlamentarier-Rat (IPR)	
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/42 –			

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/46 –		Entlastung der Landesregierung Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 2014 Antrag der Landesregierung – Drucksache 16/6025 –	89
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/47 –			
Wahlvorschlag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/48 –	88	Jahresbericht 2016 Unterrichtung durch den Rechnungshof – Drucksache 16/6050 –	89
<i>Jeweils einstimmige Annahme der Wahlvorschläge – Drucksachen 17/46/47/48 –</i>	88	Entlastung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 2014 Antrag des Rechnungshofs – Drucksache 16/6057 –	89
e) Wahl von Mitgliedern des Landtags in den Oberrheinrat (ORR)			
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/49 –		Stellungnahme der Landesregierung zum Jahresbericht 2016 des Rechnungshofs (Drucksache 16/6050) sowie Ergänzung zum Schlussbericht der Landesregierung im Entlastungsverfahren für das Haushaltsjahr 2013 (Drucksache 16/6122) – Drucksache 17/7 –	89
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/50 –			
Wahlvorschlag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/51 –	89	<i>Gemeinsamer Aufruf der Tagesordnungspunkte 3 bis 6 und Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Beratung in der Rechnungsprüfungskommission.</i>	
<i>Jeweils einstimmige Annahme der Wahlvorschläge – Drucksachen 17/49/50/51 –</i>	89	<i>Das Plenum ist damit einverstanden, dass der Kommunalbericht nach Eingang unmittelbar an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Beratung in der Rechnungsprüfungskommission überwiesen wird.</i>	89
f) Wahl von Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK)			
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/52 –			
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/53 –	89	Übertragung von Zustimmungsvorbehalten für den Landtag nach der Landeshaushaltsordnung (LHO), dem Universitätsmedizinengesetz (UMG) sowie dem Ausführungsgesetz zu Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz auf den Haushalts- und Finanzausschuss sowie weitere Überweisungen zur Besprechung an den Haushalts- und Finanzausschuss Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/30 –	90
<i>Jeweils einstimmige Annahme der Wahlvorschläge – Drucksachen 17/52/53 –</i>	89		
g) Wahl von Mitgliedern der G 10-Kommission			
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/54 –			
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/55 –	89	<i>Einstimmige Annahme des Antrags – Drucksache 17/30 –</i>	90
<i>Jeweils einstimmige Annahme der Wahlvorschläge – Drucksachen 17/54/55 –</i>	89		

* * *

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund, Vizepräsident Hans-Josef Bracht.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär, Heike Raab, Staatssekretärin.

Entschuldigt:

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung; Andy Becht, Staatssekretär, Philipp Fernis, Staatssekretär, Dr. Thomas Griese, Staatssekretär, Günter Kern, Staatssekretär, David Langner, Staatssekretär, Dr. Christiane Rohleder, Staatssekretärin.

**3. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 02.06.2016**

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie zur dritten Plenarsitzung in der 17. Wahlperiode des rheinland-pfälzischen Landtages recht herzlich begrüßen. Schriftführer werden heute morgen zu Beginn sein Herr Johannes Klomann und Frau Marion Schneid, die die Rednerliste führen wird.

Entschuldigt fehlen Frau Staatsministerin Dr. Hubig ab Mittag wegen der Teilnahme an der Jugend- und Familienministerkonferenz, die Staatssekretäre Herr Becht, Herr Fernis, Herr Dr. Griese, Herr Kern, Herr Langner und Frau Dr. Rohleder wegen dienstlicher Termine.

Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Es gibt keine Änderungswünsche zu der vorliegenden Tagesordnung. Dann wird die Tagesordnung so festgestellt.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aussprache über die Regierungserklärung der
Ministerpräsidentin**

Hierzu gibt es Wortmeldungen.– Frau Klöckner, Sie haben das Wort.

Abg. Julia Klöckner, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist kein Geheimnis: Wir Christdemokraten hätten nach 25 Jahren gern die Oppositions- gegen die Regierungsbank getauscht, um notwendige, um andere Akzente in der Landespolitik zu setzen. Das haben wir nicht geschafft. Für uns ist das eine große Enttäuschung. Wenn man so gearbeitet, gekämpft und dann doch nicht gewonnen hat, dann ist das hart. Aber das gehört zur Demokratie dazu.

Die Regierungsbildung ging an die SPD. Dazu möchte ich Ihnen, Frau Ministerpräsidentin Dreyer, noch einmal gratulieren, Ihnen alles Gute für unser Land wünschen. Das geht auch an all die Kolleginnen und Kollegen, die neu oder vielleicht wieder in dieses Plenum gewählt worden sind.

Ich möchte auch an diejenigen denken, die unerwartet nicht mehr in dieses Parlament gewählt worden sind, die andere Pläne hatten und dann mit dem Ergebnis zurecht kommen mussten. Das kennen alle Fraktionen hier. Auch an die wollen wir heute denken.

Wir stehen heute hier im Mittelpunkt. Während wir hier debattieren, sind ganz viele Menschen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland damit beschäftigt, ihre Keller wieder leer zu pumpen, wieder dort Ordnung hineinzubringen, wo es ein großes Unwetter gegeben hat. In Bayern sind Menschen ums Leben gekommen. Ich möchte mein Beileid

all den Familien aussprechen, die ein so tragisches Leid tragen müssen. Ich möchte all denen in unserem Land danken, den vielen Helferinnen und Helfern, die versuchen, bei anderen Menschen wieder Ordnung ins Leben zu bringen. Deshalb sage ich Danke. Möge keiner dabei zu Schaden kommen!

(Beifall im Hause)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als CDU-Fraktion sind die zweitstärkste Kraft in diesem Parlament. Diesen Auftrag, zweitstärkste Kraft zu sein, nehmen wir sehr ernst, um einen lebendigen, demokratischen Parlamentarismus zu stärken, die Regierung im Sinne unserer Bürger zu kontrollieren, die Regierung zu hinterfragen; denn eines ist klar, Regierungsinteressen sind nicht automatisch Bürgerinteressen.

Wir werden eine kraftvolle, eine starke Opposition sein. Mutig, klar, unterscheidbar. Wir haben gute Leute und gute Ideen, um vernünftige Politik mit Augenmaß zu machen.

Frau Ministerpräsidentin, Ihr Auftrag und der Ihrer Regierung ist die Erarbeitung von Lösungen für die drängenden politischen Fragen. Wir werden das, was Sie tun oder unterlassen, kontrollieren. Wir werden bewerten. Wir Christdemokraten werden in Chancen denken, nicht in Strukturen und nicht in kleinsten gemeinsamen Nennern.

Unsere christdemokratische Politik setzt auf Sicherheit und Verlässlichkeit für die Bürger, nach innen wie nach außen, auf eine Integrationspolitik, die fördert, aber auch fordert, auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum und sichere Arbeitsplätze, auf vergleichbare Bildungsqualität, auf eine Haushaltspolitik, die die kommenden Generationen im Blick hat und ihnen nicht die Luft zum Atmen nimmt, auf eine Politik, die die Alten und Schwachen und nicht nur die, die auf der Überholspur des Lebens sind, im Blick hat. Ich glaube, eines ist klar: Die Stärke einer Gesellschaft hängt davon ab, wie sie mit den Schwachen in der Gesellschaft umgeht.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Vorsitzende der SPD-Fraktion hat sich vor einigen Tagen mit den Worten zitieren lassen: „Der Hauptgegner ist (...) die CDU (...).“

Herr Schweitzer, das können Sie gerne so sehen. Wir aber definieren uns nicht über Gegner, sondern über Aufgaben.

(Beifall der CDU)

An dieser Stelle sage ich ein persönliches Wort an die Abgeordneten meiner Fraktion: Ich bin stolz auf Eure, auf unsere Arbeit in den vergangenen fünf Jahren. Wir haben gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern inhaltlich so stark und fachlich fundiert gearbeitet wie keine andere Fraktion in diesem Landtag.

(Beifall bei der CDU –
Widerspruch bei der SPD)

Vieles von dem, was wir gemeinsam erarbeitet haben und was die regierungstragenden Fraktionen zunächst kategorisch ablehnten, ist schließlich doch von der Regierung

übernommen worden: Denken wir nur einmal an die Flüchtlingspolitik oder das Integrationsgesetz.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nenne ein Zitat: „Im Land ist ein Unbehagen zu spüren.“ Das sind eindringliche Worte des Bundespräsidenten Gauck vor einigen Tagen. Es gebe ein großes Bedürfnis nach Diskussion. Bei vielen Themen herrsche Unsicherheit und Ungewissheit: Flucht und Einwanderung, Terrorismus, Kriege, Schulden, Rente, Freihandel, Digitalisierung, Europa.

Verehrte Kollegen und Kolleginnen, jede Gesellschaft braucht Grundvorstellungen dessen, was richtig und was falsch ist. Diese Grundvorstellungen sind nicht einfach vorgegeben oder fallen vom Himmel, sondern sie unterliegen dem Wandel und müssen immer wieder neu ausgehandelt werden. Deshalb wird auch unsere Arbeit hier nie fertig sein. Der Wandel ist unumgänglich. Der Umgang mit diesem Wandel ist eine Frage der Haltung, wie es der Historiker Professor Andreas Rödder formuliert.

Wer will, dass sich nichts ändert, ist ein Traditionalist. Der Reaktionär will den früheren, den vormodernen Zustand wiederherstellen. Der Konservative hingegen weiß, dass der Wandel unumgänglich ist, und daher will er den Wandel so gestalten, dass er für die Menschen verträglich ist, dass sie keine Verlustängste haben müssen. Das ist die Haltung von uns Christdemokraten, wir machen alltags-taugliche Politik.

(Beifall der CDU)

Gerade deshalb – und ich möchte noch einmal Bundespräsident Gauck zitieren: – „(...) darf Demokratie Unterschiede, die es gibt, nicht glattbügeln.“ Vielmehr müssen Differenzen und Widersprüche auch ihren Raum finden können.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir stehen in den kommenden fünf Jahren vor großen Aufgaben. Wir werden hier im Plenum um die besten Antworten ringen. Beteiligung, Engagement und Diskussionen lohnen sich in einer Demokratie, wenn sie offen und anständig geführt werden.

Die Debatten offen zu führen, ohne die gewohnten Reflexe der schnellen Ablehnung des anderen, das wollen wir versuchen.

Frau Dreyer, Herr Lewentz und Herr Schweitzer, es ist zu einfach, jeden, der genau hinschaut, eine Opposition, die kontrolliert und kritisiert und nicht das Lied der Regierung singt, zu bezichtigen, sie würden das Land schlechtreden.

(Beifall der CDU)

Ich sage gerade an Sie Frau Dreyer, Herr Lewentz und Herr Schweitzer, gehen Sie einfach souveräner mit angebrachter Kontrolle und Kritik in dieser Legislaturperiode um.

(Beifall der CDU und der AfD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in den kommenden fünf Jahren wird es in diesem Plenum Unterschiedliches

und Gegensätzliches geben. Das wird so sein. Es wird aber auch Gemeinsames geben. Davon bin ich überzeugt.

Wir Christdemokraten setzen uns dafür ein, dass unser Bundesland und seine Bürger eine gute Zukunft haben. Denn wir fühlen uns wie Sie alle hier unserem Land Rheinland-Pfalz verpflichtet. Dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der Solidarität, den neuen Chancen.

Frau Dreyer, diese Ziele teilen wir. Auch wir wollen – ich zitiere –, „dass die Menschen zusammenhalten. Dass sie gut zusammen leben, dass sie sich wohl fühlen in unserem Land.“ Aber ein gutes Gefühl allein reicht nicht. Belastbare Grundlagen für die gute Zukunft müssen erarbeitet werden.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Ich will hier ganz deutlich machen, unser Anspruch geht weiter als Ihr gestriger. Wir wollen eine ehrliche Politik für unser Land. Nicht nur Schönfärberei. Auch eine ehrliche Bestandsaufnahme ist wichtig, um passende Entscheidungen für die Zukunft treffen zu können.

Was kann sich unser Land überhaupt noch leisten? Was macht den Menschen Angst, und warum fühlen sie sich eben nicht immer nur wohl? Warum sind Bürger häufig politikverdrossen und unzufrieden?

In den vergangenen zehn Jahren sind viele Entwicklungen plötzlich und abrupt verlaufen. Viele Menschen haben und hatten das Gefühl, nicht mehr mithalten zu können. Es ist nicht nur schön und gut in unserem Land, es gibt auch Probleme in Rheinland-Pfalz, Frau Dreyer.

Kein Wort gestern von Ihnen zur stark gestiegenen Kinderarmut in unserem Land Rheinland-Pfalz. Warum ist das so?

(Beifall bei der CDU)

Unbehagen dürfen wir nicht einfach ignorieren, sondern wir müssen danach fragen, was den Menschen wieder Halt geben kann.

Frau Dreyer, deshalb hat mich Ihre gestrige Regierungserklärung enttäuscht. Es sollte eine Regierungserklärung sein, wurde aber am Ende zu einer Regierungsverklärung.

(Beifall der CDU und der AfD)

Ganz klar, zu viel Selbstzufriedenheit ist ein gefährlicher Begleiter, Frau Dreyer.

(Zuruf der Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD)

Ich nenne das Beispiel medizinische Versorgung. Sie sagen: „Eine gute medizinische Versorgung darf keine Frage des Wohnorts sein.“

(Widerspruch bei der SPD)

Sie finden es vielleicht zum Lachen, wenn man über die medizinische Versorgung am Wohnort redet. Frau Dreyer sagte gestern, eine gute medizinische Versorgung darf keine Frage des Wohnorts sein.

Aber Frau Dreyer, es ist doch schon längst eine Frage des Wohnorts, weil Sie den kleinen Krankenhäusern im ländlichen Raum die notwendigen Mittel für Investitionen vorenthalten. Es ist doch schon eine Frage.

(Beifall der CDU und der AfD)

Frau Ministerpräsidentin, Sie sagen: „Eine Gesellschaft kann ohne Kunst und Kultur nicht leben. Die Landesregierung misst der Kultur einen hohen Stellenwert bei.“ Das klingt schön.

Die Realität sieht aber anders aus. Eine ehrliche Bestandsaufnahme hätte Sie glaubwürdiger gemacht. Die Realität sieht folgendermaßen aus: Rheinland-Pfalz liegt in der Kulturförderung an vorletzter Stelle unter allen Bundesländern.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Schöne Überschriften sind dann gut und tragen, wenn man bereit ist, eine ehrliche Bestandsaufnahme zu machen, um zu wissen, wohin man will, weil man dann den Weg einschätzen kann, der noch fehlt, bis man dorthin kommt, wo die schöne Überschrift platziert worden ist.

Eine ehrliche Bestandsaufnahme ist die Grundlage, um besser werden zu können! Das gestern waren von Ihnen Worte, die ignorieren, aber nicht lösen, die verdrängen, aber nicht anpacken.

Wir Christdemokraten hingegen sind Realisten, weder Schönfärber auf der einen noch Angstmacher auf der anderen Seite. Realistisch sein heißt für uns: hinschauen, was ist, und nicht nur sein soll.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der neue Landtag ist anders als der alte, nicht nur optisch, sondern auch von der Zusammensetzung der Fraktionen her. Zwei weitere Fraktionen sind hier im Haus. Das wird die parlamentarische Arbeit verändern.

Wir betreten mit fünf Fraktionen im Landtag Neuland. Wir Christdemokraten sind deshalb offen für weitere Reformen unserer Geschäftsordnung hier im Hause, gerade mit Blick auf die Ausgestaltung der Parlamentsdebatten. Ich kann mir zum Beispiel die Einführung eines separaten Tages vorstellen, der für eine intensive Regierungsbefragung reserviert ist. Das würde übrigens viel mehr Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit schaffen, und das ist doch sicherlich in Ihrem Sinne, Frau Dreyer; denn Sie legen Wert auf maximale Transparenz.

(Beifall der CDU und der AfD)

Der Beratungs- und Debattenkultur im Landtag würde es allein schon guttun, wenn sich die Regierungsfaktionen nicht nur als reine Zustimmungsgorgane zur Regierungspolitik sehen würden,

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Das ist eine Frechheit!
Absolute Frechheit!)

sondern auch als Teil des Parlaments, das die Regierung kontrolliert.

(Beifall bei der CDU)

Die ersten Wochen nach einer Wahl sind nicht die Stunden der Opposition. Es ist die Zeit der Regierungsbildung derer, die einen Auftrag dazu vom Wähler bekommen haben.

Das Ergebnis dieser Beratungen haben Sie gestern vorgestellt, Frau Dreyer. Ich werde heute darauf eingehen und für meine Fraktion Bewertungen vornehmen. Natürlich kann man das in der vorgegebenen Zeit nicht vollständig tun. Ich will aber einige Themen heraussuchen.

Was ist die Ampel? Das bisherige Rot-Grün, nur mit gelber Zusatzfarbe.

(Beifall der CDU und der AfD)

Die Regierungsfaktionen sprechen zwar vom großen programmatischen Projekt, aber seien Sie doch einmal ehrlich: Es ist ein Zweckbündnis, damit Rot-Grün an der Regierung bleiben konnte.

(Beifall der CDU und der AfD –
Abg. Christine Schneider, CDU: So ist es!)

Man muss sich nur einmal ansehen, wie die Partner der Ampel vor der Wahl übereinander geredet haben, die unverhohlene Freude der SPD, als die FDP 2011 den Einzug in den Landtag verpasste. Frau Dreyer, bis vor Kurzem vertraten Sie die Auffassung, die FDP würde im Landtag nicht sonderlich fehlen.

(Heiterkeit bei der AfD –
Abg. Christian Baldauf, CDU: So, so!)

Wir erinnern uns noch daran, mit welcher Vehemenz Herr Hering, ach, Herr Mertin, – – –

(Heiterkeit bei der SPD)

– Na gut, man kann sich einmal versprechen. Frau Dreyer kennt das bei ihren Ministern auch. Das haben wir auch erlebt.

(Beifall der CDU und der AfD)

Herr Schweitzer, man muss immer auf alles gefasst sein; denn man steht nie allein im Raum.

(Zuruf von der SPD)

Herr Mertin, Sie erinnern sich, Sie haben sich über die Durchsuchung bei dem Journalisten Wilhelm Hahne am Nürburgring damals zu Recht sehr empört. Zuständige Abteilungsleiterin im Justizministerium war damals Frau Hubig. Heute sitzen Sie mit ihr am Kabinetttisch.

(Unruhe bei der SPD)

Ich will das gar nicht weiter bewerten.

(Zuruf von der SPD: Gut so!)

Zu Recht vermissen selbst gestandene FDP-Mitglieder

die liberale Handschrift in Ihrem Koalitionsvertrag. Sie ist schlichtweg nicht erkennbar.

(Beifall der CDU und der AfD)

Dadurch unterbleiben notwendige Korrekturen. Wenn es keine Korrekturen gibt, gibt es nur Prüfaufträge, oder die Entscheidungen werden auf die lange Bank geschoben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Rot-Grün geht also weiter, auch wenn der Wähler Rot-Grün nicht verlängern wollte, wie das Wahlergebnis zeigte, aber die FDP machte es möglich.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Was steckt also in dieser Ampel?

Die FDP-Basis hat einen durchaus realistischen Blick auf den Koalitionsvertrag: „Ein linkes Werk (...) Die Fortführung rot-grüner Politik mit gelben Sprenkeln.“ Das urteilte nicht die CDU, sondern der FDP-Kreisvorsitzende aus Neuwied.

(Unruhe bei der FDP –
Zuruf des Abg. Thomas Roth, FDP)

– Es ist nicht mein Kreisvorsitzender, und es ist interessant, dass sich Ihr Koalitionspartner jetzt gerade über einen FDP-Politiker auslässt. Sein Credo lautet: „Grundsätzlich nach der Wahl das tun, was man vor der Wahl versprochen hat, niemals das Gegenteil.“ Dieser Meinung sind wir auch.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Gehen wir einmal weiter. Der FDP-Vorsitzende aus Ahrweiler kritisierte:

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Sind das jetzt die neuen
Ideen, die Sie einbringen?)

„Mit diesem Koalitionsvertrag verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit. Wir haben den Wählern einen Politikwechsel versprochen. Ich kann eine durchgehende liberale Handschrift kaum finden.“ Auch hier kann man zustimmen.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf der Abg. Helga Lerch, FDP)

– Wissen Sie, das ist der Punkt. Der Zwischenruf kommt: Das hat sie hart getroffen.

(Abg. Katrin Anklam-Trapp, SPD: Das hat
niemand gesagt!)

Ich habe es eingangs gesagt: Es war schon so, wir hätten gerne die Wahl gewonnen. Es ist nicht der Fall gewesen. Dass wir aber kritisieren, dass vorher etwas anderes gesagt als nachher gemacht worden ist, müssen Sie jetzt ertragen, und nicht wir.

(Beifall der CDU und der AfD –
Abg. Christine Schneider, CDU: So ist es!)

Hans-Artur Bauckhage, immerhin fast sieben Jahre Minister und Stellvertretender Ministerpräsident, antwortete auf die Frage nach Schnittmengen der FDP mit den Grünen: „Ich sehe keine.“

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Er sieht auch nicht viel,
der Herr Bauckhage!)

Recht hat er.

„Ampel-Prosa“ soll vieles kaschieren. Eine „Ampel-Prosa“, in die man alles und nichts hineininterpretieren kann.

Ich nenne nur folgenden Satz, er liest sich sehr schön: „Wir müssen die Beratungskompetenz des Landes ausbauen.“

(Unruhe bei der CDU –
Heiterkeit bei der Abg. Christine Schneider,
CDU)

Was heißt das? Neue Stellen in der Verwaltung, noch mehr Geld für eingekaufte Experten?

An vielen Stellen des Koalitionsvertrages hat man den Eindruck, es musste so formuliert werden, dass die FDP etwas zum Vorzeigen hat und die Grünen sagen können: Umgesetzt ist aber noch nichts.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Allerbestes Beispiel dafür ist die „Brücken-Prosa“, wenn wir Richtung Bingen schauen.

Was ist vom Koalitionsvertrag zu halten? Sehr vieles bleibt sehr vage. Bei vielem ist die Frage nach der Finanzierung überhaupt nicht geklärt. Wo erkennbar mehr gemacht werden soll, wird einfach nur mehr EU- und Bundesgeld gefordert.

Aus alt macht man neu. Bereits bestehende Maßnahmen und Projekte werden als neue beschrieben, zum Beispiel der angebliche Abbau von 2.000 Stellen, mehr Polizisten, die vorher schon beschlossen waren, oder die Verkündung von zusätzlichen amerikanischen Soldaten, die hier stationiert werden sollten, aber das war schon ein Jahr vorher bekannt. Haben Sie das wirklich nötig, solche Prosa und ein solches Einlullen?

Sehr geehrte Damen und Herren, eines lässt sich bereits jetzt feststellen: Diese Ampel wird für den Bürger sehr, sehr teuer.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Vor der Wahl hatte übrigens Kollege Wissing noch den Anspruch, er macht den Haushalt. Wir erinnern uns an sein Wahlplakat.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Da hängt
noch eins bei mir zu Hause!)

Kurz nach der Wahl kündigte er einen „harten Konsolidierungskurs“ an und Einsparungen „in allen Ministerien bis in die Spitzen.“

(Heiterkeit bei der CDU)

Vieles hätten sich die Bürger unter dem von der FDP versprochenen Politikwechsel vorstellen können, dass man zum Beispiel ein Ministerium abschafft wie aktuell in Baden-Württemberg oder Sachsen-Anhalt.

Stattdessen ist das Gegenteil geschehen. Frau Dreyer, bereits 2011 gab es unter Ihrem Ziehvater Herrn Beck ein Ministerium mehr, und jetzt unter Ihnen gibt es auch wieder eins mehr. Die Einwohnerzahl in Rheinland-Pfalz wird weniger, die Minister werden mehr. Das ist die Ampel.

(Beifall der CDU und der AfD)

Der Steuerzahlerbund sagt zu Recht in kurzen zwei Worten: „Pure Verschwendung“.

Landesvorsitzender Rainer Brüderle: „Es ist ein völlig falsches Signal, die Zahl der Ministerien zu erhöhen, nur weil die SPD unbedingt fünf Ressorts behalten will, damit sie mehr hat als FDP und Grüne zusammen. Das zusätzliche Ministerium ist eine Steuerverschwendung.“

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, fast abgehoben klingt Ihre Rechtfertigung: „Wir hatten fünf Ressorts, und ich finde es in Ordnung, dass dies so bleibt.“

(Heiterkeit bei dem Abg. Damian Lohr, AfD –
Abg. Christine Schneider, CDU: Ganz
genau!)

Und ein weiteres Zitat: „Das wird uns finanziell nicht umhauen.“

Wissen Sie, je nach Bedarf wechselt Ihre Argumentation zwischen „Schuldenbremse“ und „Das wird uns nicht umhauen“.

Ihr Chef der Staatskanzlei verkauft es fast so, als würde die Schaffung eines neuen Ministeriums sogar noch Geld einbringen:

(Heiterkeit bei der CDU)

Ein weiteres Ministerium sei „für kleines Geld“ zu haben. Statt einer Ministerin und drei Staatssekretären gebe es eben künftig zwei Minister und zwei Staatssekretäre.

Was Sie aber verschweigen: 20 Millionen Euro in dieser Legislaturperiode kostet das, sagen Experten. Referate müssen komplett neu geschaffen werden, etwa für Haushalts- und Personalfragen, für Organisation oder ein Justizariat. Hinzu kommen der neue Chef für die Leitung der Zentralabteilung und ein Leitungsstab im Ministerbüro.

Kleines Geld ist das sicher nicht. Bei der Polizei werden Personalmangel und Überstunden festgeschrieben: Schuldenbremse. Aber für ein komplett neues Ministerium ist Geld da.

Frau Dreyer, verstehen Sie das unter dem Begriff „Balance“? So haben Sie es gestern bezeichnet, dass Sie für eine Balance stünden. Sie sagten: „Wir sind für alle da.“ Man hat den Eindruck, Sie waren erst einmal für sich selbst da, für die Genossinnen und Genossen in diesem Land.

(Beifall der CDU und der AfD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wer regiert, trägt eine große Verantwortung, auch für die Glaubwürdigkeit der Politik. Zusätzliche Posten in Zeiten wie diesen sind das genaue Gegenteil davon.

Im Parlament sind wir den umgekehrten Weg gegangen und haben zum Beispiel die Zahl der Vizepräsidenten verringert.

Frau Dreyer, zu Ihrem kostspieligen Verhalten passt, dass die Chefin der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Ihre Parteifreundin, im Alter von gerade einmal 52 Jahren in den einstweiligen Ruhestand geschickt wird. Mit entsprechenden Bezügen. An ihre Stelle tritt ein enger Vertrauter von Herrn Lewentz aus dem Innenministerium, natürlich auch ein Parteifreund. Ist es das, was Sie unter Balance verstehen?

Frau Dreyer, Sie weigern sich bis heute, das dem Steuerzahler zu erklären. „Maximale Transparenz“, das waren gestern Ihre Worte. Was kostet das den Steuerzahler?

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Gleichzeitig hat die Ampel angekündigt, Stellen einsparen zu wollen. Das klingt gut. Es wird auch notwendig sein. Nur: Ein großer Teil dieser angeblichen 2.000 Stelleneinsparungen wurde bereits vor der Wahl von der Vorgängerregierung beschlossen. Davon steht aber im Koalitionsvertrag nichts. Und auch nicht, welche Stellen und wo sie wegfallen sollen und wo diese Aufgaben dann künftig erledigt werden.

Dieser Koalitionsvertrag ist voller Mogelpackungen: neue Stelleneinsparungen, die nicht neu sind, 500 zusätzliche Polizisten, die die Gesamtzahl überhaupt nicht erhöhen, und 600 Millionen Euro für Landesstraßen. Schaut man genauer hin, sind das gerade einmal 20 Millionen Euro mehr pro Jahr.

(Unruhe bei der SPD)

Dann die zusätzlichen 1.300 Soldaten für die US-Airbase Spangdahlem. Der Herr Innenminister brachte diese Nachricht aus den USA mit. Wir wussten aber: Seit einem Jahr stand das schon fest.

Altes wird als neu verkauft. Man nennt das „Ampel-Prosa“.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Dabei steht unser Land vor gewaltigen Umbrüchen und großen Aufgaben: Der Koalitionsvertrag wird unserer Meinung nach diesen Herausforderungen nicht gerecht. Der kleinste gemeinsame Nenner ist eben nicht immer der größte Wurf für das Land.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

In jedem einzelnen Kapitel dieses Vertrages ist das zu erkennen.

Ich spreche das Thema Sicherheit an. Verantwortliche Innenpolitik bedeutet, den Bürgern Sicherheit und Verlässlichkeit zu geben. Dazu gehört insbesondere, die Polizei, Hilfskräfte, Feuerwehren und Rettungsdienste personell und sachlich so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können.

In diesen Tagen hat der Bundesinnenminister in Berlin die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik vorgestellt. Besorg-

niserregend ist die rapide wachsende Zahl an Wohnungseinbrüchen. Bundesweit ist die Zahl allein im vergangenen Jahr um 10 % gestiegen.

Inzwischen steigt alle drei Minuten irgendwo ein Dieb ein. Dabei ist auffällig, dass Bundesländer, wie etwa Bayern, die in den vergangenen Jahren ihr Personal aufgestockt und die Entwicklung moderner Ermittlungsmethoden vorangetrieben haben, Fallzahlen entgegen dem Deutschlandtrend senken konnten. In Rheinland-Pfalz dagegen ist die Zahl der Wohnungseinbrüche im Vergleich zum Jahr 2014 um rund 22 % gestiegen.

Das sind unterschiedliche Schwerpunkte. Wir halten diesen Schwerpunkt für falsch.

(Beifall der CDU und der AfD)

Deshalb sind wir der Meinung, dass wir eine Verschärfung des Strafrechts, mehr Personal bei Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie mehr Personal für die Polizei brauchen.

Die Regierungsfractionen scheinen den Bereich „Innere Sicherheit“ in den Koalitionsverhandlungen weitgehend ausgespart zu haben, damit man über die Runde kommt. Hier finden sich in den wesentlichen Bereichen keine Neuerungen oder Verbesserungen. Insbesondere die Beschlüsse im Hinblick auf die Personalsituation unserer Polizei sind mehr als ernüchternd.

Dabei war der Ansatz der FDP wirklich gut. Im Wahlkampf gab es die Forderung nach 1.000 neuen Anwärterstellen. Keine einzige dieser Stellen haben sie durchsetzen können. Die nun beschlossenen 500 Neueinstellungen pro Jahr sind bereits Beschlusslage der vergangenen Landesregierung gewesen. Das ist wieder so ein Täuschungsmanöver.

Die Zahl von 500 Neueinstellungen pro Jahr ist zu niedrig. Das haben wir immer wieder betont. Denn die Abgänge, insbesondere die Pensionierungen, übersteigen letztlich die Neueinstellungen.

(Abg. Christine Schneider, CDU: So ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Frau Dreyer, Schönreden reicht für den Moment, aber eine ehrliche Bestandsaufnahme ist die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit.

Zum Thema Gewalt gegen Polizisten schweigt der Koalitionsvertrag und schwieg auch Frau Dreyer gestern. Und das, obwohl die Zahl der Übergriffe gegen unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten seit Jahren steigt. Entsprechend findet sich auch keine Aussage zur flächendeckenden Einführung von Bodycams (Körperkameras), obwohl die SPD damit Wahlkampf gemacht hatte. Offensichtlich hat es beim Thema Bodycams doch einige Vorbehalte bei der FDP und den Grünen gegeben. Die Landesregierung zeigt gar keinen Weg auf, wie sie Gewalt gegen Polizisten in den Griff bekommen will.

(Beifall der CDU und der AfD)

Frau Dreyer, Dank den Polizisten zukommen zu lassen, wie Sie es gestern taten, ist richtig, aber eine Selbstverständlichkeit. Das ändert aber nichts am Alltag dieser Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Unser Auftrag ist es, und zwar bevor ein neues Ministerium geschaffen wird und mehrere Millionen in Infrastrukturprojekte gehen, die Sie an die Wand gefahren haben, uns um die zu kümmern, die uns schützen. Das sind die Beamtinnen und Beamten bei der Polizei.

(Beifall der CDU und der AfD)

DIE RHEINPFALZ hat in ihrer Ausgabe vom 28. Mai 2016 unter dem Titel „Linke Kriminalität wächst noch stärker“ über die überproportionale Steigerungsrate linker Straftaten in Relation zu rechten Straftaten berichtet. Ich möchte nicht, dass wir uns falsch verstehen. Jede Straftat, egal ob sie von Linksextremen oder von Rechtsextremen getätigt wird, ist eine Straftat zu viel. Es gibt keine Gesinnungsstrafat, die es besser macht. Straftat ist und bleibt Straftat.

(Beifall der CDU und der AfD)

Frau Dreyer, warum klammern Sie das Thema Gewalt von links völlig aus? Ich finde es richtig, dass Sie das Thema Gewalt von rechts ansprechen. Zur Glaubwürdigkeit gehört aber auch, dass Sie jede Form von Gewalt ansprechen und sie nicht nur aus ideologischer Betrachtungsweise heraus schlichtweg unter den Tisch fallen lassen.

Nicht zuletzt unsere Polizistinnen und Polizisten müssen vor zunehmender Gewalt geschützt werden. Für einen verletzten Polizisten ist es ziemlich egal, ob er von einem Rechts- oder einem Linksextremen angegriffen worden ist. Sie müssen gleichermaßen bekämpft werden.

(Beifall der CDU und der AfD)

Ich komme noch einmal zu dem, was ich eingangs sagte. Schönreden ist gut für den Moment, aber eine ehrliche Bestandsaufnahme ist die Voraussetzung, damit es in Zukunft besser werden kann.

Auch das Kapitel „Justiz“ des Koalitionsvertrags ist dünn bis zur Unkenntlichkeit und recht anspruchslos. Es enthält zwar den Dank an die Justiz für die überobligatorischen Leistungen – Stichwort: „Ampel-Prosa“ –, aber keinen Hinweis darauf, wie diese Überlast künftig bewältigt werden soll. Dieser Befund ist chronisch:

– Der Landes-Richterbund hat darauf hingewiesen, dass nach wie vor mindestens 40 Richter und 20 Staatsanwälte im Land fehlen. Wir lesen dazu nichts im Koalitionsvertrag.

– Reine Seitenfüller sind der Verweis darauf, dass man keine Privatisierung im Strafvollzug oder bei den Gerichtsvollziehern will. Das ist weder im Bund noch im Land ein aktuelles Thema.

– Dann wird es interessant, fast schon peinlich. Sie kündigen die Einrichtung einer Bioethikkommission an. Weshalb denn die Einrichtung? Die gibt es doch bereits! Nur hat sie im vergangenen Jahr überhaupt nicht getagt, weil sich kein SPD-Minister darum gekümmert hat. Ich muss sagen, es ist schon sehr kreativ und auch sehr übersichtlich, von

einer neuen Einrichtung und einem neuen Akzent zu sprechen.

– Zu den Herausforderungen, die die Flüchtlingsbewegungen für die Justiz bedeuten, findet sich im Koalitionsvertrag auch nichts.

Deshalb komme ich zum Thema „Integration“. Im vergangenen Jahr sind viele Menschen zu uns nach Deutschland gekommen, auch zu uns nach Rheinland-Pfalz. Wir haben alle miteinander viel dazugelernt. Wir haben vor allen Dingen erleben können, was Kommunen und Ehrenamtliche leisten. Wir möchten ihnen allen, auf denen gerade nicht mehr so der Fokus liegt, noch einmal ganz herzlich Danke sagen; denn sie haben in Rheinland-Pfalz dazu beigetragen, dass wir zusammenhalten können.

(Beifall der CDU und der AfD)

Viele Asylanträge sind abgelehnt worden. Diese Menschen müssen wieder ausreisen. Das ist keine inhumane Härte, sondern Grundbedingung, dass unsere Bürger das Vertrauen in Recht und Ordnung behalten. Wir können nicht dauerhaft mit der Situation leben, dass jedes Falschparken und jede zu spät eingereichte Steuererklärung drastische Konsequenzen hat und gleichzeitig ein Verstoß gegen die Aufenthaltsbestimmungen kaum Konsequenzen nach sich zieht. Das ist für das Rechtsverständnis in unserem Land fatal.

Doch dabei bleibt es nicht. Wer sich diesen Koalitionsvertrag genau anschaut, der stellt sich die Frage, was die Ampel vorhat. Sie will weniger konsequent hinschauen:

1. Wer länger auf seinen Asylbescheid wartet, soll automatisch einen unbefristeten Aufenthaltstitel erhalten.
2. Die übliche Überprüfung, ob der Asylgrund überhaupt noch besteht, soll grundsätzlich abgeschafft werden.

Dadurch würden Tausende unberechtigte Asylsuchende dauerhaft im Land bleiben. Das ist ein falscher Anreiz. Eine inkonsequente Rechtsauffassung wird unser Land auseinanderreiben, statt es zu einen.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, Sie riskieren mit dieser falsch verstandenen Toleranz im Asylrecht den Frieden.

Frau Ministerpräsidentin, wie hält es denn nun Ihre Ampel mit der Ausweitung der sicheren Herkunftsländer? Vor der Wahl haben Sie gesagt, Sie seien dafür – Marokko, Algerien, Tunesien. Maximale Transparenz bedeutet dann aber auch, in einer Regierungserklärung deutlich Haltung zu zeigen. Wir können nicht erkennen, wie Sie unser Land im Bundesrat in dieser Frage vertreten werden.

Wir müssen klar bleiben: Wer keinen Asylgrund hat, der muss gehen. Wer anerkannt wurde, dem müssen Wege in unsere Gesellschaft gezeigt werden.

Integration – das ist ein Recht, aber auch eine Pflicht, und zwar für den Staat wie für die Migrantinnen. Deshalb hat die Medaille Integration nach unserem Verständnis zwei Sei-

ten: Fordern und Fördern.

(Beifall der CDU und der AfD)

Wer einseitig nur auf eine Seite der Medaille setzt, wird scheitern. Das gilt sowohl für linke Sozialromantiker wie für rechte Populisten.

(Beifall der CDU)

Ja, wir brauchen in großer Kraftanstrengung mehr Integrationsangebote und niedrigschwellige Erwerbsmöglichkeiten.

Das heißt aber auch, dass wir erwarten können, dass diese Angebote mit großem Engagement wahrgenommen werden. Damit nehmen wir den Einzelnen in seiner Motivation ernst. Wir Christdemokraten wollen die Integration nicht dem Zufall und nur dem einseitig guten Willen überlassen.

Es gibt auch diejenigen neben dem Arzt und dem Ingenieur, der zu uns kommt, die keine Schulbildung und keinen Abschluss haben. Es gibt auch diejenigen, die mit der Demokratie und der Freiheit, unserem Rechts- und Wertesystem und unserem Verständnis von der Rolle der Frau erst einmal klarkommen müssen.

Es ist mir persönlich ein Anliegen zu betonen, dass in der großen Zukunftsaufgabe der Integration der Flüchtlinge gerade der Frauenfrage und der Gleichberechtigung eine ganz wichtige Bedeutung zukommen wird.

(Beifall der CDU)

Ich will es konkretisieren und nicht nur bei einer Überschrift belassen. Wir können es nicht einfach als kulturelle Vielfalt abtun, wenn Väter ihre Töchter nicht zum Schwimmbad schicken und von den Klassenfahrten fernhalten. Bei uns wachsen Mädchen und junge Frauen mit einem völlig anderen Selbstverständnis und Selbstbewusstsein heran. Bei uns wird Frauen ihre Rolle nicht mehr von Männern vorgeschrieben, auch wenn der eine oder andere daran noch zu knabbern hat. Frauen bewegen Gesellschaft, und Frauen bewegen Politik. Das soll für alle gelten, und nicht nur für die hier geborenen.

(Beifall der CDU und der AfD)

Wir wollen eine echte und ehrliche Integration. Dazu müssen sich beide verpflichten – auch der Staat. Deshalb begrüße ich, dass der von uns entworfene und mit initiierte Gesetzentwurf zum Integrationsgesetz Eingang in den Entwurf des Integrationsgesetzes des Bundes gefunden hat.

Frau Dreyer, da erst kürzlich auch die Vertreter der SPD begrüßt haben, dass endlich ein Gesetz vorliegt, möchte ich noch einmal an eines erinnern. Im SWR am 29. Dezember 2015 sagten Sie: Wir brauchen kein zusätzliches Gesetz. – Das ist dieses Gesetz, das Sie heute begrüßen. Stimmen Sie uns doch gleich zu. Dann müssen Sie sich in Zukunft nicht selbst widerrufen.

(Beifall der CDU)

Stattdessen hören wir auch nichts zum Thema Wohnsitz-

aufgabe. Auch dazu will ich etwas sagen. Wir haben im Landtag sehr heiß debattiert, als es darum ging, eine Wohnsitzauflage einzuführen, wie sie schon einmal für andere Migranten galt, und zwar nicht, weil wir nicht wollen, dass Integration gelingt, sondern gerade weil wir wollen, dass Integration gelingt.

Menschen, die zu uns kommen, die Leib und Leben retten, die hier Unterschlupf finden und vor allen Dingen versorgt werden und eine Chance ermöglicht bekommen, können wir zumuten, dass wir ihnen zuweisen, wo sie wohnen, nämlich dort, wo Kapazitäten frei sind. Das ist nicht unmenschlich. Das ist eine realistische Politik, damit die Gesellschaft zusammenhalten kann.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nur unter ganz bestimmten Bedingungen verbindlich, und nicht, wenn man einen Arbeitsplatz hat und wenn sich die Familie woanders befindet. Sie kennen alle die Ausnahmen. Es ist wichtig, dass wir darüber ohne die Schwarz-Weiß-Keule diskutieren.

Schauen wir uns doch die Städte an, wie das läuft. Ganz viele ziehen in die Ballungsräume. Dort sind viele Kapazitäten gar nicht vorhanden. Dort können die Kommunen gar nicht planen, wie sie wollen. Im ländlichen Raum, in dem wir die Kapazitäten hätten, gibt es nur wenige Migranten. Deshalb sagen wir: Planungssicherheit ja, aber bitte auch eine Chance dafür, dass viel mehr Lehrer und Kurse eingestellt werden, wie es Hessen und Bayern tun.

Nun bin ich beim Thema Bildung angelangt. Ich habe bei der Bildungspolitik viel Hoffnung auf die FDP gesetzt. Zitat: „Der Einzigartigkeit eines jeden Kindes wird nur ein mehrgliedriges und zugleich durchlässiges Schulsystem gerecht.“

Der Meinung sind wir auch. Aber auch hier ticken nach der Wahl die Uhren anders. Denn im Koalitionsvertrag bekennen Sie sich nicht zur Schulvielfalt und nicht zur begabungsgerechten Bildung. Sie fordern nun das Gegenteil, nämlich den Ausbau der Einheitsschule.

Sie haben als FDP auch den Weg für ein „Weiter so“ bei der Inklusion freigemacht. Wo ist das Bekenntnis zur Förderschule? Wo ist der Einsatz für mehr Personal an den Schulen, an denen wir zum Beispiel mehr Schulsozialarbeit bräuchten? Sie lassen die Realschulen plus hängen. Gerade sie sind es, die angemessen ausgestattet werden müssen. Zum Gymnasium finden wir gar kein Kapitel mehr.

Die Eltern gingen davon aus, dass sie die Betreuungsgarantie für Schulkinder umfassend ab den nächsten Ferien bekommen. Damit sind Sie in die Wahl gegangen. Jetzt erfahren wir, dass das in mittel- oder langfristiger Zeit möglich sein wird. Wir sind gespannt, wer das Ganze machen soll.

In dem Koalitionsvertrag steht nicht viel Konkretes. Man hat den Eindruck, dass auch die Familien getäuscht wurden. Wenn man sich den Begriff der Familien anschaut, dann heißt es im Koalitionsvertrag: „Wir stehen zu einem modernen und weitreichenden Familienbegriff, der auf dem

Wesen der Verantwortungsgemeinschaft aufbaut, unabhängig von Lebenslagen, Lebensformen, Alter, Geschlecht, Behinderungen, ethnischer Herkunft, Religion oder sexueller Identitäten.“

Sie stehen zu einem Begriff. Wir stehen als Christdemokraten zu Menschen.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kollegen, neben der sinnfreien Aufzählung von Substantiven – ich meine Behinderung, Alter oder ethnische Herkunft, wer hat jemals behauptet, dass das nicht zu einer Familie gehört – fällt auf, dass weder der Begriff „Eltern“ noch der Begriff „Kinder“ auftaucht. Die Familie wird auf eine reine Verantwortungsgemeinschaft zwischen Menschen reduziert, die sonst keine weitergehende Beziehung zueinander haben müssen.

(Heiterkeit der Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Sinne sind übrigens auch Kita-Gruppen und der lokale SPD-Ortsverein eine Familie.

(Beifall bei CDU und AfD)

Gute Bedingungen für Familien sind gute Bedingungen für uns alle.

Es gibt eben nicht nur Mia, Emma, Ben, Faris oder Luan, wie Sie gestern die Kindernamen aufzählten, es gibt in unserem Land auch Karl, Katharina, Gertrud und Fritz, die älteren Menschen, Frau Ministerpräsidentin Dreyer.

(Beifall der CDU und der AfD –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Genau!)

Sie hätten gern etwas Konkretes zu ihrer Versorgung, zu ihrer Zukunft gehört. Wie wollen Sie dem Pflegenotstand begegnen, dem Wegbrechen der Infrastruktur im ländlichen Raum?

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Sehr gut!)

Schön, wenn Ihre Busse WLAN haben sollen, es wäre aber gut, wenn in vielen Regionen überhaupt noch einmal Busse fahren würden. Auch das gehört dazu.

(Beifall der CDU und bei der AfD –
Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Haushalt und den Kommunen. Herr Minister Wissing, Sie sind mit einem kühnen Versprechen in den Wahlkampf gezogen: „Der macht den Haushalt“.

Sie sind bei den Verhandlungen aber mehr als schnell eingeknickt, haben auf das Finanz- und Haushaltsministerium und sogar darauf verzichtet, einen FDP-Staatssekretär zu installieren, ein gemischtfarbendes Ministerium. Das kennen wir aus Berlin.

Deshalb sagen wir, Schnelligkeit bei Koalitionsverhandlungen garantiert nicht immer die besten Ergebnisse bei den

Verhandlungen.

(Beifall der CDU)

Handfeste Sparanstrengungen fehlen. Auch hier kann man den Bund der Steuerzahler zitieren: „nicht ambitioniert“.

Sie haben keinen Kassensturz eingefordert. Haben Sie sich wirklich einen Überblick verschafft, oder wollen Sie nicht wissen, wieviel Geld und Verbindlichkeiten wirklich in den Kassen und in den Nebenhaushalten stecken, wie der Schuldenstand wirklich ist?

Wir haben den Eindruck, aus „Der macht den Haushalt“ wurde „Der macht die Augen zu“.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Die Ampel will den Pensionsfonds in seiner jetzigen Form weiterführen. Ich zitiere noch einmal kurz die FDP vor der Wahl: „Wo Pensionsfonds drauf steht, sind Schulden drin – Die Landesregierung hat sich nicht ehrlich gemacht, sondern lediglich angekündigt, künftig weniger zu betrügen.“ urteilt Herr Wissing.

Herr Wissing, damals war es Betrug, und heute ist es kreative Finanzierung.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD –

Abg. Thomas Roth, FDP: Das ist ja lächerlich!)

Wir würden auch gerne wissen: Gibt es einen Nachtragshaushalt 2016? – Frau Dreyer, maximale Transparenz hätten wir gerne.

Zu den Fragen der Finanzen gehört auch die finanzielle Situation der Kommunen. Zu den Kommunen werden wir noch einmal gesondert zu sprechen kommen.

Was aber zu heller Aufregung geführt hat, war Ihre gestrige Behauptung, man würde Hand in Hand mit den Kommunen gehen;

(Heiterkeit der Abg. Christine Schneider, CDU)

denn wenn man eine Zwangsfusion rückabwickeln muss, ist das kein „Hand in Hand“, sondern Ignoranz gegenüber den Kommunen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man sagt, der KEF hätte zur Entschuldung der Kommunen geführt, dann heißt das, wenn man „Ampel-Prosa“ übersetzt und sich ein Stück weit ehrlich macht, dass die weniger hoch verschuldeten Kommunen den mehr hoch verschuldeten Kommunen etwas abgeben sollen. Das ist Ihre Logik, das bringt uns aber nicht zu einem besseren Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei CDU und AfD)

Wenn wir zur Wirtschaftspolitik kommen, so ist zu sagen, der große Wurf bleibt aus, aber es ist schöne „Ampel-

Prosa“. Ich darf kurz zitieren: „Gerade im Mittelstand ist die Nähe von Unternehmerinnen und Unternehmern zu ihrem Unternehmen in besonderem Maße gegeben.“

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja!)

Das ist „Ampel-Prosa“. Wir würden uns wünschen, dass von dieser Regierung eine Nähe zu diesem Land gegeben wäre, dass man wüsste, wie es den Unternehmern hier wirklich geht; denn wichtige Kernkompetenzen, die die Wirtschaft betreffen, hat die FDP abgegeben: Digitalisierung geht in die Staatskanzlei zur SPD, die seit 25 Jahren die Digitalisierung verschlafen hat.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Die Bekämpfung des Fachkräftemangels ist auch nicht bei Ihnen angesiedelt. Bei der Forschung ist die Zuständigkeit aufgespalten, und für die Energiefragen, bei denen es auch um die Bezahlbarkeit von Energie geht, ist Grün zuständig.

Am Ende kann man sagen, Rot-Grün wird Wirtschaftspolitik weiterhin so machen, wie sie wollen, nämlich an der FDP vorbei.

(Beifall der CDU –
Abg. Thomas Roth, FDP: Das ist doch lächerlich!)

Was geschieht mit dem Landestariftreuegesetz, das Sie abschaffen wollten, oder mit dem Transparenzgesetz, das Sie abschaffen wollten, Herr Wissing? Wo ist Ihr Bekenntnis zur Technologieoffenheit, zum Thema Nanotechnologie oder wie wir mit den Lang-Lkw umgehen? In Wörth spielt die Digitalisierung beim Daimler-Werk eine große Rolle, nur in Rheinland-Pfalz dürfen diese Lkws nicht fahren, aber im grünen Baden-Württemberg schon. Ist das Ihre Art von Standortpolitik?

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Wir können festhalten: Der Windkraftausbau geht weiter, also kein Moratorium, kein Stopp, und die Energieagentur bleibt auch weiterhin bestehen.

Ich darf noch einmal Herrn Wissing vor der Wahl zitieren: „Kein Mensch braucht eine staatliche Stelle, die ihn daran erinnert, sparsam mit Energie umzugehen“. „(...) wir brauchen auch keine Energieagentur, bei der 60 Prozent der Anrufer, die sich dort melden, fragen, ob man dort einen Job haben kann.“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das stimmt. Das war ein gutes Zitat.

Wenn man selbst einen Job bei der Landesregierung hat, findet man wohl auch die Energieagentur gut.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und vereinzelt Beifall bei der AfD)

Jetzt zum Thema Landwirtschaft: Wir wissen, die Milchpreise sind ruinös, die Fassweinepreise sind besorgniserregend

im Keller. Das Ergebnis ist, immer mehr Vollerwerbslandwirte müssen aufgeben.

Wir Christdemokraten sind aber der festen Überzeugung, wir brauchen Bauern als moderne Kleinunternehmer. Unsere Landwirtschaft ist wichtig für die Identität des ganzen Landes, nicht nur für den ländlichen Raum. Sie prägen ihn und unsere Kultur.

Landwirtschaft ist mehr als nur die Produktion von Lebensmitteln, der Anbau von Gerste, Mais und Weizen.

Wird dieser Koalitionsvertrag den Herausforderungen gerecht? – Nein! Die Landwirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz wird in zwei Ministerien aufgeteilt.

(Abg. Christine Schneider, CDU: So ist es! –
Abg. Thomas Roth, FDP: Das ist doch
Blödsinn! Es gibt nur einen
Landwirtschaftsminister!)

Das Wirtschaftsministerium verantwortet die konventionelle Landwirtschaft, das Umweltministerium den Ökobereich.

Das ist die Spaltung eines ganzen Berufsstandes in „gut“ und in „böse“.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn es weh tut, ich verstehe Sie ja, dass es gerade hier laut wird, weil Sie selbst wissen, dass das Ihre Achillesferse ist. Es ist schwierig für Sie, aber ich muss es ansprechen.

(Beifall bei der CDU –
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Weil Sie es anscheinend nicht
gelesen haben!)

– Jetzt ruft gerade der ausgewiesene Agrarökonom Dr. Braun in den Raum, wir hätten es nicht gelesen.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Landwirtschaftlicher
Betrieb zu Hause!)

Lieber Herr Dr. Braun, gut, ich komme aus der Landwirtschaft, aber ich habe vor allem mit denjenigen geredet, die den Berufsstand der Landwirtschaft vertreten. Wenn Sie denen vorwerfen, Sie hätten es nicht gelesen und würden Sie nicht verstehen, dann muss das nicht unbedingt am Empfänger, sondern kann auch am Absender liegen.

(Beifall der CDU und bei der AfD –
Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es fördert Doppelstrukturen. Sie müssen sich vorstellen, Sie bewirken die Spaltung eines ganzen Berufsstandes in erste und zweite Klasse.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Das ist doch Unsinn! –
Abg. Thomas Roth, FDP: Es gibt keine zwei
Ministerien!)

Auch für die Landwirte bedeuten zwei Ministerien mehr

Bürokratie. Unklare Strukturen provozieren Konflikte und verlangsamten Entscheidungswege. Synergieeffekte gehen verloren. Das sehen auch der BUND und der Bauern- und Winzerverband so.

Ich will den Kollegen Johannes Zehfuß anführen. Er produziert beispielsweise konventionell und ökologisch. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Berufsstand ist also viel weiter, als die Ampel es ist und festschreibt.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Wir brauchen doch nicht mehr Theorie in der Praxis, sondern mehr Praxis in der Theorie! Da können wir Ihnen sagen, hören Sie lieber auf den Berufsstand; denn der verdient sein Geld damit. Dann kommt auch Besseres dabei heraus.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Ich komme zum Kapitel Verkehr und Infrastruktur. Sie haben von Erhalt statt Neubau gesprochen. Aber es galt die ganze Zeit Verfall vor Erhalt. Diesen Rückstand müssen Sie erst einmal wieder aufholen.

Wir haben von den 600 Millionen Euro gesprochen. Sie selbst wissen, was in den 20 Millionen Euro pro Jahr mehr enthalten ist: Radwegebau, Steigerung der Mittel für Planungskapazitäten beim LBM. Die Planungskosten, die Sie nennen, sind mit 5 Millionen Euro angegeben. Also merken wir doch, dass das Ganze ein Täuschungsversuch war, als würde hier jetzt die Infrastruktur gerettet werden.

Sie wollen einen anderen Eindruck erwecken. Das heißt, mit 120 Millionen Euro pro Jahr soll die 1 Milliarde Euro Investitionsstau aufgehoben werden. Wie das gehen soll, da sind wir gespannt.

(Beifall bei der CDU)

Schauen wir uns ein weiteres Thema an: Wichtige Infrastrukturprojekte, wie die Mittelrheinbrücke. Wie hieß es vor der Wahl bei der FDP?: Wir bauen. – Und nach der Wahl: Wir schauen.

(Abg. Thomas Roth, FDP: Es steht ganz
klar drin, dass wir bauen wollen!)

– Das ist schön, da steht ganz klar drin, dass wir sie bauen wollen, höre ich gerade. Die Grünen interpretieren das anders, insofern Glückwunsch zu dieser Formulierung, die auch wieder „Ampel-Prosa“ ist, damit es jeder so interpretieren kann, wie er es will.

(Beifall der CDU –
Abg. Thomas Roth, FDP: Wir sind uns
völlig einig!)

Genauso ist es bei der Brücke Bingen – Rüdesheim. Dass Sie eine offene Hintertür hatten, wussten wir, aber dass Sie so schnell den Notausgang nehmen und dann auch noch die Kommunen dafür in Haftung nehmen, ist schäbig. So etwas macht man nicht, oder man schreibt es gar nicht erst hinein. Offenbar ging es nur darum, eine Sprachregelung zu finden.

(Beifall der CDU und der AfD)

Sie stellen vieles in Aussicht, spannend wird die Busförderung sein. Wir haben uns einmal die Zahlen angeschaut, aber ich denke, darauf werden wir in den einzelnen Ausschüssen zusammen eingehen.

Beim Bundesverkehrswegeplan sind Gott sei Dank Projekte eingestellt, die Sie gar nicht aufgenommen haben wollten, Frau Dreyer. Insofern ist es gut, dass sich der Bund auch um unser Land kümmert.

(Beifall der CDU)

Es ist auch gut, dass der Bund angewiesen hat, dass die Schiersteiner Brücke sechsspurig gebaut wird, auch wenn Herr Köbler als Mitglied dieser Koalition etwas anderes getwittert hat.

(Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Frau Dreyer, eine Klarstellung, ein Machtwort von Ihnen, das wäre schon gut.

Ich komme zum letzten Punkt, der Infrastruktur. Da muss ich Ihnen sagen, es war gestern mehr als enttäuschend. Eines der größten Verkehrsprojekte in unserem Land ist der Flughafen Hahn. Während Sie gestern nur nebulös vom Flughafen Hahn sprachen, lief über den SWR und andere Medien schon ganz Konkretes. Während Sie hier eine Regierungserklärung abgaben und nichts sagten, außer, dass Sie maximale Transparenz bieten würden, erfahren wir aus der Presse, dass Sie vorhaben, vor dem Verkauf noch einmal rund 50 Millionen Euro in den Hahn zu investieren.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Wir können das nicht beurteilen, wir werden es sehen. Nur würde ich unter einer maximalen Transparenz und Mitnahme des Parlaments, wenn das gewünscht ist, verstehen, dass Sie uns vorher informieren und nicht nachher etwas absegnen lassen, was sowieso schon verhandelt ist und nachher als „Hahngesetz“ oder als „Verkaufsgesetz“ das Gleiche wie ein „Nürburgringgesetz“ sein soll, nämlich ein Feigenblatt für dieses Parlament. Das ist schon einmal misslungen, Frau Dreyer.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Ehrlich gesagt, das Ganze sieht mit diesen Zuschüssen nicht nach Verkauf aus, sondern erinnert mich schwer an die Methode Deubel.

(Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich kündige heute schon für meine Fraktion an, wir werden eine Sondersitzung mehrerer Ausschüsse beantragen, um viele Fragen beantwortet zu bekommen, und das vorher und nicht im Nachhinein.

Sie sehen, maximale Transparenz scheint eine Frage der Perspektive zu sein. Wenn man schönreden will, passt maximale Transparenz nicht überall hin, nämlich dorthin

nicht, wo man eine ehrliche Bestandsaufnahme machen müsste. Die ist gestern ausgeblieben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir stehen in diesem Haus hier in dieser Steinhalle vor einer Zäsur, nicht nur einer räumlichen. Dieses Parlament bildet die gesellschaftliche Polarisierung ab. Vorab: Auch die Existenz einer AfD, einer zusätzlichen Opposition, ändert nichts an unserer prioritären Aufgabe, nämlich der Kontrolle der Regierung.

(Beifall der CDU)

Ich sage aber auch, in der Opposition gibt es keine Koalition. Klar ist, ob es uns gegenseitig passt, dass die eine oder andere Fraktion hier im Haus sitzt oder nicht, spielt überhaupt keine Rolle. Es ist Ausdruck einer demokratischen Wahl. Parlamentarische Rechte und Pflichten gelten für alle.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Eine Demokratie lebt von Differenzen, die nicht glattgebügelt werden sollten. Jede demokratische Gesellschaft lebt auch davon, dass man genau hinschaut, dass Bürgerinnen und Bürger Entwicklungen und Zusammenhänge politischer Entscheidungen erläutert bekommen.

Dabei sehe ich gerade vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Veränderung eine unserer ganz wichtigen Aufgaben darin, den Menschen Verlässlichkeit und Sicherheit zu geben. Also weder die Realität schönzumalen oder die Wirklichkeit zu ignorieren, wie Rot-Grün-Gelb es macht, noch Ängste und negative Stimmungen anzuheizen, wie es die AfD häufig macht.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der AfD: Oh!)

Auch das gehört dazu.

Einfachheit zu suggerieren, wo keine ist, das ist nie gut.

(Abg. Jan Bollinger, AfD: Bleiben Sie bei
der Wahrheit!)

Die AfD hat sich im Wahlkampf unmissverständlich positioniert, und deshalb kann ich schon heute sagen, dass es mit uns Christdemokraten keine Koalition in der Opposition geben kann.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Abg. Jan Bollinger, AfD: Das ist auch nicht
gewünscht von uns!)

Denn unsere moderne und offene Gesellschaft wollen wir haben. Wir wollen kein Zurück ins Gestern. Die Einbettung in Europa und der Euro sind für uns wichtig. Auch die moderne Rolle von Frauen und ihre Wahlfreiheit sind uns wichtig.

Demokratie bringt Unterschiede hervor, auch bei Positionierungen von Politikern. Mir ist wichtig, immer wieder deutlich zu machen, wofür wir Christdemokraten stehen. Große Teile von Rot-Grün gefallen sich darin, größtmögliche Buntheit, möglichst ohne einschränkende Regeln, wertneutral gutzuhießen. Was nicht sein darf, existiert in

ihren Augen nicht.

Das andere Extrem finden wir in Teilen der AfD – auch das will ich sagen –: erst provozieren, dann wieder relativieren.

(Abg. Jan Bollinger, AfD: Sie sind beliebig!)

– Ja, das kann ja jeder. Sie sind ja gleich dran. Aber auch das gehört dazu, das ertragen zu können.

Herr Junge, Sie haben sich von den Antiislamäußerungen Ihrer Bundesvorsitzenden jüngst distanziert, jetzt von den Äußerungen Ihres stellvertretenden Bundesvorsitzenden Gauland, der meinte, einen Farbigen, nämlich Herrn Boateng, wollten die Deutschen nicht zum Nachbarn haben.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Längst geklärt! Zeitungssente!)

– Er sagt Zeitungssente. Lassen Sie mich es gerade erläutern, und gehen Sie drauf ein.

(Zurufe von der AfD)

Herr Junge, Sie sind beim Fall Gauland/Boateng wie so oft in die Rolle des Relativierers und Differenzierers geschlüpft. Herr Boateng sei ein Held des Fußballs, und er sei ein „gelungenes Beispiel für Integration“. Herr Junge, Herr Boateng ist Deutscher.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Er hat eine deutsche Mutter, ist in Deutschland geboren, hat den deutschen Pass, zudem den christlichen Glauben. Ja, er hat eine andere Hautfarbe, aber Vorsicht vor viel zu einfachen Weltbildern!

(Starker Beifall der CDU und Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kam die Relativierung der Relativierung – ich zitiere Sie –: „Herr Gauland habe in einem vertraulichen Hintergrundgespräch die Einstellung mancher Menschen beschrieben, sich aber an keiner Stelle über Herrn Boateng geäußert.“

Und dann blieb nichts mehr von dieser medienwirksamen Differenzierung übrig: Nur einen Tag später wurde dann über den rheinland-pfälzischen Partei-Account der AfD – Sie sind ja der AfD-Landesvorsitzende – Folgendes mitgeteilt – Zitat –: „Vermutlich wurde hier das ‚protokolliert‘, was man gerne gehört hätte, was Gauland aber eben nicht sagte. (...) Fakt ist: Die Story ist frei erfunden. (...) Wenn es eines Beweises bedurft hätte, um den Ausdruck der Lügenpresse zu rechtfertigen, dann hat ihn die FAS am Wochenende frei Haus geliefert.“

Herr Junge, als Fraktionsvorsitzender bestreiten Sie die gefallene Aussage Gaulands in Ihrem ersten Zitat ja gar nicht; Sie interpretieren sie nur.

(Abg. Jan Bollinger, AfD: Angeblich!)

Als Parteichef hingegen nennen Sie die Geschichte frei erfunden und reden von Lügenpresse. Das will ich hier

sagen: So etwas ist für das Klima in unserer Gesellschaft nicht gut.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch einmal, um es zu verdeutlichen, keiner hat dem anderen vorzuschreiben, was er zu denken hat. Aber ich habe eine Haltung dazu, und ich möchte die Diskussionen auch offen führen. Ordentlich im Umgang hier in diesem Parlament.

Ich darf zum Ende nochmals die Worte des Bundespräsidenten erwähnen. Er sagte: „In Politik und Medien hat es bisweilen die Tendenz gegeben, aus pädagogischem Antrieb heraus Diskussionen lieber einzuhegen, um dem vermeintlich Guten zum Durchbruch zu verhelfen und das vermeintlich Falsche nicht zu fördern.“

Ich stimme diesen Worten zu. Wir sollten Diskussionen nicht scheuen und Realitäten, die uns nicht passen, Frau Dreyer, auch nicht ausblenden und lieber schönreden. Das ist nicht gut für die Demokratie, und das ist auch einer Ministerpräsidentin nicht würdig. Das haben wir gesehen bei der Integrationspolitik. Wir haben es gesehen bei der Frage der Wohnungseinbrüche und vielem anderen auch. Die Bürger fragen sich zu Recht: Wie bekommt die Politik das in den Griff, was zu entgleiten droht? – Ich bin mir sicher, wir bekommen das in den Griff, wenn wir ordentlich miteinander umgehen und uns so verstehen – – –

(Zurufe von der AfD: Wir schaffen das!)

– Die einen lachen darüber, wenn jemand sagt „Wir schaffen das“. Wenn es Ihnen gefällt, dass wir es nicht schaffen, sind Sie hier falsch am Platz in diesem Plenum.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage ganz bewusst zur Ampel, zur Regierungskoalition: Unsere Aufgabe als Opposition wird es sein, Sie zu kontrollieren. Kurt Schumacher hat 1949 die Arbeit der Opposition beschrieben: „Die Opposition ist die Begrenzung der Regierungsmacht und die Verhütung ihrer“ – ich zitiere – „Totalherrschaft. (...) Das Wesen der Opposition ist der permanente Versuch, an konkreten Tatbeständen mit konkreten Vorschlägen der Regierung und ihren Parteien den positiven Gestaltungswillen der Opposition aufzuzwingen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich versichere Ihnen, diesen Gestaltungswillen bringen wir Christdemokraten mit.

(Beifall der CDU)

Uns allen zusammen, der Regierung und jeder einzelnen Fraktion, ist dieses Bundesland hier anvertraut worden. Das ist sehr viel Verantwortung, die wir miteinander tragen. Ich wünsche uns allen dafür Erfolg, Fairness, dass wir in die richtige Richtung zusammenarbeiten, und Gottes Segen möge uns auch begleiten.

Danke schön.

(Lang anhaltend starker Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Ich darf als weitere Gäste im Landtag Auszubildende zur/zum Fachangestellten für Bürokommunikation der Berufsbildenden Schule III in Mainz begrüßen. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich darf auch den ehemaligen Kollegen Dr. Beth als Vorsitzenden der Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten begrüßen. Schön, dass Sie sich weiterhin für die Arbeit interessieren. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat der Abgeordnete Alexander Schweitzer.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Guten Morgen meine Damen und Herren, Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungserklärung von Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat gestern deutlich gemacht, dass sich hier eine Regierungskoalition gefunden und auf den Weg begeben hat, die Bewährtes bewahren möchte, die aber auch den Mut hat, Neues zu wagen. Diese Regierungskoalition ist natürlich mehr als ein Zweckbündnis, es ist ein Bündnis der Optimisten, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Das kann
man so sagen!)

– Herr Baldauf, dass Sie natürlich das Wort Optimismus schon lange aus Ihrem aktiven Vokabular gestrichen haben, ist mir klar, aber dennoch bin ich der Meinung, dass es das ist, was diese Regierungskoalition ausmacht.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Anlehnung an das zentrale Motto der SPD möchte ich gerne sagen, diese Regierung ist genau richtig für Rheinland-Pfalz. Eine Frage, die die politischen Beobachter, die medialen Beobachter, sicherlich auch die Damen und Herren der geschätzten Opposition seit dem 13. März bewegt, ist: Wie kam es zu diesem Wahlsieg, insbesondere der SPD?

Vor allem Haltung und Handeln haben die SPD zum Wahlsieg geführt.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Die Arbeit der
letzten fünf Jahre kann es ja nicht gewesen
sein!)

Zu den eigenen Überzeugungen stehen und danach handeln. Das ist das, was die Menschen als verlässlich bezeichnen. Es ist der richtige Weg. Er ist erfolgreich, und wir werden diesen Weg weitergehen, meine Damen und Herren.

Die Grundidee der SPD in Rheinland-Pfalz ist schon immer die Verbindung von Fortschritt und sozialem Ausgleich, die

Verbindung von Teilhabe und Leistungsgerechtigkeit gewesen. Mit dieser neuen Koalition geben wir die Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen. Ich bin der Meinung, dass es in diesen Tagen nicht nur in Rheinland-Pfalz, aber eben auch in Rheinland-Pfalz, auf etwas ankommt, was ich Befähigungspolitik nennen möchte. Das ist auch das, was die gemeinsame Klammer dieser Ampelregierung bildet.

Wie passt das zusammen? Auch das ist gefragt worden. Sie fragen es sich noch heute, Frau Klöckner. Sie konnten keine Antwort geben. Ich möchte Ihnen eine Antwort anbieten. Die Schilderung vieler Beobachter war so: Da kommen die – mit Verlaub, lieber Bernhard Braun – postmaterialistischen Grünen, nebensächlich die Liberalen, manche haben weniger wohlmeinend formuliert, die Neoliberalen von der FDP, und gemeinsam nehmen sie die etatistische SPD in die Klammer. Das war die Formulierung, die viele gewählt haben.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Das kommt noch! –
Heiterkeit im Hause)

– Darauf freue ich mich.

(Beifall bei der SPD)

Den Zwischenruf muss ich aufnehmen. Ich weiß schon, warum wir uns für diese Sitzordnung entschieden haben, lieber Bernhard Braun.

Es ist aber noch viel mehr, was uns zusammenbringt. Schon die ersten Gespräche haben uns gezeigt – das waren tastende Gespräche, das will ich gar nicht verheimlichen –, dass wir alle aus unterschiedlichen Denkrichtungen herkommend, aus unterschiedlichen parteipolitischen Traditionen herkommend und natürlich auch aus Phasen der Auseinandersetzung, die zur Demokratie gehören und wobei auch manchmal mancher scharfe Satz gesagt wurde, so ist das dann eben auch. Wir haben aber gemeinsam festgestellt, uns verbindet ein positives Menschenbild. Das ist weit mehr als eine Banalität.

Wir glauben, dass die Menschen gleich sind. Auch das ist weit mehr als eine Banalität. Wir glauben, dass das in unserer Gesellschaft aber nicht zwangsläufig dazu führt, dass alle die gleichen Chancen haben. Wir glauben aber gemeinsam, dass es zentrale Aufgabe moderner Politik sein muss, Rahmenbedingungen so zu setzen, dass immer wieder Chancen so verteilt werden, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, das zu erreichen, was sie für sich als gelingende Biografie bezeichnen. Das kann im Ergebnis zu ganz unterschiedlichen Zielen führen. Aber die gleichen Chancen müssen da sein.

Die werden eben nicht in der Marktwirtschaft allein und durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage verteilt, sondern da gibt es auch die Aufgabe der Gesellschaft, die die Ausdrucksform des Staates hat, zu sagen, wir setzen Rahmenbedingungen so, dass Chancen immer wieder neu verteilt werden. Es genügt eben nicht zu sagen, am Anfang einmal eine Chance, und dann sollen sie schauen, wo sie bleiben, sondern manche Chance muss man zwei- oder dreimal verteilen. Das war ganz schnell ein Konsens, der

spürbar war und der auch dazu geführt hat, dass wir sehr schnell in konkrete Gespräche eintreten konnten.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben das übersetzt in neue Spielräume für individuelle Kreativität und Innovation, indem wir es schaffen, das Verhältnis von privatem Engagement und Staatstätigkeit in der Balance zu halten. Wir stehen für eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die auch die Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen einschließt.

Ich sage ganz offen, ich bin stolz darauf, dass dieses Regierungsbündnis auch ein Stück des gesellschaftlichen Wandels abbildet. Die Gesellschaft differenziert sich. Das spüren wir. Das spüren wir vielleicht auch in der Familie und im Bekanntenkreis. Das ist eben nicht, dass die Realität so ist, dass es Fritz und Rüdiger und wie sie eben genannt wurden vor allem gibt, sondern die Realität ist, dass es die gibt und die anderen eben auch. Unsere Aufgabe ist es, allen diesen Kindern, egal, welchen Vornamen sie haben, und auch egal, welchen Vornamen ihre Eltern hatten, die gleichen Chancen zu geben, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Gesellschaft, die sich ausdifferenziert – manche mögen das als paradox empfinden –, hat aber gleichzeitig das Bedürfnis, immer wieder auch neue Formen des Zusammenhalts zu finden. Das ist eine weitere Klammer, die diesem Regierungsbündnis innewohnt.

Wir haben echte Kompromisse gefunden. Ja, das ist so. Ich finde, in diesen Tagen, wenn über die populistischen Herausforderungen diskutiert wird, ist eines der zentralen Themen und Fragestellungen immer, ob wir es schaffen, die Demokratie in der Mitte, den Kompromiss zu würdigen, weil dieses „Jetzt muss endlich einmal einer auf den Tisch schlagen, damit endlich einmal wieder Ordnung herrscht“, im Kern anti- oder vordemokratisch ist.

(Beifall der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und der FDP)

Darum bekennen wir uns zu echten Kompromissen dort, wo es unterschiedliche Auffassungen gab, meine Damen und Herren. Ich sage auch, gibt, weil die drei Parteien nicht aufgehört haben, selbstständige Parteien zu sein. Wir bekennen uns auch dazu, dass es Übereinstimmungen gibt, und die werden wir leben, und die werden uns als Bündnis stark machen.

Eines der zentralen Themenfelder, auf dem wir ganz schnell entlang dessen, was ich als Wertekanon eben beschrieben habe, Übereinstimmung festgestellt haben, ist das Thema Gebührenfreiheit. Ich will deutlich sagen, dass es für mich – vielleicht war ich da alten Auffassungen aufgesessen – ein überraschender Weg war, als die FDP in Rheinland-Pfalz, und zwar deutlich vor der Landtagswahl, sich nach einer eingehenden Diskussion – lieber Herr Wissing – dazu bekannt hat zu sagen, wir brauchen die Gebührenfreiheit, um Chancengerechtigkeit herzustellen. Das war für uns etwas, wovon wir gedacht haben, hoppla,

da tut sich etwas. Das war etwas, wozu wir gesagt haben, da kommen wir schnell zusammen.

Es ist ein Leitmotiv dieses Koalitionsvertrags, Menschen Chancen zu geben und ihnen keine Hürden aufzubauen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich ist es das Vorrecht und manchmal auch die einzige Möglichkeit der Opposition, einen solchen Koalitionsvertrag ein wenig zu desavouieren und zu sagen, der sei so unverbindlich, und es wäre nichts Konkretes drin.

(Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

Sie haben das Wort der Prosa gefunden.

Liebe Frau Klöckner, ich will Ihnen sagen, dieser Koalitionsvertrag ist ein Koalitionsvertrag der klaren Ansagen.

(Heiterkeit bei CDU und AfD)

Es ist ein Koalitionsvertrag, der als klares Drehbuch für mindestens fünf Jahre gute Regierungszeit dienen wird. Dieses „mindestens“ unterstreiche ich doppelt und dreifach, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von der CDU)

Darum sage ich, auch diese Ampelkoalition, dieser Koalitionsvertrag ist ein Koalitionsvertrag, der zu Rheinland-Pfalz passt. Er ist pragmatisch, er ist praktisch, und er ist gut.

Die SPD bringt sich mit ihrer besonderen Stärke ein. Hier in Rheinland-Pfalz – das sage ich für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – sind wir noch nahe am Lebensgefühl der Menschen. Das ist Auszeichnung und Aufgabe zugleich.

Wenn Sie sich die letzten 25 Jahre anschauen, meine Damen und Herren – die CDU mit einer Träne im Knopfloch –, dann haben Sie immer gesehen, die SPD hat sich auch vor großen Aufgaben nie weggeduckt. Wir waren immer bereit, Verantwortung zu übernehmen, und das sind wir auch in Zukunft, in den nächsten fünf Jahren und darüber hinaus, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und vereinzelt Beifall bei
FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte das Element zu Beginn meiner Einlassung noch einmal aufnehmen: Wie ist es mit der sozialen Marktwirtschaft? – Der sozialen Marktwirtschaft hat immer ein Aufstiegsversprechen innegewohnt. Es war immer klar, diese soziale Marktwirtschaft transportiert die Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger, Leistung lohnt sich. Es war ein Kampfbegriff auch der alten Bonner Republik, Leistung muss sich wieder lohnen, kein Begriff und kein Satz, den man gemeinhin einem Sozialdemokraten ins Vokabular legt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist wohl
wahr!)

Da fängt es aber an, interessant zu werden. Es gibt auch einen anderen Satz. Den hat vielleicht mancher schon in seiner Kindheit gehört: Jeder ist seines Glückes Schmied. – Ich glaube, dass viele in dieser Gesellschaft sich danach sehnen, dass diese Sätze wieder Berechtigung haben, dass diese Sätze tatsächlich auch für ihr eigenes Lebensmodell wieder gelten.

Schauen Sie sich die Studie des DIW an. Über das Zahlenmaterial mag man streiten. Ich will aber klar und deutlich sagen, mich fasst es an, wenn ich sehe, dass die Mitte der Gesellschaft deutlich zum Ausdruck bringt, dass sie schon lange das Gefühl hat, dass es auf die Leistung, auf die individuelle Leistung am Ende gar nicht mehr ankommt, dass die eigene Biografie kaum noch durch das geprägt werden kann, was man selbst bereit ist einzusetzen. Noch viel schlimmer, dass man, wenn man seinen eigenen Kindern sagt, streng dich an, komm morgens aus dem Bett, gehe in die Schule, Sorge dafür, dass es in der Ausbildung gut läuft, dann wirst du es mindestens einmal so gut oder besser haben, dass dieses Versprechen ebenfalls beschädigt ist, meine Damen und Herren.

Das ist nicht nur eine Herausforderung für die soziale Marktwirtschaft. Wenn dieser Grundglauben, der uns in Deutschland stark gemacht hat, einmal berührt ist, dann gehen wir auch an das Element der Demokratie insgesamt, wenn dieses Versprechen nicht mehr eingehalten werden kann, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Aufstiegsversprechen muss in Deutschland erneuert werden. Dazu haben viele beizutragen. Da müssen wir über die Verantwortung der Wirtschaft nachdenken. Da müssen wir auch über die Verantwortung, die wir im Steuer- und Abgabensystem sehen können, nachdenken. Wir brauchen einen Handlungsrahmen, den wir in Rheinland-Pfalz gestalten wollen. Ja, wir brauchen den handlungsfähigen Staat. Ich sage auch, wir brauchen den starken Staat. Wir brauchen einen Staat, der sich wieder neue Möglichkeiten der Handlungsfähigkeit schafft. Dazu gehört die Schuldenbremse. Auch das gehört für mich in diesen Kanon mit hinein.

Wir brauchen, nicht nur, weil es uns im Verfassungsgebot präsentiert ist, sondern weil wir selbst den Anspruch haben, die Nettoneuverschuldung bei null noch in dieser Wahlperiode, weil wir dann, erst dann wieder sagen können, neue Handlungsspielräume können entstehen, neue Wachstumskräfte können entstehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Wir brauchen darüber hinaus eine verlässliche Grundlage der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, wie sie Ministerpräsidentin Dreyer gestern dargestellt hat.

Meine Damen und Herren, diese Befähigungspolitik, die ich beschreiben möchte, hat ihren Ausgang natürlich in der Familie, aber auch in den Angeboten für die Familie. Dazu gehört die gebührenfreie Bildung in den Kindertagesstätten bis zur Hochschule. Dazu gehören auch neue Angebote in den Kindertagesstätten, und es gehört dazu,

dass wir die Ganztagsangebote über alle Schulformen hinaus und auf weiterem hohen Niveau ausbauen.

Die Unterrichtsversorgung in Rheinland-Pfalz ist richtig gut. Die Zahlen haben wir in den letzten Jahren immer stärker zur Kenntnis nehmen können. Wir wollen sie aber noch weiter ausbauen. Der Ausbau der Unterrichtsversorgung soll auf 100 % gehen. Die Maßnahmen sind gestern konkret angesprochen worden. Wir werden schon in diesem Schuljahr 270 Lehrerstellen neu schaffen, und wir werden den Vertretungslehrerpool um 200 Stellen auf dann 1.000 Stellen erhöhen. Das wird unmittelbar positive Wirkung in den Schulen des Landes Rheinland-Pfalz haben, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Manches kommt hinzu. Ich nenne den weiteren Ausbau der Berufswahl- und Studienorientierung. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir dem Ziel der Gleichwertigkeit der Ausbildungslaufbahn, also zwischen den schulischen und betrieblichen Angeboten und den universitären Angeboten, immer wieder neue Angebote unterstellen, so zum Beispiel den Meisterbonus, ein konkretes Angebot an die Menschen, die sich für diesen Abschluss entschieden haben, sie gleichzustellen mit denen, die den akademischen Weg suchen. Aber auch der Einsatz für den Erhalt des Meistertitels gehört dazu. Dieser Kampf ist noch nicht endgültig gewonnen. Das will ich auch sagen, auch mit Blick auf die europäische Ebene.

Ich nenne die Betreuungsgarantie. Natürlich ist formuliert, dass wir in die Betreuungsgarantie einsteigen werden. Es ist doch so, dass wir sagen, da ist ein Problem trotz aller Ganztagsangebote, die wir aufgebaut haben, wo wir inzwischen Spitzenreiter in ganz Deutschland sind. Aber wie ist es mit den Wochen und Randzeiten? – Da gibt es noch manches Problem. Wer das aus dem familiären Bereich kennt, oder wer nicht das Glück hat – es ist ein persönliches Glück, aber es ist in dieser Hinsicht auch ein betreuungsmaßiges Glück –, mit einer Lehrerin verheiratet zu sein, der kann sich vorstellen, wie es ist, wenn man diese sechs Wochen – manchmal ist es sogar auch noch ein bisschen mehr im Jahr – zu organisieren hat. Da sagen die Eltern, da müsst ihr einmal herangehen, und wir werden Antworten geben. Auch da sind wir nah an den Menschen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Es kommt ein Weiteres hinzu, nämlich die Vernetzung unserer Kindertagesstätten mit all den Angeboten, die wir in der Gesellschaft immer wieder neu brauchen, und das sind die musischen und die sportlichen Angebote.

Meine Damen und Herren, es ist gestern von Frau Ministerpräsidentin Dreyer angesprochen worden, dass wir uns in der Begutachtung zur Kommunal- und Verwaltungsreform gemeinsam die Frage der Aufgabenverteilung auf der staatlichen Ebene vorgenommen haben – die Mittelbehörden. Das ist „Politiksprechen“. Ich will es für die Zuschauerinnen und Zuschauer übersetzen. Das sind unter anderem die früheren Bezirksregierungen, das sind die SGDen, die

ADDen. Das sind Abkürzungen. Das sind sozusagen die Behörden, die viele der Arbeiten erledigen,

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

die wir uns staatlicherseits vorgenommen haben, und wir sagen, das muss alles gemeinsam mit den Landesbehörden betrachtet werden.

(Abg. Christian Baldauf: Aha! Hört, hört!)

Das ist so. Wir haben uns gemeinsam mit der stärksten Oppositionsfraktion auf diesen Weg gemacht. Ich kann nur an Sie appellieren, bleiben Sie bei Ihrer Zusage, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen. Dazu haben Sie sich damals durchgerungen. Ich fand das beachtlich. Sie sollten auch nach einer Landtagswahl von diesen Zusagen nicht abgehen.

Unser Innenminister hat die Frage der Kommunalförderungen auf einen neuen Weg gebracht, und gleichzeitig hat die Regierung schon in ihrer ersten Kabinettsitzung Arbeitsgruppen eingesetzt, die die Neustrukturierung dieser Landesverwaltung unter dem Zeichen der Schuldenbremse angehen. Das sind Fragen des Regierungsgeschäftes. Aber was heißt das für uns als Parlament?

Gestern haben viele von uns applaudiert, als die Ministerpräsidentin angekündigt hat, wir werden uns dafür aussprechen, dass das Kooperationsverbot fällt, also dass sozusagen staatliche Aufgaben im Bildungsbereich zwischen Bund und Ländern neu verteilt werden.

Wir sehen, es gibt eine Verschiebung der politischen Aufgaben und der staatlichen Aufgaben zwischen den Ebenen des Bundes, der Länder und den Kommunen. Heißt das für uns als Parlament, nichts ändert sich für uns? Ist das nicht auch eine Herausforderung für uns als der Ort der Debatte?

Ich bin der Meinung, dass Landespolitik eine Rolle spielen muss, weil niemand besser zwischen der Unmittelbarkeit der Kommune und den staatlichen Aufgaben der Bundesebene vermitteln und sich positionieren kann, als es die Länder können.

Aber wir haben neue Aufgaben, und die Frage des Parlaments muss sich auch neu stellen. Wir haben hier eine Herausforderung, die da lautet: Wo sind denn tatsächlich noch die Aufgaben eines Landesparlaments? Sind wir so etwas wie die „Zweite Bundesliga der Politik“, oder sind wir nicht die, die tatsächlich auch den Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, der Politik und den politischen Instanzen sehr viel näher und besser führen können als manche, die sich vermeintlich oder tatsächlich in der „Ersten Bundesliga der Politik“ wähen, meine Damen und Herren? – Das ist eine Aufgabe. Es ist eine Frage. Ich finde, wir können diese Frage gemeinsam angehen, aber wir sollten sie auch mit Selbstbewusstsein angehen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Fraktion hat auf meinen Rat hin in der vergangenen Wahlperiode die Kolleginnen und Kollegen des damaligen

Landtags zu einer Orientierungsdebatte zum Thema Leben im Alter, zum Thema Sterbebegleitung eingeladen. Das war Neuland für uns.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Deswegen kam es in der Regierungserklärung nicht vor, weil es so wichtig war!)

Da hat das Parlament sich eine neue Rolle weit über das Thema Gesetzgebung hinaus gesucht. Ich finde, das kann auch in den kommenden fünf Jahren, vor denen wir jetzt stehen, eine Rolle sein, die sich dieses Parlament nimmt. Ich lade alle dazu ein. Wir sollten mit diesem ersten Erfolg und dieser ersten guten Erfahrung im Rücken nicht auf halbem Wege haltmachen.

Meine Damen und Herren, nach der Herausforderung der Flüchtlingsunterbringung, die die Vorgängerregierung unter Malu Dreyer in den letzten anderthalb Jahren sehr beschäftigt hat und die sie erfolgreich mit den Kommunen und den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern gestaltet hat, geht es nun darum, die Integration zu einem gelingenden Projekt zu machen.

Die Ministerpräsidentin hat recht, wenn sie sagt, das eine war der Sprint, und jetzt kommt der Marathon. Integration ist eine Marathonaufgabe. Das ist eine Aufgabe, die wir nicht innerhalb einer Wahlperiode auch nur im Ansatz lösen können. Wir reden hier über eine Generationenaufgabe.

Wir brauchen eine gemeinsame nationalstaatliche Bewegung, nämlich einen Integrationspakt. Vieles von dem, was wir in diesen Tagen über das angekündigte Integrationsgesetz lesen, geht in die richtige Richtung. Wir brauchen zur Unterstützung unserer landespolitischen Initiative zur Arbeitsmarktintegration eine Unterstützung des Bundes. Wir brauchen zur Unterstützung unserer Aktivitäten im Bereich Berufsbildung, Ausbildung auch die Rahmensetzung des Bundes. Das hat Malu Dreyer schon im vergangenen Jahr immer wieder eingefordert. Endlich kommt es.

Wir brauchen Klarheit, was den Duldungsstatus mancher Menschen angeht. Ja, wir brauchen eine Renaissance der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Lassen Sie mich hier etwas zur politischen Auseinandersetzung sagen.

Frau Klöckner, ich habe in den letzten Tagen auch Ihre Presseäußerung gelesen.

Sie haben sozusagen die Verabredung der Großen Koalition mit Blick auf das, was Sie in der Vergangenheit vorgeschlagen haben, als eigenen persönlichen Triumph empfunden. Ich weiß nicht, was Sie damit gemeint haben. Ihr Plan A2 kann es nicht gewesen sein, weil man ihn schon vor der Landtagswahl seitens der CDU auf Bundesebene in den Papierkorb geworfen hatte.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Vorsicht, es kann sein, dass das noch kommt!)

Ich kann mich erinnern, dass wir auch darüber nachgedacht haben, was gebraucht wird. Ich habe in der Haushaltsdebatte des vergangenen Jahres vorgeschlagen, dass

wir den Einstieg in die aktive Arbeitsmarktpolitik brauchen. Dann hat sich Herr Dr. Weiland gemeldet und gesagt: Das wollen wir auf keinen Fall. Das ist der Rückgriff auf die 70er-Jahre. – Jetzt kommt es. Frau Klöckner sagt, das war ihr Ergebnis.

Meine Damen und Herren, das müssen sie innerhalb der CDU klären.

Die Voraussetzungen, was die Vorrangprüfung angeht, werden uns auf der Landesebene sicherlich die Möglichkeit geben, die Arbeitsmarktsituationen in den Regionen zu gestalten.

Meine Damen und Herren, diese Koalition bekennt sich zum Leitbild „Guter Arbeit“. Dazu gehören gute Löhne und Arbeitsbedingungen. Die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit macht unser Land aus. Auch in diesem Punkt hat die Ampelkoalition schnell zusammengefunden.

Wir brauchen einen Masterplan zur Zukunft der Arbeit 4.0. Wenn sich im Wirtschaftsleben manches ändert und dies Auswirkungen auf logistische Abläufe hat, dann muss das auch mit Blick auf die Arbeitsgesellschaft abgebildet werden. Die Frage ist, wer den „Betriebsrat in der Cloud“ wählt. Wer schafft es noch, Mitbestimmung so zu ertüchtigen, dass sie auch in den neuen industriellen Wirtschaftsformen eine Rolle spielt?

Ich bin sehr froh, dass die Ministerpräsidentin gestern die Lage der Situation am Arbeitsmarkt in die Lage mit Blick auf die prekären Lebenssituationen, wie die Armut, eingebunden hat. Es gab eine klare Auffassung und klare Stellungnahme der Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung zum Thema Armutsprävention. Deshalb kann der Vorwurf, das Thema Kinderarmut würde ausgerechnet die Landesregierung unter Malu Dreyer nicht beschäftigen, überhaupt nicht wirksam sein, weil den keiner ernst nehmen kann.

Liebe Frau Klöckner, er hat auch in der Sache keine Rechtfertigung. Dieser Punkt war zu klein und zu billig. Der geht nicht auf.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In unserem Koalitionsvertrag ist ein Schwerpunkt zum Thema Digitalisierung gefunden worden. Sie alle wissen, dass das inzwischen ein Querschnittsthema ist, das uns durch alle Lebens- und Politikbereiche hinweg beschäftigt. Es wird auch durch ein Digitalisierungskabinett der Landesregierung abgebildet. Eine Digitalstrategie der Landesregierung wird daran anknüpfen. Wir werden das Thema Medienkompetenz in der Schule fortentwickeln und im Bereich des Wissens- und Technologietransfers weitere Schwerpunkte setzen und nach zwei Jahren eine Transferinitiative neu bewerten.

Meine Damen und Herren, wir sehen hier vor allem Chancen und sind auch Optimisten. Wir sagen: Eine Innovationsoffensive kann und soll die Zusammenarbeit von kleinen und mittleren Unternehmen und Hochschulen perspektivisch verbessern. Ich bin sehr froh, dass viele der Vorschläge, die die SPD-Fraktion in ihrem Innovationspa-

pier im vergangenen Jahr formuliert hat, auch Eingang in diesen Koalitionsvertrag finden konnten.

Es ist gut, dass wir die Dialogbereitschaft zwischen handelnden Personen der Regierung und der Wirtschaft fortzuschreiben wollen. Wir hatten diese Woche gemeinsam das Vergnügen, beim Abend der LVU zu sein. Unser Wirtschaftsminister hat in Vertretung der Landesregierung eine Rede gehalten. Ich fand es seitens des Vorsitzenden der LVU, Herrn Dr. Braun, nicht nur freundlich und höflich, sondern ich habe den Eindruck, dass es ein ganz ehrliches Statement war, das die Arbeit zwischen LVU, den angeschlossenen Unternehmen und der Landesregierung prägen soll, als er gesagt hat, wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und den Dialog. So soll es uns auch weiterhin prägen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Ich habe gerade den Zwischenruf gehört. Er hat auch ein paar andere Dinge gesagt. Das ist richtig. Es ist auch seine Veranstaltung. Deshalb kann er auch ein bisschen mehr sagen als nur ein Dankeschön an die Landesregierung. Das wollen wir ihm zugestehen.

Er hat auch gesagt, dass sich das sozialpolitische Kapitel im Koalitionsvertrag für ihn wie das SPD-Parteiprogramm liest. Ich muss Ihnen ganz offen gestehen, dass ich als sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender schon schlimmere Beleidigungen als das gehört habe. Danke, dass Sie mir die Gelegenheit geben, noch einmal darauf hinzuweisen. Die SPD hat tatsächlich das sozialpolitische Kapitel im Koalitionsvertrag geprägt. Das ist auch richtig so.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Er meinte es
aber nicht als Kompliment!)

– Es mag sein, dass er es nicht als Kompliment meint. Ihr Problem ist, dass er sich weiterhin an eine SPD-geführte Landesregierung wendet und mit Ihnen hin und wieder einen Kaffee trinken wird. Mehr wird nicht passieren. Das ist das Problem.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er hat sich klar dazu bekannt, dass es gut ist, dass wird uns zu einer Mobilitäts-offensive und zu einem Mobilitätskonsens bekennen. Die Fakten sind schon genannt worden.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, Sie fangen bei 600 Millionen Euro über die Wahlperiode hinweg an, sich den Cent genau anzuschauen, sind gegen die Mobilitäts-offensive und wenden ein, dass wir Planungskosten eingestellt haben. Was glauben Sie denn, wie Straßen in Rheinland-Pfalz gebaut werden? Denken Sie, es würde reichen, mit einer Betonmischmaschine hinauszufahren und zu sagen, da könnte eine Straße verlaufen? Wir brauchen schon einmal jemanden, der vorher plant und Baurecht schafft. Wir brauchen auch – mit Verlaub – das Geld.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss es Ihnen schon sagen. Nur im Legospielzeug-

kasten meiner Jungen, wenn es um den Straßenbau geht, kommt der Planungsingenieur nicht vor. Nur da wird sofort mit der Betonmischmaschine gearbeitet. Im realen Leben in Rheinland-Pfalz brauchen wir Planungsmittel.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, es ist klar, dass diese nach oben gehen. Ich bedanke mich für den Hinweis. Sie haben die Zahlen präzise genannt. Diese sind richtig gewesen. Aber dass diese nach oben gehen, ist ein klarer Beweis dafür, dass es mit der Verkehrspolitik in Rheinland-Pfalz vorangeht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist unsere Handschrift. Vielen Dank für den Hinweis.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben gefragt, wie es mit dem Hahn ist. Sie haben die Ministerpräsidentin angesprochen, die gestern nichts anderes angekündigt hat, als dass die Regierung das tut und umsetzt, was sie schon seit Langem angekündigt hat. Das hat sie in einer Weise transparent gemacht, wie man sie, glaube ich, woanders gar nicht findet.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

– Herr Licht, es ist schön, dass Sie dazwischenrufen. Ich komme noch einmal auf Sie zurück.

Dann hat die Ministerpräsidentin gesagt, die Regierung wird das tun, was die Aufgabe der Regierung ist. Es ist eine Ermächtigung ausgesprochen worden. Wir alle kennen – vielleicht erinnern sich nicht alle daran – den Status, in dem wir uns seit den Flughafenleitlinien der Europäischen Kommission bewegen. Sie sind seit 2014 bekannt. Übrigens ist innerhalb dieser Flughafenleitlinien auch relativ schnell klar geworden, was staatlicherseits überhaupt noch an Beihilfen investiert werden kann und in welche Aufgaben diese gehen. Es schaffen alle im Hause, die Summen zu erahnen. Ich will niemanden despektierlich ansprechen.

Die Ministerpräsidentin hat angekündigt, dass sie dann einen Weg finden wird, den sich ein Parlament nicht anders oder transparenter vorstellen kann. Die Regierung wird auftreten und uns, dem Parlament, ein Gesetz vorlegen. Dieses Gesetz haben wir zu bewerten. Ich sage, das ist unsere gemeinsame Aufgabe. Auch die Opposition, die sicherlich denkt, sie schaut kritischer hin, als wir das tun, hat keine andere Aufgabe. Jeder Parlamentarier und jede Parlamentarierin hat für sich die Aufgabe, das, was vorgelegt wird, intensiv zu prüfen. Ich kündige das für meine Fraktion an.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Vor dem
Abschluss der Verträge oder nach dem
Abschluss der Verträge?)

– Herr Licht, seien Sie doch geduldig. Ich komme noch einmal auf Sie zu sprechen.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

– Jetzt muss ich Ihnen eines sagen. Lieber Herr Licht, nur in Ihrer Vorstellung und vielleicht im Handballsport gibt es die Möglichkeit, dass man einen Vertrag abschließt und

dann mit den Partnern des Vertrages sagt, wir müssen aber doch einmal verhandeln.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Es ist die Aufgabe des Parlamentes zu sagen, wir stimmen zu, oder wir stimmen nicht zu. Nachdem Sie jahrelang lavieren und Sie, Herr Licht, schon manchen Sprung hingebraucht haben und Herr Bracht nicht mehr im Aufsichtsrat des Hahns sein durfte, ist es die Aufgabe der CDU und Ihre persönliche Aufgabe, Frau Klöckner, Ihrer Fraktion eine Empfehlung zu geben, wie sie sich zum Hahn, den Beschäftigten und zur Zukunft der Region verhalten soll.

(Zurufe von der CDU)

Das ist Ihre Aufgabe. Aus dieser werden Sie nicht herauskommen. Jetzt kommt es zum Schwur. Das ist absehbar. Wenn Sie sagen, dass Sie Sondersitzungen beantragen, ist das gar kein Problem. Wir haben mit unserer Mehrheit im Ältestenrat dafür gesorgt, dass es den Zeitablauf bei der Festsetzung der Plenarsitzungen gibt. Wir können genau das tun, als zu sagen, ich habe das vorgeschlagen, darum kommt es. Das ist nur die halbe Wahrheit.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, wir werden gemeinsam die Dinge betrachten müssen und in den nächsten Wochen und Monaten als Parlament zu einer Entscheidung kommen.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Erst gegen die
Wand fahren und dann ...!)

– Lieber Herr Licht, ich sage Ihnen etwas. Frau Kollegin Klöckner ist erneut als Oppositionsführerin aufgetreten. Sie fragen sich immer noch, woran es liegt, dass sich die CDU immer noch in der Opposition befindet. Ich sage es Ihnen. Es liegt auch daran, dass die Menschen – verdammt noch mal – in diesem Land ein ganz klares Gespür dafür haben, wer es ernst meint und offen mit ihnen redet und wer in der Lage ist, auch einmal schwierige Entscheidungen zu treffen und mit seinen Möglichkeiten Alternativen aufzuzeigen. In diesem Fall denkt in Rheinland-Pfalz nicht die Mehrheit an die CDU.

Lieber Herr Licht, das ist auch das Ergebnis Ihrer Arbeit und Ihres Auftretens im Parlament.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Jens Guth, SPD: So sieht es aus!)

Sie haben seit Jahren die Menschen in der Region mit falschen Versprechungen geködert und gelockt. Sie haben nie etwas geliefert. Von der CDU-Fraktion ist kein einziger Vorschlag für ein Konzept für die Gesamtregion geliefert worden.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Meine Damen und Herren, Sie haben es sich selbst zu verdanken, dass Sie immer noch in der Opposition sind.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Licht, Ich habe Sie jetzt angesprochen. Vielleicht ist es sogar ein bisschen viel Verantwortung, dass ich Ihnen

persönlich die Niederlage der CDU in die Schuhe geschoben habe. Es gibt noch jemand anderes. Dazu sage ich auch gleich etwas.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben in Rheinland-Pfalz mit einem Thema zu tun, das uns inzwischen in ganz Europa begegnet, nämlich mit dem Thema des zunehmenden Populismus. Mit dem Blick auf Österreich haben viele von uns gedacht, das ist gerade noch einmal gut gegangen. Sie denken das nicht. Das ist mir klar. Das ist aber nur eine Position.

Mit dem Blick nach Frankreich habe ich schon die tiefe Sorge, wie es in diesem Land in der Nachbarschaft weitergeht. Der Populismus von rechts – manchmal ist er auch der Radikalismus von rechts – ist auch in Rheinland-Pfalz nähergerückt.

Meine Damen und Herren, er ist auch in unser Parlament gerückt.

(Zurufe von der AfD: Oh, oh, oh!)

Die Richtigen wissen, dass ich sie angesprochen habe.

(Zuruf von der AfD: Was ist mit den Linkspopulisten?)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen deutlich sagen: Rheinland-Pfalz ist ein Land mitten in Europa. Wir leben Europa, und wir leben von Europa. Die offene Gesellschaft zu bewahren, ist die Voraussetzung für den Zusammenhalt in unserem Land. Es ist aber auch die Voraussetzung für den Wohlstand in unserem Land.

Ich bleibe bei dem, was ich an anderer Stelle auch schon gesagt habe. Unser Umgang wird klar, hart in der Sache – das ist schon so –, aber auch fair im Stil sein. Wir werden keine Grenzüberschreitungen dulden. Frau Kollegin Klöckner hat schon auf den Gauland'schen Rassismus hingewiesen.

Meine Damen und Herren von der AfD, ich will Ihnen sagen, dass wir keinen Fußbreit nachgeben werden, wenn es um solche Äußerungen geht.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich hier – Sie haben dann gleich im Anschluss auch die Gelegenheit dazu – als Vertreter der AfD davon distanzieren werden,

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Da gibt es nichts zu distanzieren!)

dann werden Sie dafür meine Anerkennung bekommen. Ich bin gern bereit, mich überraschen zu lassen.

(Zurufe von der AfD)

Meine Damen und Herren, ansonsten will ich Ihnen deutlich sagen, dass wir Rassismus, Ressentiments und alles das in Rheinland-Pfalz nicht mehr brauchen. Auch dieses

Land ist von dieser Geschichte geprägt. Wir wollen es weder im Parlament noch außerhalb des Parlaments. Ich sage auch, damit kein falscher Zungenschlag hereinkommt: Die offene Gesellschaft muss gegen alle Gegner verteidigt werden, egal welchen Begründungszusammenhang sie missbrauchen, um die offene Gesellschaft anzugreifen. Wenn es zunächst von rechts ist, dann werden wir gegen rechts in einer offenen Diskussion klar vorgehen. Das ist die Aufgabe des gesamten Parlaments oder aller wohlmeinenden Fraktionen in diesem Parlament.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Joachim Paul, AfD: Sie sind eher Brandstifter als Biedermann! Das sind Sie!

Nun spielen Sie den Biedermann, aber unsere Mandatsträger ächten! Wir haben danach eine Vielzahl von Übergriffen zu verzeichnen! Wir werden Sie demaskieren! –

Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Hätten Sie geschwiegen!)

– Herr Kollege, Sie sehen schon an der Ansprache, die ich wähle, dass ich selbstverständlich unter den Parlamentariern keinen Unterschied mache. Aber ich will Ihnen einen technischen Hinweis geben: Sie sind hier nicht in einem Fake-Facebook-Profil, in dem Sie irgendetwas behaupten können.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie jetzt hier sagen – Sie haben mir vorhin den Begriff „Brandstifter“ entgegengeworfen –,

(Zuruf aus dem Hause: Hetzer!)

wird im Landtagsprotokoll stehen. Das ist Ihr Problem danach. Ich weise Sie darauf hin, seien Sie vorsichtig mit dem, was Sie sagen; denn wir können auch bei nächster Gelegenheit noch über das reden, was Sie heute sagen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Gern!)

Was die Auseinandersetzung außerhalb des Parlaments angeht – ich schaue zu dem Kollegen Köbler –, haben Sie in den letzten Tagen gute Erfahrungen gemacht, meine Damen und Herren von der AfD.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Jens Guth, SPD: So ist es! – Zuruf von der AfD: Sie auch!)

Meine Damen und Herren, wir stehen am Anfang einer Wahlperiode, manches ist neu, manches nicht.

Dass manches nicht neu ist, habe ich insbesondere nach Ihrer Rede gedacht, Frau Kollegin Klöckner. Ich hatte schon den Eindruck, dass Sie nach der Landtagswahl, die so ausgegangen ist, wie sie ausgegangen ist, versuchen, in eine neue Rolle zu kommen. Aber ich glaube, jeder, der auch nur versucht, das objektiv zu betrachten,

hat davon heute nichts gespürt.

Sie haben uns erzählt – das ist sicherlich etwas, was zunächst in die eigene Fraktion geht, um die Wunden zu schließen –, dass die CDU-Fraktion die stärkste Fraktion im letzten Parlament war, was die inhaltliche Arbeit anging und Sie eine Zufriedenheit mit sich selbst und mit der eigenen Fraktionsarbeit haben.

Zu dieser Zufriedenheit kann ich einmal das Ergebnis Ihrer Fraktionsvorstandswahlen zitieren, liebe Frau Kollegin Klöckner.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ohne Kampfabstimmung!)

– Danke für den Hinweis „ohne Kampfabstimmung“. Wissen Sie, es wäre nicht meine Sache, Ihre Wahlen zu beurteilen,

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

aber nachdem Sie selbst hier sagen, wir als CDU-Fraktion haben sozusagen in den letzten fünf Jahren eine parlamentarische Großtat nach der anderen vollbracht, dann müsste das innerhalb der CDU-Fraktion eigentlich zu einer Konsenswahl und zu einer Zufriedenheit führen. Das will ich schon einmal aufdecken.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Jetzt wird es billig!)

Wenn sich eine Fraktionsvorsitzende nach der Landtagswahl in einer offenen Abstimmung wählen lässt, dann bekommt man halt das Ergebnis, das man damit erreichen möchte, das ist richtig.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Wenn man dann aber die Kolleginnen und Kollegen, die links und rechts von Ihnen Platz nehmen und Ihre Arbeit gemeinsam mit Ihnen gestalten, in die geheime Abstimmung schickt, und es dann ohne Gegenkandidaten 46 Neinstimmen gibt – ausweislich Ihrer eigenen Pressemitteilung –,

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

dann müssen Sie damit rechnen, dass wir den Zustand der CDU-Fraktion in diesem Land hinterfragen, liebe Frau Kollegin Klöckner.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: So niederträchtig kann man gar nicht sein! –
Abg. Christine Schneider, CDU: Da brennt der Baum! –

Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Bei euch brennt der Baum! –

Abg. Julia Klöckner, CDU: Der will Ministerpräsident werden!)

Die CDU-Fraktion hat ihre Aufgabe als führende Oppositionsfraktion. Zu der müssen Sie wieder finden. Sie haben uns in Ihrer Rede einige Passagen präsentiert, die kannte ich noch aus der alten Wahlperiode fast zu gut. Sie sind mir gut bekannt vorgekommen.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Ich will Ihnen auch sagen, die Situation im Parlament mit Blick auf die neue Landesregierung zu beschreiben mit „Wir reden hier über Aufgaben und nicht über Gegner“ nach dem, wie Sie die Kollegen von der FDP attackiert haben, war auch nicht glaubwürdig, liebe Frau Kollegin Klöckner.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem Sie dann uns als Regierungsfraktion – damit meine ich auch die Kolleginnen und Kollegen ganz persönlich – als reine Angehörige eines Zustimmungsgorgans bezeichnet haben, muss ich sagen, das war auch nicht freundlich und passt auch nicht zu dem Wort „Demut“, das Sie nach der Landtagswahl gewählt haben. Als Sie dann auch noch vor zu viel Selbstzufriedenheit gewarnt haben, muss ich Sie an Folgendes erinnern, liebe Frau Kollegin Klöckner: In ganz Rheinland-Pfalz hingen Plakate mit Ihrem Antlitz, darunter stand: Die neue Ministerpräsidentin. – So viel zum Thema Selbstzufriedenheit.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, Sie sind uns scharf angegangen, noch bevor wir überhaupt die erste parlamentarische Auseinandersetzung hatten. Sie haben die Kolleginnen und Kollegen desavouiert als reines Abstimmungsorgan.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Jetzt müssen Sie damit rechnen, dass Sie die entsprechenden Antworten bekommen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diese Koalition hat sich gefunden. Wir als Sozialdemokraten können mit Ihrer Kritik umgehen, die Grünen haben das auch schon geübt, die FDP wird mit dieser Kritik umgehen können.

Das ist zunächst einmal die Bitterkeit der verschmähten Liebe.

(Heiterkeit bei der FDP)

Irgendwann lässt das auch nach, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

Als ich in den letzten Tagen gefragt worden bin, wie das mit der Stimmung im Parlament aussieht, habe ich gesagt, ich weiß es nicht, wir sind noch gar nicht richtig da. Aber ich habe so ein bisschen die Vermutung, wie es sein könnte.

Wenn ich jetzt in Ihre Reihen schaue, so war es gestern noch eindrucksvoller, als die Ministerpräsidentin geredet hat. Da habe ich gedacht, da haben doch einige den Blues. Als Sie als Vorsängerin die alten Evergreens aus der Vergangenheit, die schon einige Kratzer hatten, zum Besten gegeben haben, war es nicht anders, Frau Klöckner.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wie lange redet der noch?)

Meine Damen und Herren, die AfD muss auch zeigen, dass sie mehr als Marschmusik hier im Parlament spielt.

(Beifall bei der FDP –
Zuruf des Abg. Thomas Weiner, CDU)

Für die Ampelkoalition wird gelten: Wir werden auch in Zukunft ein buntes, klares, für die Menschen annehmbares, wahrnehmbares und attraktives Bild abgeben. Meine Damen und Herren, dafür werden wir gemeinsam arbeiten, jeder an seiner Stelle, jeder in seiner Verantwortung.

Frau Klöckner, Sie haben gesagt „Wir schaffen das“. Ich glaube, damit haben Sie etwas beschrieben, was ein Teil der Wahlanalyse der CDU war, dass die CDU in Rheinland-Pfalz gesagt hat, sie sei vor allem an der Bundeskanzlerin gescheitert.

(Heiterkeit des Abg. Michael Frisch, AfD)

Dann haben Sie irgendwann gemerkt, sie sind vielleicht an Malu Dreyer gescheitert.

Ich glaube, Sie werden noch eine intensive Phase des Nachdenkens brauchen, bis Sie erkennen, Sie sind auch ein ganzes Stück an sich selbst gescheitert, liebe Frau Kollegin Klöckner.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Quatsch!)

Darum sage ich Ihnen, ich hätte mich darauf gefreut, wenn Sie uns heute positiv überrascht hätten, aber das kann ja noch kommen. Diese Landesregierung wird gut und stabil arbeiten. Sie hat die Unterstützung der stärksten Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, der SPD-Fraktion.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

(Anhaltend Beifall der SPD, der FDP und
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich auf die vorhin geäußerten Zwischenrufe „Brandstifter“ und „Hetzer“ eingehen. Es gibt eine Liste aus dem Handbuch für die parlamentarische Praxis mit Kommentaren zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Aufgrund dieser Liste haben diese Begriffe zu Ordnungsrufen und Rügen geführt. Ich schlage zur besseren Vergewisserung aller Fraktionen vor, diese Liste allen Fraktionen zukommen zu lassen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Sehr gut!)

Nun erteile ich dem Abgeordneten Herrn Uwe Junge das Wort.

(Abg. Martin Haller, SPD: In den letzten
fünf Jahren musste diese Liste nie erwähnt
werden! –

Abg. Joachim Paul, AfD: Zeigen Sie mir
nicht den Vogel! Das ist unverschämt! –
Unruhe im Hause)

– Das Wort hat Herr Kollege Junge.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Verehrte Frau Präsidentin, geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Die AfD ist in Rheinland-Pfalz angetreten, um Politik für den eigenen Bürger zu machen.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: AfD-eigene Bürger!)

– Herr Braun, lassen Sie mich doch zunächst einmal anfangen, bevor Sie mit irgendwelchen Zwischenrufen kommen.

Wir werden uns in der Sache hart, aber im Ton moderat in der parlamentarischen Arbeit als Opposition – Frau Klöckner, nicht wie Sie sagten, als zusätzliche Opposition, sondern noch als Teil der Opposition – hier unserem verfassungsrechtlichen Auftrag, die Regierung zu kontrollieren, stellen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, darauf können Sie und die Bürger in diesem Land sich verlassen.

Ich möchte mich anfangs im Namen der Fraktion der Alternative für Deutschland hier im Landtag bei vielen von Ihnen, nicht bei allen, aber bei vielen von Ihnen für die freundliche Aufnahme bedanken und insbesondere der Landtagsverwaltung meinen herzlichen und besonderen Dank für die professionelle und sehr kollegiale Unterstützung bei der Aufnahme unserer parlamentarischen Arbeit in diesem Haus sagen.

(Beifall der AfD)

Frau Klöckner, ich will nicht verhehlen und möchte dabei kurz auf Sie eingehen, dass wir Sie lieber als Ministerpräsidentin gehabt hätten.

(Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Ui! Das ist
ein Bekenntnis!)

Frau Klöckner, Sie aber sind gescheitert, und zwar in erster Linie deshalb, weil Sie in Berlin links geblinkt und in Rheinland-Pfalz versucht haben, rechts abzubiegen. Das war ein strategischer Fehler. Ich hoffe, dass Sie diesen Fehler in der Oppositionsarbeit so nicht fortsetzen.

Herr Schweitzer, Sie haben natürlich recht, mit Optimismus an die Sache heranzugehen. Ich sage Ihnen aber auch, Optimismus ohne Realitätsnähe wird zur Glaubensfrage. Noch etwas: Die Pessimisten sind Optimisten mit Erfahrung. Die sollten Sie eigentlich haben.

(Beifall der AfD)

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, wenn Sie in Ihrer Regierungserklärung behaupten, dass Ihnen die Bürger das Vertrauen ausgesprochen haben, so verkennen Sie, dass über 50 % der Bürger eben nicht rot-grün, sondern bürgerlich-konservativ-liberal gewählt haben;

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Das kann doch nicht
sein!)

denn auch die FDP-Wähler waren davon ausgegangen, dass Sie diesmal Wort halten würden, als Sie die Beendigung von rot-grüner Politik als Ihr erstes Wahlziel aus-

gaben und dafür in geradezu beschwörender Weise auf Posten und Dienstwagen verzichten wollten, Herr Dr. Wis-sing.

(Beifall der AfD)

Dass Sie das wohl nicht so gemeint haben, werden Ihnen die Wähler schon bald in Berlin, in Mecklenburg-Vorpommern und in Nordrhein-Westfalen gebührend quittieren.

Frau Ministerpräsidentin, Ihre Regierungserklärung folgt dem Koalitionsvertrag in gleicher verschleiender Oberflächlichkeit, durchsetzt von nebulösen, meist ideologisierten und moralisierenden Absichtserklärungen und bleibt in den wesentlichen Kernfragen ohne konkrete und vor allem realistische Lösungsansätze.

So schreiben Sie – ich zitiere –: „Die innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz wird von hoch motivierten und sehr gut ausgebildeten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gewährleistet. Ihnen ist zu verdanken, dass Rheinland-Pfalz ein sicheres Land ist (...)“ – Ja, unsere Polizei leistet Großartiges. Nicht zuletzt wegen Ihres Aufrufs zur Ächtung von immerhin 300.000 Wählern und 1.600 Mitgliedern der AfD in Rheinland-Pfalz haben wir die Leistungsfähigkeit unserer Polizei bei unseren Wahlkampfveranstaltungen bewerten können, Herr Schweitzer. Die war großartig. Danke dafür.

(Beifall der AfD)

Ja, unsere Polizei ist großartig, aber nicht weil, sondern obwohl sie seit Jahren durch die Regierenden in Rheinland-Pfalz im Stich gelassen wird. Rheinland-Pfalz ist nicht sicher, wie die neueste Kriminalstatistik deutlich zeigt. Das liegt beileibe nicht an den noch vorhandenen Polizisten. Die Polizei in Rheinland-Pfalz ist seit Langem massiv unterbesetzt.

Die Überstunden sind seit 2007 um ca. 250 % gestiegen. Nach Angaben der Deutschen Polizeigewerkschaft hat Rheinland-Pfalz derzeit 8.800 Polizeistellen, bräuchte aber mindestens 10.000 Vollzeitbeamte.

Im Vergleich der Bundesländer bildet Rheinland-Pfalz damit – das lässt sich nicht wegdiskutieren – das Schlusslicht relativer Polizeistärke. Ihre Worte müssen den Beamten, die einer enormen Dienstzeitbelastung ausgesetzt sind, Schmähungen, Beleidigungen und tätliche Angriffe – im Übrigen meist von Linksextremen – erleiden müssen, wie eine Verhöhnung vorkommen.

(Beifall der AfD)

Die Ursachen sind nicht mit einer unzureichenden Aufstockung an Personal heilbar; denn diese Maßnahmen sind lediglich Symptom und nicht Ursachenbekämpfung. Die wahren Ursachen liegen vielmehr in einer massiv steigenden Kriminalität, begünstigt durch eine Politik der ungesicherten Grenzen, den immer größer werdenden Wohlstandsunterschieden und in einer massiven illegalen Zuwanderung.

(Beifall der AfD)

Sowohl die Sicherheitslage als auch das individuelle Sicherheitsgefühl der Bürger verschlechtern sich zusehends. Es wäre die Aufgabe der Regierung, die Bürger zu schützen und diese Kernaufgabe nicht schlicht verantwortungslos durch lapidare Sicherheitstipps an den Bürger selbst zurückzugeben.

(Beifall bei der AfD)

Wer einmal von einem Einbruch in den eigenen vier Wänden betroffen war, der weiß, dass einen diese traumatische Erfahrung lange schwer belastet. Sie, Rot-Grün, haben diesen Missstand über viele Jahre mit zu verantworten und fordern jetzt scheinheilig mehr Polizeistellen. Lediglich Personal aufzustocken oder auszugleichen – denn mehr ist es ja nicht –, damit ist es nicht getan. Das Land braucht ein von Grund auf neues Sicherheitskonzept, das den zum Teil selbst verursachten neuen Belastungen gerecht werden muss. Wir werden das als Opposition – vielleicht mit Ihnen zusammen, Frau Klöckner – genau beobachten.

Besondere Beachtung verdient Ihre Absicht, das Kommunalwahlrecht bereits mit 16 Jahren beginnen zu lassen und auch das Wahlalter für die Landtagswahlen gleich mit zu senken. Dass EU-Bürger bereits das Kommunalwahlrecht haben, reicht Ihnen offensichtlich nicht aus. Nun soll dieses Wahlrecht auch noch auf die Landtagswahl erweitert werden.

(Zurufe von der SPD: Elf Bundesländer haben das schon!)

Meine Damen und Herren, ganz abgesehen davon, dass für ein derartiges Vorhaben eine Verfassungsänderung erforderlich ist, haben Sie die Folgen, die sich bei einer Aufnahme der Türkei in die EU – das zeichnet sich ja ab – ergeben werden, entweder nicht erkannt oder bewusst ins Kalkül gezogen. Offenbar entspringt das Ihrem verzweifelten Bestreben, durch staatliche Programme neue Wähler zu generieren, und wird wohl auch mit der in Kapitel 9 deklarierten Einbürgerungskampagne verfolgt. Die doppelte Staatsbürgerschaft wird dabei schon jetzt billigend in Kauf genommen.

Als ob das nicht reichen würde, propagieren Sie auch noch das Wahlrecht für Drittstaatenangehörige. Das ist aus Ihrer Sicht schon nachvollziehbar, haben sich doch die – jetzt zitiere ich, Sie sagten, die, die schon immer hier waren, gemeint sind offensichtlich die Bürger, gemeint sind die Deutschen in diesem Land – angesichts Ihrer Umfrageergebnisse als politisch unzuverlässig erwiesen! Sie brauchen neue Wählerschichten.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, damit wird das Tor endgültig geöffnet für eine Multikulti-Gesellschaft, die die Kanzlerin bereits vor Jahren als gescheitert erklärt hat, und es eröffnet den Einstieg in die Gründung von islamischen Parteien in Deutschland. Glauben Sie mal nicht, dass dann unsere sogenannten Neubürger SPD wählen werden.

(Beifall der AfD)

Damit werden Sie genau das Gegenteil von friedlichem Miteinander erzeugen. Wie so oft: gut gemeint und schlecht

gemacht.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, hinsichtlich der Bildungspolitik leuchtet die Ampel stark grün, schwach rot, und gelb glimmt nicht einmal mehr als Flackerlicht.

(Abg. Helga Lerch, FDP: Falsch!)

Linke Ideologen und die pseudowissenschaftliche Borniertheit in alten 68er-Traditionen haben auch unter Mitwirkung der Liberalen weiterhin freie Fahrt. In Rheinland-Pfalz sind rot-grüne Bildungsideologen mit der Auflösung unserer Hauptschulen bereits ein gutes Stück vorangekommen. An dem Ausbau der Integrierten Gesamtschule festzuhalten, ist eine dieser Etappen. Was das in der bildungspolitischen Praxis bedeutet, wissen aufmerksame Bürger und Eltern längst. Hinsichtlich Mitteln und Stellen werden die Integrierten Gesamtschulen systematisch bevorzugt, die Gymnasien hingegen regelrecht ausgehungert und veröden.

(Abg. Thomas Roth, FDP: Das ist gar nicht wahr!)

Verräterisch sind in diesem Zusammenhang Ihre Versprechen, das Qualitätsniveau an den Integrierten Gesamtschulen sichern zu wollen. Es handelt sich um kaum mehr als eine Beschwörungsformel, ein ungedeckter bildungspolitischer Scheck, mit dem man das Absinken des Leistungsniveaus in den Oberstufen, das schon jetzt dramatisch unter das der klassischen Gymnasium zurückfällt, verschleiern will.

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Erfahrung der Lehrer und Eltern von Schülern der Realschule plus auswerten, dann ist gemessen am Leistungsniveau eher eine Realschule minus daraus geworden.

(Beifall der AfD)

Unter Bildungspolitik versteht die Ampel die notdürftige und kurzatmige Reparatur jener Verwerfung, die Rot-Grün durch eine ideologisch geprägte Reformpolitik selbst geschaffen hat. Fast 50 neue Funktionsstellen braucht es, um die Probleme, die Ihre Vielfaltsideologie im Schulalltag geschaffen hat, zu koordinieren und möglichst geräuschlos zu moderieren.

(Abg. Martin Haller, SPD: Was ist denn eine „Vielfaltsideologie“?)

Anstatt in einem gegliederten und funktionierendem System alle Ressourcen in gut und fachlich anspruchsvollen Unterricht auf hohem Niveau fließen zu lassen, werden unsere Lehrer immer mehr in fachfremde pädagogische Experimente gepresst. In Ihren chaotischen Reformbaustellen ist die Sicht auf die Kernaufgabe, nämlich auf den qualifizierten Unterricht und Wissensvermittlung systematisch verstellt worden. Sie bleibt einfach auf der Strecke, und damit die Zukunft unserer Kinder und die Zukunft unserer Gesellschaft insgesamt, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Die FDP – Herr Wissing, Sie werden heute noch öfter erwähnt, Sie sind mir persönlich sympathisch, aber ich kann es Ihnen nicht ersparen – hat sich mit Rot-Grün – – –

(Heiterkeit der Ministerpräsidentin Malu Dreyer –
Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

– Herr Schweitzer, wir wollen ja immer noch nett miteinander sein. Das wollen wir doch. Das haben Sie doch gerade auch angeregt. Das wollen wir doch.

Die FDP hat sich mit Rot-Grün in der Bildungspolitik so arrangiert, dass im Koalitionsvertrag keine Spuren aus ihrem eigentlich ja annehmbaren FDP-Wahlprogramm mehr zu entdecken sind.

Meine Damen und Herren, Bildungspolitik ist eng verknüpft mit einer passgenauen Familienpolitik. Die familienpolitischen Ziele der Ampelkoalition sind aber durchgängig gekennzeichnet von einer geringen Wertschätzung für die Leistungen der Familien und dem umfassenden Bemühen, die Erziehung von Kindern entgegen dem verfassungsrechtlichen Auftrag immer mehr staatlichen Institutionen zu übertragen. Wirkliche Wahlfreiheit, wie sie etwa das Bundesverfassungsgericht angemahnt hat, wird nicht einmal mehr verbal gefordert, geschweige denn durch geeignete Maßnahmen angestrebt. Es ist doch bezeichnend für den Stellenwert der Familie in diesem Hause, dass es keinen Ausschuss gibt, in dem das Wort Familie überhaupt noch vorkommt.

(Beifall der AfD)

Verstaatlichung der Erziehung und Schwächung der Familie, das ist der eigentliche Markenkern Ihrer ideologisch ausgerichteten Familienpolitik.

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Völlig weltfremd, was Sie da sagen!)

„In Kitas“ – so heißt es im Koalitionsvertrag – „können sich Kinder in kindgerechter Atmosphäre individuell und gemäß ihren Anlagen entwickeln.“ Sicher haben Kitas ihre wichtige Bedeutung und Berechtigung, aber dass dies in den Familien mindestens genauso gut geschehen kann, davon ist überhaupt keine Rede. Es wird aber so getan, als ob unsere Kinder sich nur in Kitas gut entfalten könnten. Ich sage Ihnen, eine kindgerechte Atmosphäre ist aber für unter Dreijährige in Kitas keinesfalls verlässlich gegeben, und individuelle Entfaltung ist allemal besser im behüteten Umfeld der Familie möglich, weil Eltern am besten wissen, was für ihre Kinder gut ist.

(Beifall der AfD)

Aber das trauen Sie offensichtlich unseren Eltern und Bürgern nicht zu. Meine Damen und Herren, das ist eine Denke, wie sie von Margot Honecker hätte stammen könne. Die DDR lässt grüßen.

(Beifall der AfD –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ich glaube, die war näher bei Ihnen!)

Permanent ist völlig undifferenziert nach Alter von frühkindlicher Bildung die Rede. Meine Damen und Herren, bei unter Dreijährigen kommt es nachweislich nicht auf Bildung, sondern auf sichere Bindung an.

(Beifall der AfD)

Die intellektuelle Entwicklung der Kinder kann nur gelingen, wenn sie eine sichere Bindung entwickelt haben. Es ist auch höchst ungerecht, einen Krippenplatz mit über 1.000 Euro staatlich zu subventionieren, und gleichzeitig Familien, die sich für eine häusliche Betreuung entscheiden wollen, vollständig leer ausgehen zu lassen.

(Beifall bei der AfD)

Das hat nichts mit Wahlfreiheit zu tun, aber sehr viel mit staatlicher Lenkung und Bevormundung.

Im Koalitionsvertrag steht weiter – ich zitiere –: „Wir werden die Ferienbetreuungsangebote für Schulkinder deutlich ausweiten und damit Familien insbesondere während der großen Schulferien im Sommer unterstützen.“

Das heißt: totale Anpassung der Familie an die Arbeitswelt. Selbst in den Ferien soll den Kindern die Möglichkeit genommen werden, endlich Zeit zu Hause mit ihren Eltern und Geschwistern zu verbringen.

(Zurufe von der SPD)

– Ja, ich weiß, dafür haben Sie kein Herz, aber wir sehen das schon so.

Kinder erscheinen in Ihrem Gesellschaftsbild nur noch als Störfaktor für das Berufsleben der Erwachsenen, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD –

Abg. Thomas Roth, FDP: Nein, nein, nein!)

Während an anderer Stelle die Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern ausdrücklich gelobt wird, zu Recht, und auch anerkannt wird, findet sich diesbezüglich kein Wort für Väter und Mütter. Familienpolitik wird ausschließlich darin gesehen, Kinder und Jugendliche außerhalb der Familie in ihrem Sinne zu erziehen.

Weiter heißt es: „Um Gleichberechtigung zu erreichen, müssen klassische Rollenbilder infrage gestellt und übernommene Rollenvorstellungen abgebaut werden.“ Das heißt: der Staat als Erzieher, der das Denken und die Werte der Menschen durch linke Ideologen beeinflusst. – Wir wollen das nicht.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, gerade totalitäre Systeme, egal, ob von rechts oder von links, haben immer staatliche Volkserziehung als Methode benutzt, um die Menschen für ihre machtpolitischen Zwecke zu manipulieren und zu indoktrinieren. In einem freiheitlichen Staat haben solche Bestrebungen nichts verloren. Der Abbau von Rollenbildern oder das Schaffen neuer Rollenbilder ist nicht Sache des Staates!

(Beifall der AfD)

Ich sage Ihnen auch, es gibt prinzipiell keinen Rechtsanspruch auf ein Kind, aber Kinder haben das Recht auf Mutter und Vater, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Mit dem Blick auf das Kindeswohl und die Tatsache, dass es für jedes zur Adoption stehende Kind viele adoptionsbereite Familien mit Vater, Mutter und Geschwistern gibt, verbietet sich für uns die Adoption in homosexuelle Beziehungen hinein. Es gibt dafür weder eine gesellschaftliche noch eine staatstragende Veranlassung. Das Kindeswohl ist das einzige Kriterium für die Adoption, und nicht das Interesse der Erwachsenen. Als Statussymbol sind uns unsere Kinder zu schade!

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, vom eigentlich zentralen Ziel der Identifikation mit den kulturhistorischen Landestradi-tionen ist explizit an keiner Stelle mehr die Rede. Im Gegenteil, Ihre penetrante Betonung auf bunte Vielfalt ist die bewusste Abkehr vom eigenen Volk. Von der Einhaltung der geltenden Gesetze, einer klaren Differenzierung von Asyl-suchenden auf der einen Seite und Flüchtlingen auf der anderen Seite und Migranten auf der nächsten Seite so-wie ein klares Bekenntnis zur konsequenten Abschiebung von nicht Bleibeberechtigten oder kriminellen Personen wird nicht gesprochen, stattdessen eine permanente Betonung einer Integrationsaufgabe, auf die die meisten hier befindlichen Menschen ohnehin keinen Anspruch haben. Kernaufgabe auch zum Wohl der eigenen Bürger – deshalb sind wir doch gewählt, eben Schaden vom eigenen Bürger abzuwenden – muss doch sein, die Anerkennungs-verfahren massiv zu beschleunigen und die Ergebnisse schnell und konsequent, nämlich die in den meisten Fällen zu erwartende Abschiebung, auch zu vollziehen.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, es entsteht – jetzt können Sie mich gleich wieder einen Rassisten nennen –

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn Sie das schon selbst tun!)

bei immer mehr Bürgern der berechnete Eindruck, dass Ihnen der ungebildete marokkanische Migrant wichtiger ist als die deutsche Rentnerin, die ihr Leben lang geschuftet hat, in die Sozialsysteme eingezahlt hat und ihre Kinder großgezogen hat und nun vor der Altersarmut steht, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD –

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist ja dumm, was Sie da sagen! Das ist echt dumm, was Sie sagen! – Abg. Jan Bollinger, AfD: Das ist dumm, was Sie sagen!)

– Ja, regen Sie sich ruhig auf, aber das ist die Realität in diesem Land. Herr Braun, das ist die Realität. Es tut mir leid. Auch das müssen Sie ertragen. Wir ertragen von

Ihnen auch einiges.

Auch auf dem Problemgebiet der unregelmäßigen Masseneinwanderung hat die FDP offenbar der rot-grünen Linie zugestimmt, dies lediglich als Integrationsaufgabe zu sehen, und damit auch hier Ihre vollmundigen Wahlversprechen aufgegeben zu haben.

(Abg. Thomas Roth, FDP: Wir haben gar nichts aufgegeben!)

Frau Ministerpräsidentin, Sie verwenden unentwegt die Begriffe Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

Dabei ist die Steuer- und Abgabenquote in unserem Land enorm hoch. Es geht dabei nicht um den Spitzenverdiener. Es geht insbesondere um den Facharbeiter und die normalen Angestellten. Diese Menschen tragen die Hauptlast der Abgaben in unserer Gesellschaft und müssen durch Ihre Politik zusehen, wie das Steuergeld ein um das andere Mal in Milliardenlöchern wie Nürburgring, Hahn und Zweibrücken versenkt wird.

(Beifall der AfD)

Sie sagen, dass Solidarität bedeutet, dass wir niemanden zurücklassen. Natürlich wollen wir das auch nicht. Aber für mich ist das, was Sie gesagt haben, ein Lippenbekenntnis; denn das Sozialsystem gerät mehr und mehr aus der Balance und ist nicht mehr sozial, sobald es jedem Nichtzahler offensteht.

(Beifall der AfD)

Der Staat ist in erster Linie Treuhänder für das Steuergeld der Bürger und damit verantwortlich dafür. Diese Gelder müssen vornehmlich für die Menschen verwandt werden, die diese auch erwirtschaftet haben, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Wenn Rente auch zukünftig als Solidarsystem durch Förderung von gut ausgebildeten und sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern funktionieren soll, ist der durch Rot-Grün befürwortete massenhafte Import von Analphabeten und Sozialfällen, die ihrerseits bald Rente beanspruchen werden, eben das Gegenteil von Rentensicherung.

(Beifall der AfD)

Der Weg in die niedrige Einheitsrente ist damit vorprogrammiert. Die individuelle Lebensleistung wird dem alten und doch längst gescheiterten Ideal des real existierenden Sozialismus geopfert.

Gebührenfreie Leistungen, auf die Sie so stolz sind, werden ohne entsprechende Gegenfinanzierung am Ende immer zulasten der Empfänger selbst gehen. Machen Sie endlich Politik für das eigene Volk!

(Beifall der AfD)

Frau Ministerpräsidentin, bezeichnend ist auch, dass in Ihren Ausführungen keine Verweise auf überlieferte eigene Traditionen und Identitäten, auf echte demokratische

Mitbestimmungsrechte und nationale Selbstbestimmung zu finden sind. Jahrhundertelange historische Entwicklungen der eigenen Kultur tauchen nur am Rande auf. Die gewachsenen regionalen Besonderheiten, wie zum Beispiel der Westerwald, die Eifel, der Pfälzerwald und deren zumindest erklärte Förderung, spielen nur eine Nebenrolle, ebenso Begriffe wie Heimat und Geschichtsbewusstsein. Das scheint keine Basis für Ihr politisches Handeln zu sein und zeigt, wie Sie zu unserem Land und seinen Menschen stehen.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, wichtig für die Kultur sind auch die Medien. Wir als AfD stehen zur Medienfreiheit, zur Meinungsfreiheit und erwarten auch eine Freiheit von staatlicher Beeinflussung. Auch die FDP hatte als Gesamtpartei eine Reformagenda für den Rundfunk propagiert. Ich erinnere mich gut. Der Beitrag sollte als Steuer angesehen werden, der möglichst reduziert werden sollte und auf keinen Fall steigen dürfte. Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk sei nur für Information und Bildung gerechtfertigt, während die Unterhaltung privatisiert werden sollte. Das entspricht, wenn auch in abgeschwächter Form, der Haltung der AfD! Von alledem findet sich im Koalitionsvertrag fast nichts mehr.

Rot-Grün wird in Zusammenarbeit mit der Landesregierung von Baden-Württemberg die rot-grünen Mehrheiten unter Ausschluss von AfD und vermutlich auch FDP in den Gremien halten und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiterhin an die eigene politische Linie binden.

Meine Damen und Herren, eine der spannendsten Fragen der nächsten Zeit wird sein, wie Sie als Regierung die klar erkennbaren Gegensätze zwischen FDP und Rot-Grün auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien, wobei die FDP versucht, den wirtschaftlich sinnlosen und den ökologisch schädlichen Ausbau der Windenergie zu bremsen, wie Sie diesen Konflikt lösen wollen.

(Beifall der AfD)

Ob Ihre Versprechen haltbar sind, wird sich aber erst im Vollzug einer Revision des Landesentwicklungsplans und auch in den einzelnen Genehmigungsverfahren auf der Zeitachse erweisen.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Erläutern Sie uns Ihren Plan für die Energie!)

Eine Strategie, wie eine gesicherte und bezahlbare Stromversorgung in Rheinland-Pfalz erreicht werden soll, ist im Koalitionsvertrag nicht zu erkennen. Bei der Ablehnung der Kernenergie und der mangelnden Zuverlässigkeit der erneuerbaren Energien kann diese Strategie nur im Erhalt von fossil befeuerten Kraftwerken bestehen. Wie Sie das der Öffentlichkeit vermitteln wollen, wird aus Sicht der Opposition ein lohnendes Ziel sein.

Es ist trotz aller Bemängelung dennoch klar, Sie fahren mit der Verschandelung des Landschaftsbildes, mit der Gefährdung von Vögeln und Fledermäusen und der sorglosen Akzeptanz von Lärm und Infraschall fort.

Herr Braun, ich sage Ihnen, wenn Sie heute einmal an eine Baustelle fahren, wo ein solcher „Spargel“ hergestellt wird, wo fünf Hektar Wald niedergewalzt werden, um einen einzigen, wirklich nicht wirtschaftlich nutzbaren Energieansatz zu erzielen, dann klingt mir in den Ohren, dass genau Sie – und Sie haben das Alter dafür – zu denen gehören, die damals geschrien haben, der deutsche Wald stirbt. Jetzt holzen Sie ihn einfach ab.

(Beifall der AfD)

Die Schaffung einer Energieagentur ist vor allem eine Altlast, die dem alten rot-grünen Regierungsbündnis geschuldet ist.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sagen Sie doch, was Sie vorhaben!)

– Ich bin Opposition. Sie müssen regieren. Ich bin Opposition. Ich kritisiere erst einmal.

(Beifall der AfD –
Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Wissing, mir klingen Ihre Wahlkampfaussagen noch gut im Ohr. Sie standen damals rechts von mir.

(Zurufe und Unruhe bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Räumlich gesehen.

Zitat Ihrerseits: „Eine Agentur, die weder die Welt noch Rheinland-Pfalz braucht“. – Oder: „Kein Mensch braucht eine staatliche Stelle, die erinnert, sparsam mit Energie umzugehen.“

(Abg. Thomas Roth, FDP: Ist ja nicht falsch!)

Und damit hatten Sie recht und unsere inhaltliche Unterstützung gehabt. Heute frage ich Sie, wie weit muss man sich verbiegen, um seine Überzeugung derart rasant aufzugeben.

(Beifall der AfD –
Abg. Thomas Roth, FDP: Gar nicht!
Überhaupt nicht!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hatte sich das utopische Ziel gesetzt, bis 2030 den Stromverbrauch in Rheinland-Pfalz vollständig aus erneuerbaren Energien zu decken. Ich frage Sie: Hält die Landesregierung weiter an diesem Ziel fest, und glauben Sie weiterhin an dessen Realisierung?

In der Verteilnetzstudie wurde festgestellt, dass eine zuverlässige und grundlastfähige Stromversorgung mit erneuerbaren Energien nur erreicht wird, wenn große Stromspeicher aufgrund von neuer Technologie zur Verfügung stehen. Ich frage Sie, welche Speichertechniken inzwischen technisch ausgereift und wirtschaftlich nutzbar sind, welche Stromspeicher seit 2012 in Rheinland-Pfalz in Betrieb gegangen sind und welche gesicherten Kapazitäten diese Speicher haben. Ich kann es Ihnen sagen. Sie ha-

ben keine Antworten darauf, weil es diese Antworten noch nicht gibt.

Wir bleiben dabei, das EEG ist nicht reformierbar und muss beseitigt werden.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, bis dahin lehnt die AfD im Rahmen der zukünftig geplanten Ausschreibungsregelungen für neue Windenergieanlagen jede Privilegierung der Windkraftnutzung im Binnenland durch eine Bonusregelung ab und fordert auf Landesebene bei der Neufassung des LEP die sofortige Einführung der 10-H-Regel, die Einstufung unserer wertvollen Mittelgebirgsregionen als historische Kulturlandschaften, ein Bauverbot für Windenergieanlagen in allen Waldflächen, in allen Wasserschutzzonen und in Kernzonen von Naturparks und Vogelschutzgebieten.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, die FDP hat im Wahlkampf klar Stellung zu einem konsequenten Straßen- und Brücken- ausbau bezogen.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie war jetzt Ihre Energiepolitik?)

– Ja, ich weiß, dass Sie nur das eine Thema haben. Aber ich habe noch ein paar mehr. Tut mir leid Herr Braun.

(Heiterkeit bei der AfD –
Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Wende von der rot-grünen Blockade wurde allerdings auch von allen anderen Parteien gewünscht und gefordert.

Herr Wissing, wir sind gespannt, wie Sie die Bremsversuche der GRÜNEN bei den erforderlichen Verkehrsinvestitionen in den Genehmigungsverfahren verhindern wollen.

„Wir gehen kein Regierungsbündnis ein, nur um einer Regierung anzugehören.“ Zitat Volker Wissing.

Die liberale Handschrift war der FDP wichtig, und sie hat sich auf die Infrastrukturprojekte gestürzt. Neben der Mittelrheinbrücke wird auch eine Brücke zwischen Bingen und Rüdeshheim im Koalitionsvertrag angekündigt. Doch die Tinte im Koalitionsvertrag war noch nicht trocken, da wurde klar, das war bereits die erste infrastrukturelle Lachnummer der neuen Ampelkoalition in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der AfD –
Abg. Thomas Roth, FDP: Wir haben ein Angebot gemacht!)

Meine Damen und Herren, mit der Reaktivierung der Hunsrückbahn erscheint ein neues rosarotes Leuchtturmprojekt am Horizont. Als wenn Sie nicht mit Nürburgring, Hahn und Zweibrücken genug Euros in den Sand gesetzt haben. Nein, da geht noch was!

(Zuruf aus dem Hause)

Das Projekt kostet nach wohlwollenden Schätzungen rund 105 Millionen Euro, wobei die Folgekosten natürlich noch nicht abschätzbar sind, wenngleich der Lärmschutz großzügigerweise vernachlässigt wird, und das, obwohl die bereits existierende Fernbuslinie 25 Minuten schneller in Frankfurt ankommt als zukünftig diese Bahn. Dagegen halten wir es für deutlich vernünftiger, den Ausbau der B 50 mit Anschluss an die zukünftig vierspurige Anbindung von Benelux ins Rhein-Main-Gebiet sicherstellen zu können. Das ist Infrastruktur für die eigene Bevölkerung.

In Ihrer Regierungserklärung bedauern Sie, dass durch die Öffnung des Gotthard-Tunnels die Lärmbelastigung im Rheintal noch zunehmen wird. Welch eine Überraschung. – Ich bitte Sie, das Projekt war 17 Jahre im Bau.

(Heiterkeit bei der AfD)

Zeit genug, sich über eine Alternativstrecke Gedanken zu machen. Das haben Sie offensichtlich verschlafen.

Es bleibt auch spannend abzuwarten, ob der seit Jahren durch grüne Ideologen verzögerte und für die Eifelregion so wichtige Lückenschluss der A 1 gegen die bekannten Widerstände in dieser Koalition umgesetzt wird.

Meine Damen und Herren, die Wirtschaftspolitik der ehemaligen Wirtschaftsministerin Lemke war eine grandiose Minusleistung der vergangenen rot-grünen Landesregierung und wurde von Wirtschaftsverbänden, nicht nur von uns, insbesondere der IHK und Unternehmen massiv und zu Recht kritisiert. Jetzt werden alle wichtigen und die Wirtschaft tatsächlich tangierenden Handlungsfelder in Ihrer Regierungserklärung vollmundig benannt. Das ist gut so. Da wird nichts ausgelassen. In einigen Punkten zeigt sich auch hier die rot-grüne Ideologie. Die Tücke dürfte auch hier in der Umsetzung liegen und für Herrn Wissing das dickste Brett mit dünnem Bohrer werden.

Die natürliche Verzahnung und realistischen Auswirkungen auf die Wirtschaft in Verbindung mit den rot-grünen Leuchtturmprojekten wie Energiewende, Bildungspolitik und Zuwanderung werden schamlos verschleiert. Auch bei Bürokratieabbau, Beratung und Fördersituation für den Mittelstand, den Motor unserer Wirtschaft, Handwerk und Landwirtschaft sowie Weinbau wird zu beachten sein, was wirklich umgesetzt wird.

Der von Ihnen richtig erkannte Fachkräftemangel wird eben nicht durch eine nach unten nivellierende Einheitschule, durch fortschreitende Akademisierung und Zuwanderung von Geringqualifizierten beseitigt werden können. Wir sind gespannt, wie Sie es tatsächlich schaffen wollen, den Unternehmen und Betrieben wieder ausreichend qualifizierte Auszubildende zur Verfügung zu stellen. Das duale System und die duale Ausbildung sind auch für uns ein wichtiger Schlüssel dafür. Es bereitet mir schon eine gewisse Genugtuung, dass Sie unseren Wahlslogan „Meister statt Master“ fast genauso übernommen haben. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall der AfD)

Ja, ob Sie es wollen oder nicht, die AfD wirkt auch hier in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Ich habe das in Gesprächen mit vielen Unternehmen und Kleinunternehmern immer wieder erfahren. Die FDP hat sich verabschiedet. Die AfD wird mittlerweile als neue Mittelstandspartei gesehen.

(Zurufe und Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, Sie haben auch vor der Wahl gelacht und danach nicht mehr.

(Beifall der AfD)

Ich sehe nicht, dass Sie wirklich gewillt sind, die Hemmnisse und Belastungen abzubauen; denn der durch das unsinnige EEG verursachte Strompreisanstieg trifft doch vor allem die energieintensiven Klein- und Mittelbetriebe, die eben keine großzügigen Rabatte erfahren.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, die SPD als Partei der Steuererhöhungen, insbesondere dann, wenn es etwas zum Umverteilen gibt, sollte naturgemäß auf den Widerstand der FDP treffen, die die umlagefinanzierte Subvention der erneuerbaren Energien als systematische Umverteilung von unten nach oben betrachtet hat.

(Beifall der AfD)

Diesen Sinneswandel wird die FDP den Wählern erst einmal erklären müssen.

Vollmundig wird im Koalitionsvertrag ein Personalabbau von 2.000 Stellen im öffentlichen Dienst angekündigt. Es ist unerfindlich, wie diese Einsparungen geschaffen werden sollen, wenn gleichzeitig diese Koalition auf allen Ebenen und in allen Bereichen zu einer Ausweitung der Staatstätigkeiten neigt; denn an anderer Stelle im Koalitionsvertrag werden Stellenzuwächse programmatisch festgelegt.

Der Schuldenbremse mit der Schaffung eines weiteren Ministeriums zur Sicherstellung des Ministerproporz zu begegnen, ist schon ein struktureller und finanzpolitischer Schachzug, den nur Eingeweihte verstehen können.

Der Stellenaufbau bei der Polizei dauert wegen der Ausbildungszeiten naturgemäß länger, aber immerhin sind 500 Stellen im Jahr vorgesehen. Aus unserer Sicht ein sicherheitspolitischer Tropfen auf dem heißen Stein.

Die Koalition steht hier vor einem selbst geschaffenen Dilemma, weil ein Nettoaufbau natürlich gegen die Haushaltskonsolidierung und ein Nettoabbau gegen den öffentlichen Dienst steht und sie sich damit gegen die aufgezeigten Ziele der Koalition nicht durchsetzen werden.

Wir werden mit Argusaugen beobachten, wie das Finanzministerium und das Innenministerium krampfhaft Formelkompromisse und Verschleierungstaktiken zu finden suchen. Die sogenannte Haushaltskonsolidierung trifft aber nur wenige definitive Entscheidungen, impliziert aber weitgehend eine Fortsetzung der bisherigen Politik.

Meine Damen und Herren, für den Pensionsfonds wird eine private, weil angeblich kostengünstigere Verwaltung erwogen. Ob ein privatwirtschaftliches Unternehmen für den Staat immer günstiger sein wird, bleibt abzuwarten. Negativbeispiele gibt es im Rahmen von gescheiterten Outsourcing-Projekten genug. Ich habe da in der Bundeswehr leidvolle Erfahrungen gemacht.

Ihr eigentliches Umverteilungskonzept wird durch vollmundige Versprechungen verschleiert. Um das überhaupt finanzieren zu können, fordern Sie noch mehr aus dem Länderfinanzausgleich, und selbstverständlich soll sich der Bund mehr an den selbst verursachten Migrationskosten beteiligen und dergleichen. Die Erbschaftsteuer soll zum Wohle des Landes erhalten bleiben, die Grunderwerbsteuer, die in erster Linie junge Familien trifft, natürlich auch. Die Grundsteuer ist selbstverständlich für die Kommunen unverzichtbar. Ich weiß beim besten Willen nicht, wo Sie sparen wollen.

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Ideologie setzt sich leider weiter fort, ist im demokratischen Sinne aus unserer Sicht eine Farce und steht im Widerspruch zum Wählerwillen.

(Beifall der AfD)

Vielfalt, Unterschiedlichkeit, Diversität, aber auch der Terminus der Nachhaltigkeit werden in gesellschaftspolitischen Themenfeldern geradezu penetrant wiederholt. Sie laufen auf die Vorstellung einer schönen multikulturellen „Bunten Republik“ hinaus. Alles ist wunderbar, und schuld sind immer die anderen.

Ihnen geht es weder um kulturelle Vielfalt im Rahmen historisch gewachsener heimatlicher Räume und stabiler Nationalstaaten noch um eignungs- und leistungsabhängige Differenzierungen in der Bildung- und Arbeitswelt.

Wir unterstützen die von Ihnen angekündigte, aber bitte realistische Bürgerbeteiligung, sind für mehr Freiheit statt finanz- und energiepolitischer Gängelung der Bürger, für mehr soziale Stabilität statt total heterogener multikultureller Destabilisierung, treten für mehr selbstbewusste deutsche Leitkultur ein

(Beifall der AfD)

und stehen gegen uniforme bürgerferne Globalisierung.

Meine Damen und Herren, der Initiative „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ stellen wir die Förderung der Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern als unerlässliche Grundlage staatlicher Existenz gegenüber.

(Beifall der AfD)

Interessant ist, dass Sie das im Zusammenhang mit einer Demokratieerziehung erwähnen, aber ich sage Ihnen: Für die gebotene Demokratieerziehung an Schulen haben für Sie die Aufklärungsprojekte, wie „SchLau“ – steht für schwul-lesbisch-bi-trans-Aufklärung –, eine besondere Bedeutung, aber ich sagen Ihnen bei aller gebotenen Toleranz, die wir natürlich auch haben:

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was haben sexuelle Neigungen mit Demokratie zu tun? – Wir sagen: Toleranz ja und Tolerierung ja, Umerziehung nein.

(Beifall der AfD)

Ihre weitgehend an der Oberfläche operierenden Absichtserklärungen zeigen einen Änderungsbedarf nur auf, an deren Existenz Sie selbst in den vergangenen Jahren maßgeblich beteiligt waren. Die größte Verantwortung in diesem Land haben aber – Sie werden es mir verzeihen, Frau Ministerpräsidentin – nicht Sie in der Hand, sondern Sie, Herr Wissing. Sie können jederzeit wieder in den Kreis der Realisten zurückfinden, diesem Ampelspek ein Ende setzen und die Notbremse ziehen. Tun Sie es nicht, werden Sie es im nächsten Jahr in Nordrhein-Westfalen, spätestens aber bei der Bundestagswahl bitter und klar bereuen und einen gerechten Preis dafür bezahlen.

(Abg. Thomas Roth, FDP: Das werden wir sehen!)

Wie Sie als Koalition die Bruchlinien, die in vielen politischen Handlungsfeldern zwischen einer einst gegen Rot-Grün angetretenen FDP und einer Weiter-so-Regierung vorhanden sind, überwinden wollen, ohne Ihr Gesicht vollends zu verlieren, wird die spannende Frage der nächsten Monate sein. Ich bin mir sicher, Sie werden uns oft Gelegenheit geben, in diese Wunde, die ich Wählertäuschung nenne, den salzigen Finger zu legen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltend Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Gäste bei uns im Landtag begrüßen, und zwar den Westerwaldverein Neuwied und den VdK Oberbieber. Seien Sie herzlich willkommen bei uns in Mainz!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat jetzt Herr Kollege Thomas Roth.

Abg. Thomas Roth, FDP:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ampeln werden gemeinhin unterschätzt. Nicht, weil sie nicht wichtig wären, sondern weil sie so selbstverständlich und geräuschlos ihre Arbeit machen.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

Ein Stück weit hat das auch den Arbeitsauftritt dieser Koalition geprägt. Die Frage ist doch nicht, ob ein Bündnis einer besonderen Form der Farbästhetik entspricht, sondern ob es seine Arbeit gründlich und verlässlich macht. Meine

Damen und Herren, diesen Beweis haben die Kolleginnen und Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und wir erbracht.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Ampel ist keine Lichtorgel; eine Ampel funktioniert über das zuverlässig und sorgfältig abgestimmte Zusammenspiel der Farben mit dem Ziel, schwierige Situationen aufzulösen und dafür zu sorgen, dass es vorangeht, und sie regelt das für alle gleich.

(Beifall der FDP und der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sehen also, das Bild der Ampel ist weitaus stimmiger und passt besser als Beschreibung für diese Koalition, als man auf den ersten Blick vermuten mag. Wir sind jedenfalls bereit, den Auftrag der Wählerinnen und Wähler anzunehmen und werden die Regierungsarbeit „ampelike“ gestalten, nämlich geräuschlos, effizient und zuverlässig.

Es ist in der Vergangenheit und auch von Ihnen heute, Frau Klöckner, angesprochen worden bzw. darüber spekuliert worden, welche Handschrift dieser Koalitionsvertrag eigentlich habe und welche nicht. Ich kann Ihnen sagen: Er hat eine einzige Handschrift, und zwar die einer Koalition, in welcher sich die Parteien als gleichberechtigte Partner verstehen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn unsere politischen Ansätze unterschiedlich sein mögen, der Wunsch, uns zum Wohle unseres Landes einbringen zu wollen, eint uns, und er eint uns auch mit Ihnen, mit der Opposition. Frau Klöckner, das haben Sie vorhin bestätigt.

Es gibt hier aber vielleicht auch eine Ausnahme. Eine Partei, die sich vor allem über das definiert, was sie alles ablehnt, wie Zuwanderung, Islam oder kritische Presse, und die nicht über einen eigenen Gestaltungsanspruch – das haben wir vorhin sehr deutlich erfahren können – verfügt. Herr Junge, das ist dem Grunde nach keine Partei, sondern die Karikatur einer solchen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die ehemalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat in einem Gastbeitrag für die Süddeutsche Zeitung sehr zutreffend formuliert – ich zitiere –: „Mit ihrem Grundsatzprogramm träumt sich die AfD nach Deutschland 1955 zurück. Weit genug entfernt von unserer modernen Demokratie und unserer offenen Gesellschaft.“ – Wer meint, die Zukunft aus der Vergangenheit heraus verstehen zu müssen und dadurch gestalten zu können, der handelt nicht nur fantasie-, sondern vor allem verantwortungslos.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der AfD)

Der Blick einer Partei sollte nicht pessimistisch und zu-

kunftsverzagt sein, sondern sich optimistisch und offen nach vorne richten. Demokratie und politisches Engagement sind stets mit dem Wunsch verbunden, die eigenen Werte und Vorstellungen konstruktiv in Politik und Gesellschaft einzubringen. Das ist nichts Unredliches, das ist das Fundament unseres demokratischen Gemeinwesens.

Wer Regierung mit Postenschacherei gleichsetzt, sollte sich die Frage stellen: Geht es der Bundeskanzlerin um ihr Amt, um den Anspruch, das Land in die Zukunft zu führen, oder um einen Posten? – Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, Ihnen misst man in Zukunft eine große Bedeutung zu, eine noch größere sogar als in der letzten Legislaturperiode. Sie müssen zeigen, dass eine konstruktive demokratische Oppositionsarbeit möglich ist.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das sagt gerade der Richtige!)

Ob in Deutschland rechte Populisten dauerhaft einen Platz im politischen Spektrum einnehmen werden, das hängt vor allem von Ihnen ab.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Machen Sie mal Ihre Arbeit! Da haben Sie genug zu tun!)

Die AfD ist auf dem – Entschuldigung – Mist Ihrer Flüchtlingspolitik, egal ob auf Bundes- oder Landesebene, groß geworden. Es war Ihr Politzirkus von „Wir schaffen das“ über dubiose A2-Pläne, der die Menschen den Glauben an die Ernsthaftigkeit und Handlungsfähigkeit der Politik hat zweifeln lassen. Ich hoffe im Interesse unseres Gemeinwesens, dass Sie die richtigen Lehren aus Ihren Fehlern ziehen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Joachim Paul, AfD: Sie sitzen doch in der Koalition! Dann machen Sie das doch!)

Wenn Sie mir diese Anmerkung gestatten: Natürlich steht es Ihnen zu, die Oppositionsarbeit zu gestalten, wie Sie wollen.

(Abg. Dr. Adolf Weiland: Es spricht das Ampelmännchen!)

Ihnen steht auch zu, die Koalition oder uns Freie Demokraten zu kritisieren, aber, Frau Klöckner, tun Sie es bitte sachlich. Sie haben zwei Mindermeinungen zum Koalitionsvertrag zitiert. Beim Landesparteitag, den wir über den Koalitionsvertrag haben abstimmen lassen, waren 83 % der Mitglieder für diesen Koalitionsvertrag und nicht – – –

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Julia Klöckner, CDU: Herr
Bauckhage!)

– Herr Bauckhage war vor zehn Jahren. Jetzt gibt es eine neue FDP.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Die Regierung hat die Verantwortung des Handelns, die Opposition hat die Verantwortung der Kontrolle. Nur wenn

beide ihrer Verantwortung gerecht werden, kann Demokratie funktionieren. Die Opposition ist zu wichtig, als dass Sie diese der AfD überlassen sollten. Bitte unterschätzen Sie Ihre Bedeutung und Ihre Verantwortung nicht. Solange die Plätze rechts von Ihnen noch besetzt sind, solange haben Sie Ihren Job nicht richtig gemacht.

(Beifall des Abg. Marco Weber, FDP)

Für die demokratische Kultur in unserem Land wäre es jedenfalls kein Schaden, wenn wir uns mehr an das Fundament unserer Demokratie erinnern würden: Verantwortung, Pluralismus und Dialog. – Eine Demokratie, in der jeder Ansatz einer Diskussion als „Streit“ diskreditiert wird, wird nicht transparenter und offener, sondern verschlossener. Eine lebendige Demokratie braucht eine Streitkultur, und sie braucht das Ringen und die Auseinandersetzung um die Richtigkeit der Positionen. Wer dies öffentlich als Zoff oder Streit abqualifiziert, schadet der Demokratie.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Nordkorea mag zwar frei von Diskussionen sein, aber frei ist dieses Land bestimmt nicht.

Ich freue mich daher auf eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Opposition, aber nicht, weil ich den Streit liebe, sondern weil mir Rheinland-Pfalz genauso wie Ihnen am Herzen liegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Koalition ist auch eine Antwort auf unsere immer vielfältiger werdende Gesellschaft. Die Idee eines politischen Universalanbieters in Form einer sogenannten Volkspartei hat sich zumindest derzeit zunehmend erledigt.

Eine Volkspartei mag in einem Land mit einer homogenen Bevölkerung noch ein sinnvoller Ansatz sein, für das Deutschland des 21. Jahrhunderts ist es das nicht mehr.

So unterschiedlich wie die Lebenssituation der Menschen ist, so unterschiedlich ist auch ihre Erwartungshaltung an die Politik. Es ist deshalb richtig, dass wir in Rheinland-Pfalz mit einem eigenen Politikansatz auf unsere immer vielfältiger werdende Gesellschaft reagieren. Wir halten es nicht für ratsam, allen Bürgerinnen und Bürgern die Werte eines christlichen Abendlandes aufzuzwingen.

Wir, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Freien Demokraten, wollen den Menschen die Möglichkeit geben, ihre eigenen Werte im Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu leben. Das große Bindeglied unserer Gesellschaft ist kein Integrationsgesetz, es sind auch nicht die undefinierten Werte eines „christlichen Abendlandes“, es ist das Grundgesetz, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ergo brauchen wir kein Integrationsgesetz; denn wir haben ein Grundgesetz.

Davon abgesehen muss, wer Integration fordert, auch sa-

gen, was er damit genau meint. Integration kann nicht über ein Sammelsurium diverser und dubioser Verbote, vom Burka- bis zum Minarettverbot, erfolgen.

Integration braucht das positive Beispiel, die positive Beschreibung.

Eine Gesellschaft, die integrieren will, sollte auf Fremde nicht mit Misstrauen und einem Wust an Verboten reagieren, sondern deutlich für die eigenen Werte eintreten und deren Einhaltung einfordern.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Sinnvoller als ein Burka-Verbot wäre der wirksame Schutz der Frauen vor gesellschaftlicher Diskriminierung, und zwar jeglicher Diskriminierung, unabhängig durch wen oder was diese erfolgt.

(Beifall der FDP und bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Martin Haller, SPD: Sehr gut!)

Wer die Diskriminierung der Frauen auf das Einzelthema Burka reduziert, zeigt jedenfalls, dass es ihm nicht um die Teilhabe und Rechte von Frauen, sondern um das Ausleben von Vorurteilen geht.

Zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehört auch die Religionsfreiheit, und das heißt, dass jeder seinen Glauben im Rahmen des Grundgesetzes frei ausüben kann. Islamkritik muss möglich sein, Islamfeindlichkeit dagegen unmöglich bleiben.

(Beifall der FDP und bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Religion ist privat, und der Staat sollte sich aus Glaubensfragen heraushalten.

Natürlich ist die Religionsfreiheit nicht unbegrenzt. Die Grenzen gibt, unabhängig von der Religion, ebenfalls unser Grundgesetz vor. Dabei ist es egal, ob es sich um den Islam, das Christentum oder den Buddhismus handelt.

Freie Religionen in einem freien Staat mit freien Menschen, das war der Geist des Grundgesetzes, und so soll er auch bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Damit sind aber auch die Grenzen vorgegeben. Nicht die Religion definiert die Grenzen des Staates, sondern der Staat die der Religion!

Die richtige Antwort auf religiösen Fundamentalismus ist nicht Intoleranz, die richtige Antwort ist es, diesem die eigenen Werte und das entschlossene Eintreten für eine freie Gesellschaft gegenüberzustellen.

Wer religiösen Fundamentalismus mit religiöser und kultureller Intoleranz bekämpfen will, betreibt das Geschäft der Fundamentalisten. Religionen geben viele Menschen Halt und eine wertvolle Orientierung. Wer seinen Glauben aber anderen Menschen als Maßstab vorgeben will, der

ist nicht religiös, der ist intolerant.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niemand soll seine eigenen religiösen Werte aber anderen aufzwingen dürfen, und dabei ist es unerheblich, ob es sich um islamische oder christliche Werte handelt. Religion ist nun einmal Privatangelegenheit, der Schutz der Freiheit ist Sache des Staates.

Dieser Schutz wird nun durch unseren neu gewählten Justizminister Herbert Mertin mit gewährleistet. Er definiert den Staat nicht aus der Sicht des Misstrauens der Sicherheitsbehörden, sondern aus der Perspektive der Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger muss nicht nur vom, sie muss auch vor dem Staat geschützt werden.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Das haben liberale Justizminister übrigens stets berücksichtigt und entsprechend gehandelt: Wie die ehemalige Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger – ich habe sie eben erwähnt –, oder der leider viel zu früh verstorbene Justizminister Peter Caesar.

Genauso stand bis vor zehn Jahren und steht heute wieder Herbert Mertin für eine liberale und klare Rechtspolitik in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der FDP und bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dieser Legislaturperiode wird es aber auch um die Frage gehen, wie wir unser wunderschönes Bundesland gestalten wollen, im Geiste von Freiheit, Offenheit und Zukunftsgewandtheit oder der Rückwärtsgewandtheit, der Engstirnigkeit und der Angst.

Wir Freien Demokraten haben diese Frage für uns beantwortet. Bereits im Wahlkampf lautete unser Motto: „Schauen wir nach vorn“. Der Blick zurück ist mit Sicherheit wichtig. Wer aber die Vergangenheit zur Zukunft machen will, liegt falsch. Wer die Antworten auf die Probleme unserer Zeit in der Vergangenheit sucht, sollte Archäologe und nicht Politiker werden.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch ab und zu ein Blick in den Rückspiegel ist notwendig: Wer aber nur in den Rückspiegel und nicht nach vorne schaut, fährt nun mal zwangsläufig irgendwann gegen die Wand. Deshalb eint SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und uns Freie Demokraten, dass wir einen nach vorne gerichteten Gestaltungsanspruch haben. Und das unterscheidet uns von den Parteien des „Früher-war-alles-besser“.

Wir haben diesen Gestaltungsanspruch in unserem Koalitionsvertrag erfolgreich umgesetzt. Schon mit der Überschrift „Sozial gerecht, wirtschaftlich stark und ökologisch verantwortungsbewusst“ greifen wir den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger an ein modernes Gemeinwesen auf.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist den Menschen ein wichtiges Anliegen. Das Auseinanderdriften der Einkommens- und Vermögensverhältnisse kann und darf keinem Politiker egal sein.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten nicht, dass der Staat Gleichheit, sondern dass er gleiche Chancen schafft, und daraufhin wollen wir gemeinsam mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN arbeiten.

Ein Schlüsselement dafür ist für uns ein möglichst einfacher Zugang zur Bildung. Je mehr der soziale Aufstieg von der Bildung abhängig ist, umso wichtiger ist ein einfacher Zugang. Gebühren für Bildung sind deshalb eine Strafsteuer auf die Zukunft.

Uns als Freie Demokraten war es ein wichtiges Anliegen, dass künftig auch die berufliche Bildung bessergestellt wird. Die zunehmenden Auswirkungen des Fachkräftemangels sind ein deutlicher Beleg dafür, dass eine akademische Ausbildung nur zum Teil für die bisherige Bildungspolitik taugt.

Die Vielfalt der Begabungen und Neigungen sollten sich auch in der Vielfalt des Bildungssystems widerspiegeln. Wir werden mit Sicherheit an dem Status von Gymnasien – jetzt ist Frau Klöckner gerade weg – nichts ändern.

Nicht der Staat gibt seinen Bürgerinnen und Bürgern ein Bildungsziel vor; er sollte ihnen vielmehr dabei helfen, ihr Bildungsziel zu erreichen. So muss in der Bildungspolitik gelten, dass der Staat nicht vorschreibt, sondern ermöglichen soll.

Ich bin daher sehr froh, dass die Kostenfreiheit der Ausbildung innerhalb der Koalition Konsens ist, und ich bin überzeugt, dass wir in dieser Legislaturperiode eine deutliche Aufwertung der beruflichen Ausbildung erreichen werden.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn ein Meister muss im gesellschaftlichen wie im bildungspolitischen Ansehen genauso viel wert sein wie ein Master.

Ein weiterer Punkt, der uns besonders am Herzen liegt, ist die frühkindliche Bildung. Es ist nachvollziehbar, dass zunächst der Aufbau von Betreuungskapazitäten im Vordergrund stand. Nun allerdings müssen wir die qualitative Fortentwicklung der Kindertagesstätten vorantreiben.

Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr, heißt es schon in einem Sprichwort. Wir wollen deshalb Hänchen möglichst frühzeitig bestmögliche Bildungsangebote zukommen lassen, damit Hans später auch alle Chancen haben wird.

Indem wir möglichst früh den Kindern ein angepasstes Bildungsangebot zur Verfügung stellen, verhindern wir, dass die Herkunft entscheidend für den späteren Bildungs- und damit auch beruflichen Erfolg ist.

Wir wollen in die frühkindliche Bildung investieren; denn diese kommt allen Kindern zugute. Frühkindliche Bildung ist kein Luxus, sondern ein essenzieller Beitrag zur Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein Mensch ist gleich, und niemand sollte die Menschen gleich machen. Daher sollten alle die gleichen Chancen bekommen, und damit, meine Damen und Herren, sind wir mit dem Koalitionsvertrag diesem großen Ziel zumindest ein kleines Stück nähergekommen.

Aufstieg durch Bildung setzt aber auch entsprechende Arbeitsplätze und diese wiederum eine starke Wirtschaft voraus. Eine starke Wirtschaft ist nun einmal die Grundlage eines handlungsfähigen Sozialstaates.

Wer glaubt, dass eine Gesellschaft steigende Lasten bei einer schrumpfenden Wirtschaft schultern kann, der irrt. Wenn wir die Herausforderungen des demografischen Wandels bewältigen wollen, dann brauchen wir eine dynamische Wirtschaft, und diese wiederum benötigt eine Wirtschaftspolitik, welche die richtigen Weichen stellt.

Wenn immer weniger Beschäftigte immer mehr Leistungsempfängerinnen und -empfänger finanzieren sollen, dann ist das nur leistbar, wenn die Löhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Maße steigen, welche die zu erwartenden steigenden Beitragslasten auffangen.

Damit die Löhne so steigen, brauchen wir die besten Jobs, und die kann nur die beste Wirtschaft zur Verfügung stellen.

Der demografische Wandel ist hierbei eine existenzielle Herausforderung. Mit einer starken Wirtschaft, mit erfolgreichen Unternehmen und gut bezahlten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist er aber bewältigbar.

Ich bin stolz darauf, dass wir für diese Herkulesaufgabe den richtigen Mann an der richtigen Stelle haben. Volker Wissing macht nicht nur den Haushalt, er kann auch Wirtschaft.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber, was meines Erachtens weit wichtiger ist als das, ist, dass er die Dinge im Zusammenhang sieht und entsprechend handelt. Die Wirtschaftsminister der FDP waren in Rheinland-Pfalz stets Garanten für eine solide Wirtschaftspolitik, die Wachstum und Wohlstand geschaffen hat. Volker Wissing wird diese Tradition wieder neu beleben.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Er steht für eine Sachlichkeit, die gerade in der Wirtschaftspolitik dringend benötigt wird.

Eine Gesellschaft, die Wirtschaft und Soziales trennt oder gar als Widersprüche thematisiert, ist auf bestem Wege, ihren Wohlstand zu verspielen. Ich würde mir wünschen, dass wir zum Beispiel bei dem Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten genauso intensiv über die Vorteile

wie über die vermeintlichen Nachteile diskutieren und sie gegeneinander abwägen.

Abwägen heißt aber nicht, Risiken zu potenzieren und Chancen zu ignorieren. Abwägen heißt, Risiken und Chancen gleichermaßen zu sehen. Wer meint, dass man die Interessen der Wirtschaft ignorieren darf, nimmt Wohlstandsverluste in Kauf und sollte das dann auch offen sagen.

Es gibt keinen Grund, warum sich eine Gesellschaft den Interessen der Wirtschaft unterordnen sollte, es gibt aber sehr viele gute Gründe, die Interessen der Wirtschaft nicht zu ignorieren. Viele von uns haben das doch vorgestern auf dem Unternehmertag der LVU miterlebt. Wenn die Wirtschaft schwächelt, wird das Land ärmer.

Eine ärmer werdende Gesellschaft wird nicht sozialer, sie wird nicht gerechter und auch nicht ökologischer, ganz im Gegenteil: Sie wird ungerechter, härter und tendiert obendrein eher dazu, Raubbau an den natürlichen Ressourcen zu treiben.

Armut ist nicht sozial, Armut ist nicht gerecht, Armut ist nicht ökologisch, Armut ist ein Problem, das es zu bekämpfen gilt, und die Bekämpfung der Armut ist mindestens ebenso sehr Aufgabe der Wirtschafts- wie der Sozialpolitik. Wir Liberale stehen für eine moderne Wirtschaftspolitik, die Wirtschaft als Teil der Gesellschaft sieht und entsprechend handelt.

Gerade weil Volker Wissing Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft – also für die gesamte Landwirtschaft, Frau Klöckner, denn es gibt nur ein Landwirtschaftsministerium –

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Jetzt weiß ich es endlich!)

und Weinbau ist, bin ich mir sicher, dass die soziale Komponente stets eine Rolle bei allem wirtschaftlichen Interesse spielen wird.

Die soziale Marktwirtschaft ist absolut kein Auslaufmodell, sondern das einzige bislang erfolgreiche Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell, und dieses hat sich gerade in Rheinland-Pfalz als sehr erfolgreich bewährt.

(Beifall bei der FDP)

Aber auch in der Agrarpolitik wird es wichtig sein, das Verständnis zwischen Landwirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher für die jeweilige Situation zu verbessern.

Die aktuelle Entwicklung in der Agrarpolitik ist besorgniserregend. Da gebe ich Ihnen recht. Wurde früher Agrarpolitik als eine Politik für die Landwirtinnen und Landwirte sowie den ländlichen Raum definiert, orientiert sich die Agrarpolitik mehr an den Vorstellungen der urbanen Bevölkerung.

Politik wurde nicht mehr für die Landwirtinnen und Landwirte gemacht, sondern es wurde Politik mit ihnen gemacht. Gerade in der Agrarpolitik ist es höchste Zeit, zu einem fairen Miteinander zurückzukommen.

(Vizepräsident Hans-Josef Bracht übernimmt den Vorsitz)

Eine gute Gelegenheit für eine neue Sachlichkeit und ein faires Miteinander wäre zum Beispiel die Glyphosat-Debatte. Aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher wird mit einem Verbot kein nennenswerter Eingriff in die eigene Lebensumwelt verbunden, während die Folgen für die Landwirtschaft gravierend sind.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Sagen Sie einmal etwas zu TTIP!)

Eine verantwortungsbewusste Agrarpolitik nimmt die Sorgen der Verbraucherinnen und Verbraucher um eine gesunde Ernährung ernst. Sie macht es sich aber auch gleichzeitig zur Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern die Situation in der Landwirtschaft zu vermitteln. Agrarpolitik sollte nicht gegen, sondern mit und für die Landwirte gemacht werden.

(Beifall der FDP)

Eine moderne Agrarpolitik fühlt sich den Verbraucherinnen und Verbrauchern verpflichtet, sie darf aber auch nicht das wirtschaftliche Umfeld der Betriebe ignorieren. Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, eine bäuerliche, mittelständische und nachhaltige Landwirtschaft, die sich im Wettbewerb behaupten muss, zu erhalten und zu stärken. Niemand will eine Landwirtschaft, die Raubbau an der Natur und den Tieren betreibt. Wir wollen aber, dass auch unsere Landwirte eine faire Chance haben, im Wettbewerb zu bestehen.

Eine Agrarpolitik, die willentlich die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in Kauf nimmt, fördert die weitere Intensivierung der Landwirtschaft. Denn wenn die staatlichen Auflagen und der Bürokratieaufwand für große Landwirtschaftsunternehmen vielleicht noch bewältigbar sind, sind sie es jedenfalls für den kleinen bäuerlichen Betrieb nicht.

(Beifall der FDP, bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist mehr als nur Reben und Rüben, aber Rheinland-Pfalz ohne Reben und Rüben wäre nicht mehr Rheinland-Pfalz. Meine Fraktion wird den Wirtschaftsminister, der auch gleichzeitig Agrarminister ist, bei seinen Bemühungen unterstützen, die rheinland-pfälzische Landwirtschaft zu stärken. Die Landwirtschaft hat nur eine Zukunft, wenn auch junge Menschen in der Übernahme der elterlichen Betriebe eine Perspektive erfahren. Eine weitere Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfeldes wird den Strukturwandel beschleunigen, da die Zahl der Betriebe geringer wird. Für den ländlichen Raum hat das gravierende Folgen. Extensiv bewirtschaftete Flächen von hohem ökologischen Wert werden aufgegeben, fruchtbare Standorte werden übernommen und eher intensiver bewirtschaftet als zuvor.

Landwirtschaft und Weinbau gehören untrennbar zu Rheinland-Pfalz, und dass beide wieder beim Wirtschaftsministerium angesiedelt werden, ist ein wichtiges Signal an die Betriebe, dass die Politik auch die wirtschaftlichen Belange der Betriebe wieder ernst nehmen will und wird.

So wichtig es ist, über Natur- und Verbraucherschutz zu diskutieren, so wenig sollten wir auch vergessen, dass un-

sere Landwirtinnen und Landwirte bereit sind, ihrer Verantwortung gegenüber der Natur und den Verbraucherinnen und Verbrauchern gerecht zu werden.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, sie müssen hierzu aber auch eine faire Chance bekommen, am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben und von den Früchten ihrer Arbeit leben zu können. Landwirte und Winzer sind Natur- und Verbraucherschützer, sie sind aber auch Unternehmer. Ohne Winzerinnen und Winzer, ohne Landwirtinnen und Landwirte wird der strukturelle Wandel in den ländlichen Räumen ohnehin noch gravierender ausfallen.

Aus Sicht der FDP würde ich es deshalb begrüßen, wenn wir dem ländlichen Raum künftig nicht nur mehr Aufmerksamkeit, sondern auch mehr Freiheit schenken würden. Viele politische Entscheidungen gehen oftmals einseitig zu Lasten des ländlichen Raumes. Während die Bevölkerung in den Ballungsgebieten, abgesehen von den steigenden Energiepreisen, kaum mit den negativen Begleiterscheinungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien konfrontiert wird, sind die Beeinträchtigungen in einigen, vor allem in den ländlichen Regionen, gravierend. Umso wichtiger ist es, dass es mit SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und mit uns gelungen ist, in diesem Bereich deutliche Verbesserungen zu erreichen.

(Zuruf von der AfD: Welche?)

– So ist es.

Nur wenn es uns gelingt, durch verbindliche und transparente Vorgaben den Ausbau insbesondere der Windenergie planerisch zu gestalten, werden wir gesellschaftliche Konflikte vermeiden und die prinzipielle Akzeptanz für die Energiewende dauerhaft sichern können.

Wir haben nicht nur die Abstände zu Wohngebieten deutlich vergrößert, sondern zusätzlich Gebiete definiert, die künftig nicht mehr für die Windenergieerzeugung genutzt werden dürfen.

(Zuruf von der AfD: Unwirtschaftlicher Unsinn ist es trotzdem!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn vielfach über Konflikte zwischen den Parteien gemutmaßt wurde, kann ich Ihnen mitteilen, dass auch hier die Diskussion sehr konstruktiv gewesen ist, da wir uns in den grundlegenden Beurteilungen der Situation einig sind. Niemand leugnet den Klimawandel. Niemand leugnet, dass es Konflikte um den Ausbau der Windenergie in Rheinland-Pfalz gibt. Also haben alle ein Interesse an einer sachgerechten Lösung, und die haben wir gefunden.

(Beifall der FDP)

Ein modernes Industrieland braucht aber nicht nur eine sichere Energieversorgung, es benötigt auch eine intakte Infrastruktur. Ich bin sehr froh, dass wir uns mit der SPD und mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf verständigen konnten, künftig ein Vielfaches als bisher in den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur zu investieren. Der Ausbau

der Infrastruktur ist nämlich ein wichtiger Beitrag zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Rheinland-Pfalz. Gerade für die ländlichen Regionen ist es wichtig, dass die Verkehrswege intakt sind, um die Mobilität von Menschen und Gütern zu gewährleisten.

Wir haben es von Frau Klöckner und auch von Herrn Schweitzer schon mehrfach gehört: Wir werden in den nächsten fünf Jahren 600 Millionen Euro in den Landesstraßenbau investieren. – Aber nicht nur das, wir werden auch Brücken bauen. Brücken sind wichtig, da sie Regionen und Menschen verbinden.

Allerdings sind sich die Koalitionsparteien einig, dass wir keine Betonpolitik gegen die Menschen vor Ort machen werden. Unsere Infrastrukturpolitik ist ein Angebot, und dort, wo es von den öffentlichen Repräsentanten abgelehnt wird, wie im Fall von Bingen, werden wir das auch akzeptieren. Wenn die Menschen mit Entscheidungen ihrer politischen Vertreter nicht einverstanden sind, steht es ihnen frei, diese bei der nächsten Gelegenheit abzuwählen.

Wir stehen zwar zu der im Koalitionsvertrag gegebenen Aussage, eine Machbarkeitsstudie für eine Rheinbrücke bei Bingen in Auftrag geben zu wollen; ob dieses Angebot allerdings in den kommenden Jahren noch angenommen werden soll, das entscheiden die Menschen vor Ort. Mit dem Koalitionsvertrag haben wir zusammen mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jedenfalls ein klares Signal gesetzt, dass diese Regierung ihrer Verantwortung für die Infrastruktur des Landes gerecht werden wird.

Ebenso wichtig wie der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist aber der der digitalen. Rheinland-Pfalz wird digital – und das gilt auch für die Landesregierung und die Verwaltungen. Der Auf- und Ausbau der digitalen Infrastruktur ist eine Aufgabe, die mit Sicherheit nicht in einer Legislaturperiode zu bewältigen ist. Umso wichtiger ist es, dass sich die Koalition einig ist über das Ziel. Wir wollen das schnellste Netz für Rheinland-Pfalz, und das heißt, wo immer möglich, Glasfaser statt Kupfer.

Natürlich kann es in einem ersten Schritt und zur Beschleunigung bestehender Internetanschlüsse wichtig und richtig sein, alte Kupferverbindungen zu beschleunigen; das angestrebte Ziel ist und bleibt aber eine möglichst flächendeckende Glasfaserverkabelung.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Verfügbarkeit eines schnellen Internetzugangs ist nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, sie ist Teil der Lebensqualität. Das Internet wird nicht nur für die Informationsbeschaffung und die Unterhaltung genutzt, es ist auch zu einem wesentlichen Teil des sozialen Lebens geworden. Internet gehört schon längst zu den Grundbedürfnissen des Alltages, und der diskriminierungsfreie Zugang zum Internet gehört zur gesellschaftlichen Teilhabe. Dass diese Landesregierung dies sehr ernst nimmt, zeigt, dass wir möglichst in allen landeseigenen Gebäuden, in denen es einen eigenen Internetanschluss gibt, auch kostenfreies WLAN anbieten wollen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Freien Demokraten haben die Gestaltung der Zukunft unseres Landes in Angriff genommen. Wir sind mit der Koalitionsvereinbarung auch unserer Verantwortung für künftige Generationen gerecht geworden. Die Schuldenbremse wird eingehalten, und das ist ein ebenso wichtiges wie richtiges Signal. Wenn wir nicht entschieden entgegenwirken, wird der demografische Wandel die Pro-Kopf-Verschuldung in schwindelerregende Höhen treiben, da die Schuldenlast von immer weniger Schultern getragen werden muss. Schuldenabbau ist nämlich eine Frage von Generationengerechtigkeit. Wir muten den jüngeren Generationen immer mehr zu, und wenn wir den Zusammenhalt der Generationen nicht gefährden wollen, müssen wir zu einer fairen Lastenverteilung kommen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies kann jedenfalls nicht so aussehen, dass die junge Generation hohe Steuern zahlt, um die Staatsverschuldung abzubauen, dass sie hohe Beiträge in die Rentenkasse einzahlt, um das gegenwärtig noch reale hohe Rentenniveau zu finanzieren und gleichzeitig privat vorsorgt, da sie selbst trotz der hohen Beiträge kaum mit einer ausreichenden Rente rechnen kann.

So wichtig der Kampf gegen Altersarmut auch ist, sollte der jungen Generation nicht die Chance auf einen eigenen Wohlstand genommen werden. Aus Sicht der Freien Demokraten ist es deshalb wichtig, dass wir den Schuldenabbau nicht zu einer Aufgabe künftiger Generationen machen, sondern heute schon angehen. Die Gelegenheit für eine nachhaltige Konsolidierung war nie besser denn heute. Die öffentliche Hand verfügt über Rekordsteuereinnahmen und muss gleichzeitig nur Niedrigzinsen für die eigenen Verbindlichkeiten zahlen. Es ist daher wichtig, diese Situation, die mit Sicherheit nicht von Dauer sein wird, nicht ungenutzt verstreichen zu lassen.

Schulden sind Politik gegen die Zukunft, und die Aufnahme neuer Schulden sollte nicht länger die Regel bleiben, sondern endlich wieder die Ausnahme werden. Ich darf Sie daran erinnern, dass es die FDP war, die in der Regierungsverantwortung mit der CDU im Bund eine Schuldentilgung ab dem Jahr 2016 vereinbart hat. Wie die CDU mit dieser Vereinbarung dann umgegangen ist, ist bekannt: Statt konsolidiert, hat die CDU lieber konsumiert.

Nun arbeiten wir im Land Rheinland-Pfalz konsequent auf die Konsolidierung des Landeshaushaltes hin. Mit den getroffenen Sparbeschlüssen haben wir gemeinsam mit der SPD und mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Einhaltung der Schuldenbremse sichergestellt.

Dass wir, um den Haushalt zu konsolidieren, Stellen in der Verwaltung streichen müssen, empfinde ich als äußerst schmerzhaft. Es ist mir wichtig darauf hinzuweisen, dass wir niemandem den Job wegnehmen oder ihn hinauswerfen, sondern der Abbau wird vielmehr sozialverträglich und auf administrativ sinnvolle Weise umgesetzt werden.

Allerdings ist es, wie auch schon verschiedentlich von der Opposition angemerkt wurde, sinnvoll, in Zeiten zurückgehender Bevölkerungszahlen auch die Verwaltung zu verkleinern, und dem tragen wir hierbei Rechnung.

Diese Koalition ist aber keine Regierung, die knausert, sondern eine, die knappe Ressourcen sinnvoll einsetzt. So streichen wir nicht nur Stellen, wir stellen auch ein, z.B. bei der Polizei. Wir werden die Einstellungszahl – das haben wir mehrfach gehört – auf 500 zusätzliche Polizeianwärterinnen und Polizeianwärtern pro Kopf anheben. Es reicht zwar nicht aus, diese Einstellungszahlen anzuheben, aber wichtig ist, dass die Polizei im Land sichtbar wird. Trotzdem werden wir aber mit diesen 500 Stellen pro Jahr bei einer Statistik, die rund 450 Abgänge pro Jahr verzeichnet, zumindest einmal während der Legislaturperiode auf weit über 9.000 Stellen kommen.

Des Weiteren wollen wir die Polizeibeamten auch von administrativen Aufgaben entlasten, damit sie sich besser auf ihre polizeilichen Aufgaben konzentrieren können.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, für uns gilt das Motto: Weniger Polizei für Bürokratie, mehr Polizei für Sicherheit, damit die Menschen in Rheinland-Pfalz sich wieder sicherer fühlen können. Das kann nur unser Ziel sein.

Der Staat hat nicht nur die Aufgabe, für Sicherheit zu sorgen, er ist auch für den Schutz des Eigentums der Bürgerinnen und Bürger verantwortlich. Das Gewaltmonopol des Staates ist kein Recht des Staates, sondern eine Verpflichtung gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern. Ein Staat, der nicht imstande ist, seine Bürgerinnen und Bürger oder deren Eigentum wirksam zu schützen, untergräbt seine Legitimation.

Sicherheit ist eine staatliche Grunddienstleistung und eine Bringschuld. Dem tragen wir mit den zusätzlichen Neueinstellungen Rechnung.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung nimmt auch in diesem Bereich ihre Verantwortung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst.

Rheinland-Pfalz ist kein Polizeistaat, der seine Bürgerinnen und Bürger überwacht, sondern ein Land mit einer starken Polizei, die die Menschen und deren Eigentum schützen wird. Wir müssen unsere Polizei besser schützen und ausstatten. So werden mit Sicherheit in den beiden kommenden Jahren viele Millionen Euro mehr in die Ausstattung der Polizei investiert werden müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Freien Demokraten ist dies ein besonderer Tag, nicht nur, weil wir wieder im Landtag vertreten sind, sondern weil wir auch wieder mit in der Regierungsverantwortung stehen. Wir sind uns dieser Verantwortung sehr bewusst und werden uns dieser gemeinsam mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen.

Das Besondere dieser Koalition ist, dass sich drei Partner gefunden haben, die sich nicht durch das definieren, was

sie trennt, sondern durch das, was sie gemeinsam erreichen wollen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz sichern, indem wir mit einer Politik der sozialen Marktwirtschaft unseren Wohlstand sichern und dies unter Berücksichtigung unserer Verantwortung für die natürlichen Ressourcen.

Das Regierungsbündnis vollzieht damit nach, was in weiten Teilen unserer demokratischen Gesellschaft schon längst zu einem Allgemeinplatz geworden ist, nämlich dass Vielfalt keine Bedrohung, sondern eine Chance ist, Dinge neu zu denken.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielfalt ist nicht nur in der Gesellschaft, sie kann auch in einer Regierung eine Bereicherung sein, solange man andere toleriert und an der einen oder anderen Stelle sogar bereit ist, voneinander zu lernen. Ich würde nie so weit gehen zu sagen, dass eine Regierung ein Modell für ein Land sein kann. Hier war es auch genau andersherum, hier war ein Land Vorbild für eine Regierung.

In Rheinland-Pfalz sind die Menschen bereit, vorgefasste Meinungen zu hinterfragen und Neues zu wagen. Rheinland-Pfälzer suchen nicht die Ab- und Ausgrenzung, Rheinland-Pfälzer suchen das Miteinander und den Ausgleich. Wenn wir nicht nur Politik für Land und Leute, sondern Politik wie Land und Leute machen, dann könnte das auch ein Gewinn für die politische Kultur ein.

Ich lade Sie herzlich ein, lassen Sie uns also offen, so optimistisch und so zupackend sein, wie es die Rheinland-Pfälzer sind. Das hoffe ich nicht nur für unsere Koalition, sondern das hoffe ich auch im Umgang mit der Opposition.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Glück auf!

(Anhaltend Beifall der FDP, der SPD und
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Herr Roth, vielen Dank, Sie haben für die Fraktion der FDP gesprochen. Als nächstes hat sich Herr Abgeordneter Dr. Bernhard Braun zu Wort gemeldet. Er spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank!

Bevor ich zum Inhalt der Rede komme, möchte ich einige Vorbemerkungen machen, die heute notwendig sind, glaube ich.

Es wurde vor allem darüber diskutiert und im Vorfeld von der CDU-Opposition angetextet, dass die Fraktionen, die die Regierung tragen, nur Jasager seien und unkritisch abnicken würden.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD:
Unmöglich war das!)

Ich will an der Stelle eindeutig sagen, die Kontrolle der Regierung ist die Aufgabe aller Fraktionen. Wir sind nämlich das Parlament gemeinsam.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP –
Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

Wir kontrollieren die Regierung. Wir machen die Gesetze, und die Regierung führt die Gesetze aus. Wir haben zu kontrollieren, dass sie so ausgeführt werden, wie die Gesetze gemacht werden. Das ist eine gemeinsame Aufgabe.

Die Opposition hat eine besondere Aufgabe, nämlich alternative Vorschläge zu dem zu machen, was die Regierung sagt. Es wäre seltsam, wenn aus den Regierungsfractionen ständig alternative Vorschläge zur Regierungspolitik kämen. Wir setzen uns mit der Regierungspolitik meistens ein wenig früher auseinander als Sie. Das ist der Unterschied.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das wäre
aber erstmals richtig!)

Wir haben die Chance, mehr gestaltend einzuwirken. Ich sage Ihnen deutlich, darüber sind wir froh. Sie wären auch froh, wenn Sie es könnten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich komme zur zweiten Vorbemerkung. Der Gestaltungswille der Opposition hätte sich heute gern ein wenig deutlicher zeigen können, als er sich gezeigt hat. Wir warten darauf. Wir bieten an, eine faire Debatte um Inhalte, alternative Vorschläge und Möglichkeiten zu führen, dieses Land eventuell anders zu regieren, als wir es vorschlagen. Wir wollen hier in diesem Parlament die Debatte dazu führen. Diese Debatte ist ein Angebot von uns, und zwar eine faire Debatte um Inhalte und keine ideologischen Grabenkämpfe.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich mache noch eine Vorbemerkung zu den Vorschlägen, die die AfD eingebracht hat. Das muss ich gleich am Anfang sagen. Ich werde inhaltlich natürlich noch öfter auf Vorschläge eingehen.

Herr Junge, Sie haben keine Alternativen gebracht. Das Schlimmere für Sie ist vielleicht, Sie haben weder eine Alternative noch sind Sie für Deutschland. Überlegen Sie sich das einmal.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Sie wurden von einem kleinen Teil gewählt. Ich glaube, es ist ein falscher Anspruch, wenn Sie sagen, Sie wären eine Alternative für Deutschland.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Sie sind ein Teil des Parlaments, das akzeptieren wir, aber

Sie sind nicht die Alternative.

(Zuruf des Abg. Damian Lohr, AfD)

Das kann man hier auch festhalten. Sie haben nämlich keinen einzigen alternativen Vorschlag gemacht.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Sie haben bisher nur kritisiert und genörgelt, meine Damen und Herren!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich habe Herrn Roth schon gesagt, der Anfang meiner vorbereiteten Rede ist etwa der Schluss seiner Rede. Deswegen können wir da gut anknüpfen. Ich will es so probieren.

Meine Damen und Herren, die Menschen in Rheinland-Pfalz verlangen von ihrer Regierung – ich glaube, da sind wir uns alle einig –, ernsthaft an der Lösung der Probleme im Land zu arbeiten, nicht unbedingt zu streiten, zumindest nicht offen zu streiten, sondern sich inhaltlich auseinanderzusetzen.

Die Regierung und die Fraktionen im Landtag sollen zusammenführen und unterstützen, was dieses Land entwickeln kann. Sie sollen für Sicherheit, Arbeitsplätze und eine gesunde Umwelt sorgen.

Meine Damen und Herren, mit dieser Ampel – das können wir versprechen – bekommt die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz genau das, was sie will, nämlich ernsthafte Arbeit, konkrete Umsetzung der Forderungen, Sicherheit, Arbeitsplätze und gesunde Umwelt und eine Vielfalt im Land, die wir hier für die nächsten fünf Jahre versprechen.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Das sagen wir hier deutlich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Die Fraktionen der jetzigen Ampelkoalition haben sich vielleicht nicht gesucht, aber wir haben uns gefunden und gebunden. Weil wir mit dem Ergebnis, das uns die Wählerinnen und Wähler präsentiert haben, zurechtkommen mussten und zurechtkommen konnten, zeigen wir Verantwortung für dieses Land. Das ist eine Verantwortung, dass man über Meinungsverschiedenheiten hinweg stabile Verhältnisse in diesem Land für die nächsten fünf Jahre garantieren will. Das wollen wir. Das ist eine bessere Möglichkeit als eine große Koalition in Rheinland-Pfalz. Allein schon deswegen, aber auch wegen der Inhalte, die wir haben und umsetzen wollen, ist die Ampelkoalition den Versuch wert. Ich bin sehr optimistisch, dass dieser Versuch nicht scheitern, sondern gelingen wird, vielleicht sogar über die fünf Jahre hinaus, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wir repräsentieren zum Teil die Unterschiede, die Möglichkeiten und die Chancen, die in diesem Land bestehen.

Natürlich haben wir verschiedene Ansätze. Da ist der eher in Richtung Wirtschaft orientierte Ansatz der FDP. Es gibt den sozialen Ansatz der SPD. Ich muss sagen, der wirtschaftsorientierte, soziale und umweltorientierte Ansatz der Grünen ist zu nennen.

(Vereinzelt Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP – Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

Ich komme jetzt zu dem Teil, der uns inhaltlich besonders wichtig ist.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Sagen Sie einmal etwas zu den Klimazielen!)

Ich kann in 45 Minuten nicht auf alle Regierungsoptionen eingehen. Ich komme zu dem Teil, der uns besonders wichtig ist.

Wir haben in den letzten fünf Jahren als Grüne viel in Rheinland-Pfalz gestaltet, und zwar gemeinsam mit der SPD. Ich glaube, es war eine Regierung, die nicht fünf Jahre verloren hat, sondern es waren positive fünf Jahre. Deswegen ist es so wichtig, dass Erfolge, die wir hatten, weitergeführt werden.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Wir haben Schritte gemacht in ein weltoffenes, solidarisches und buntes Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

Das lässt sich auch nicht zurückdrehen, auch wenn Fraktionen im Landtag sind, die gegen ein weltoffenes, solidarisches und buntes Rheinland-Pfalz sind.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Meine Damen und Herren, wir werden dieses Rheinland-Pfalz so bewahren: weltoffen, solidarisch und bunt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP – Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Bunt statt grau!)

Wir haben Erfolge bei der Integration und Migration und bei der Integration von Migrantinnen und Migranten erreicht. Wir haben die Stärkung der Demokratie und die Verbesserung der politischen Kultur vorgebracht. Wir haben im Klima-, Energie- und Umweltbereich ein Klimagesetz, einen Nationalpark, im Wald eine Zertifizierung, einen Biotopverbund geschaffen.

Wir haben – das glaubt zunächst einmal keiner – als Grüne hauptsächlich dafür Verantwortung, dass der Haushalt in den letzten Jahren in Rheinland-Pfalz konsolidiert wurde. Wir schauen durchaus positiv auf die Perspektive, dass wir eine Nullverschuldung erreichen. Das ist harte Arbeit in den nächsten Jahren. Wir haben das eingeleitet. Darauf sind wir auch stolz, meine Damen und Herren.

Ich glaube, wir haben in Zukunft die Aufgabe, Kernprojekte, wichtige Projekte fortzusetzen. Das ist die humane Flüchtlingspolitik und die Integration. Das ist der Klimaschutz. Das ist der Umweltschutz. Das ist der Ausbau der

modernen Infrastruktur. Ich komme noch dazu, was ich darunter verstehe. Das ist die gerechte Bildung. Das ist die lebendige Demokratie. Transparenz und Beteiligung sind unsere Versprechen.

Wir haben in der letzten Wahlperiode eine Enquete-Kommission gehabt. Alle Fraktionen im Landtag, die vertreten waren, haben sehr gute Arbeit geleistet und Vorschläge für eine lebendige Demokratie, für Transparenz und Beteiligung gemacht. Die werden wir natürlich umsetzen. Daran arbeiten wir die nächsten fünf Jahre weiter, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Ein Thema bestimmt im Moment wohl die Diskussion. Das betrifft die größte und intensivste Diskussion im Land, aber nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern in Deutschland, ganz Europa oder sogar weltweit. Das ist die Frage, wie gehen wir mit den Flüchtlingen um, die zu uns kommen. Wir haben mehrere Möglichkeiten. Ich glaube, wir müssen mehrschichtig agieren.

Zunächst einmal will ich sagen, wir haben die Pflicht zur Aufnahme von Flüchtlingen, von Kriegsflüchtlingen. Wir haben die Geschichte, die wir haben. Wir wissen, dass wir auch dankbar waren, als Flüchtlinge aus unserem Land aufgenommen wurden. Wir wissen, dass es zu großen Schwierigkeiten und Bitterkeiten kam, als die Flüchtlingsaufnahme in den anderen Ländern nicht mehr geklappt hat.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Das ist also möglich, das ist absurd!)

Wir wissen, dass es nicht eine Frage der Politik ist. Das hat die Alterspräsidentin das letzte Mal hier gesagt. Dafür bin ich sehr dankbar. Es ist eine Frage des Anstandes, dass man Flüchtlinge, die in Not sind, aufnimmt, gut versorgt und ihnen eine Perspektive bietet. Anstand in diesem hohen Hause fordern wir ein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP – Zurufe von der AfD)

Natürlich müssen wir auch Fluchtursachen bekämpfen. Die Fluchtursachen sind nicht in unserem Land, sondern in der internationalen Politik zu suchen. Natürlich ist jeder Flüchtling, der nicht flüchten muss, ein glücklicherer Mensch. Er will nicht flüchten, sondern die Menschen wollen in ihrer Heimat bleiben. Erst wenn sie gezwungen werden, aus ihrer Heimat zu gehen, weil eventuell in Syrien Fassbomben auf sie fliegen, weil zum Beispiel in Afghanistan keine sichere Lage ist, weil im Irak Folter angewandt wird und auch in den anderen Ländern, dann ist es richtig und wichtig zu sagen, wir nehmen diese Menschen auf, aber wir versuchen, die Fluchtursachen zu bekämpfen.

Es wäre schön, wenn kein Mensch auf dieser Welt flüchten müsste. Deswegen haben wir da auch Verantwortung.

Wir haben natürlich auch internationale Verantwortung. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir internationale Partnerschaften haben und leben, aber wir haben internationale

Verantwortung. Da haben wir auf Bundesebene und auf der europäischen Ebene die entsprechende Politik zu unterstützen, dass Fluchtursachen bekämpft werden. Da sollte man natürlich auch finanzielle Ressourcen einsetzen, andere Ressourcen einsetzen, wie friedenschaffende Ressourcen, um dann Fluchtursachen bekämpfen zu können. Das ist das A und O; das ist die erste Forderung, die wir haben.

Wenn aber dann die Menschen geflohen sind und zu uns kommen, wie gesagt, dann haben wir die Pflicht und Schuldigkeit, sie auch aufzunehmen, sie gut zu versorgen und sie zu integrieren.

Wir haben im Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2015 am Anfang eine Kapazität von 2.000 Erstaufnahmeplätzen gehabt. Wir dachten, das würde eventuell reichen, 2.000 Plätze. Wir haben zunächst einmal nicht mit einer größeren Flüchtlingsbewegung gerechnet. In diesem einen Jahr haben wir aber die Erstaufnahmeplätze von 2.000 auf 15.000 Plätze erhöht. Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern hat Rheinland-Pfalz die Aufnahme sehr gut bewältigt. Es gab keine Skandale in Rheinland-Pfalz. Die Menschen mussten nicht im Freien übernachten, sondern wir konnten alle Menschen versorgen, die nach Rheinland-Pfalz kamen.

(Zuruf von der AfD)

– Ich weiß, einer war mal im Freien, weil er in der falschen Einrichtung war. Wir haben aber dafür gesorgt, dass die Flüchtlinge, die hierher kommen, eine gute Erstaufnahme haben und sie dann auf die Kommunen weiter verteilt werden. Das ist das Verdienst dieser rot-grünen Landesregierung gewesen, die es das letzte Mal gab. Dafür werden wir uns natürlich auch in der Ampel weiter einsetzen. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Um an Herrn Roths Zitat an Herrn Wissing anzuknüpfen: Die Ministerin Spiegel kann nicht nur Aufnahme, sie kann auch Integration. – Wir werden in den nächsten fünf Jahren zeigen, dass wir auch die Integration ernst nehmen und wir die Kurse, die wir haben, weiter ausbauen.

Rheinland-Pfalz hat schon viele Vorleistungen gemacht. Wenn wir uns auf den Bund verlassen hätten – erstens auf das BAMF allein zum Beispiel bei der Registrierung der Flüchtlinge oder danach bei der Integration –, glaube ich, wären wir verlassen gewesen. Nun ist es aber so, dass wir selbst das Heft in die Hand genommen und Integrationseinrichtungen geschaffen haben. Ich glaube, deswegen können wir auch stolz darauf sein, was das Land Rheinland-Pfalz geleistet hat, und ich glaube, wir können auch einfordern, dass der Bund jetzt nachlegt und entsprechend die Maßnahmen fördert, die wir hier in Rheinland-Pfalz schon lange umsetzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Das gilt nicht nur für die Kurse, sondern das gilt beispiels-

weise auch für die Schutzräume. Die Schutzräume, die wir für Eltern, für Kinder, für Alleinerziehende schaffen, die unterwegs sind, die sich in Rheinland-Pfalz wohlfühlen und auch sicher fühlen können und müssen. Das ist ein Vorschlag, der in dem neuen Integrationsgesetz aufgegriffen wird. Wir wären froh, wenn der Bund da mehr leisten würde, wenn sich der Bund auch finanziell mehr an Maßnahmen wie Integrationskursen beteiligen würde, sodass jeder Flüchtling, jeder Mensch, der geflohen ist, einen Integrationskurs besuchen kann, und wenn er mehr beim Schutz der Flüchtlinge leisten würde.

Wir hätten auch gerne – da spreche ich die CDU noch einmal an – mehr Kurse, weil die Leute freiwillig in Kurse gehen würden. Wir können aber das Fordern und Fördern nicht auf die Seite des Forderns allein beziehen, so wie es die CDU macht, wenn die Kurse nicht da sind. Ich glaube, Sie haben selbst schon eingestanden, dass wir natürlich die entsprechenden Kurse, die Maßnahmen, die Angebote brauchen.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Es gibt sehr wenige Flüchtlinge, die dann diese Angebote nicht annehmen wollen. Viele Flüchtlinge, die ich auch kenne, wollen Angebote möglichst schnell annehmen, wollen sie intensiv nutzen, wollen die deutsche Sprache lernen, wollen die Regeln in unserem Land lernen. Meine Damen und Herren, das müssen wir unterstützen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich möchte einen kleinen Exkurs zum Ludwigshafener Bürger Ernst Bloch machen, weil der in der Regierungserklärung erwähnt wurde. Ernst Bloch war lange Zeit in den USA. Hätte Ernst Bloch die Strafe erhalten, die vorgesehen ist, wenn man keinen Integrationskurs macht, dann hätte er vielleicht sein Hauptwerk nicht schreiben können. Ernst Bloch hat nie in den zehn Jahren, in denen er da war, Englisch gelernt. Er hat weiterhin in Deutsch geschrieben. Es muss nicht jeder seine Identität und seine Sprache wechseln. Er muss sich verständigen können, er muss in dem anderen Land leben können, er muss dort arbeiten können. Ich glaube, das genügt. Wir können auch nicht davon ausgehen, dass alle immer sehr stark ihre Heimat und ihre bisherigen Ziele in ihrer Heimat verlassen wollen. Viele wollen auch wieder zurückkehren, brauchen deswegen ihre Wurzeln in der Heimat und bleiben deswegen auch zweisprachig. Wir selbst sind schließlich auch froh, wenn wir in Brasilien sind, dort die Hunsrücker treffen und sie uns auf Deutsch begrüßen. Dann ist doch klar, man kann eine Heimat bewahren.

(Zuruf aus dem Hause: In einem etwas
seltsamen Deutsch!)

– Auch wenn es ein ein bisschen seltsames Deutsch ist. Genau.

Man kann aber eine Heimat bewahren und eine zweite annehmen. Das ist wichtig. Das spricht nicht gegen Multikulti, sondern das spricht dafür, dass Menschen eine Heimat haben und sie es ernst nehmen, dass sie eine Heimat haben. So viel zum Heimatbegriff, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir brauchen – ich glaube, das ist auch wichtig – ein Einwanderungsgesetz. Dieses Einwanderungsgesetz, das seit Langem in der Diskussion ist, müssen wir jetzt schnell auf den Weg bringen. Wir müssen es schnell gestalten, weil es sonst für Menschen nicht möglich ist, auf einem legalen Weg nach Deutschland zu kommen. Deswegen haben wir mehr Probleme, wenn wir kein Einwanderungsgesetz haben. Das sagen die Grünen schon sehr, sehr lange. Ich glaube, im Moment ist die Gesellschaft auch reif dafür, dass wir insgesamt vorankommen und das Einwanderungsgesetz, damit die Menschen schneller in Deutschland ankommen können, damit wir sie schneller einbürgern können, damit wir ihnen schneller eine zweite Heimat, eine andere Heimat bieten können, auf Bundesebene gestalten können. Unser Bundesland und diese Regierung sind auf jeden Fall dazu bereit, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP –
Abg. Joachim Paul, AfD: Asyl ist keine
Einbahnstraße!)

Sie haben auch die Sozialpolitik angesprochen. Natürlich ist es schwierig, wenn sich Menschen in sozialen Schwierigkeiten befinden. Sie haben die Zahl der Kinder genannt, die in Rheinland-Pfalz Leistungsberechtigte sind. Das sind die Kinder unter 15 Jahre. Die Zahl ist auf 58.403 im vergangenen Jahr leicht angestiegen. Das entspricht immerhin 11,3 % der Kinder. Bundesweit sind es allerdings 14,4 % der Kinder, die diese Hilfe in Anspruch nehmen müssen.

Wir müssen aber Programme finden, die gegen die Armut bei ihnen sind. Deswegen ist es wichtig, dass wir gerade alleinerziehende Mütter, weil da das höchste Armutsrisiko ist, Alleinerziehende insgesamt unterstützen, sodass die Kinderarmut in Rheinland-Pfalz sinkt. Ich glaube, so wie wir in der letzten Zeit agiert haben – wie gesagt, die Armutshäufigkeit ist geringer als im Bundesdurchschnitt –, werden wir auch in Zukunft die Armut von Kindern, von Alleinerziehenden und von Familien bekämpfen. Meine Damen und Herren, auch Alleinerziehende mit Kindern sind Familien. Sie haben eine große Verantwortung. Ich habe allen Respekt davor, dass sie es schaffen, ihre Kinder zu erziehen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wir haben – das haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, ich glaube, es wurde auch gar nicht kritisiert, dass wir das gemacht haben – vor, 20.000 neue Wohnungen mit einer Unterstützung zu bauen, damit diese Wohnungen gut bezahlbar sind. Diese Wohnungen sind nicht speziell für Flüchtlinge oder Asylbewerber. Nein, diese Wohnungen sind für alle, die hier wohnen. Wir müssen natürlich reagieren, wenn der Wohnungsmarkt enger wird.

Ich bin froh, dass wir diese 20.000 neuen Wohnungen festgelegt haben. Das ist eine Zahl, die sich sehen lassen kann und die in der nächsten Zeit bestimmt auch hilfreich sein wird, in Rheinland-Pfalz keine Wohnungsnot aufkom-

men zu lassen.

Es ist sehr verschieden, wie die Menschen in Rheinland-Pfalz verteilt sind. Das eine ist eher ein Leerstand in ländlichen Gebieten, das andere ist der hohe Mietpreis beispielsweise in Mainz oder in sonstigen Metropolen. Wir müssen aber Maßnahmen ergreifen, damit Wohnraum weiterhin bezahlbar bleibt. Das müssen keine Abstriche an der Energiesicherung, oder das muss kein Abstrich an der Qualität der Wohnungen sein, sondern es muss einfach eine bezahlbare Wohnung sein. Wir sind stolz darauf, dass wir das gemeinsam vereinbart haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Um noch einmal das Programm aufzugreifen, das hier schon mehrfach benannt wurde: Wir müssen dafür sorgen, dass jede und jeder in Rheinland-Pfalz eine Ausbildung erhält, auch diejenigen, die bisher keine Chance auf eine Ausbildung hatten. Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir uns darum kümmern werden, dass jeder eine erste – so hat es Herr Schweitzer genannt –, zweite und dritte Chance erhält, damit wir keinen zurücklassen, sondern dass alle eine Chance haben, in Rheinland-Pfalz auf die Zukunft hin von ihren Fähigkeiten, von ihrem eigenen Einkommen leben zu können, und dass sie entsprechend die Ausbildung dafür haben werden. Darum werden wir uns kümmern.

Da geht es nicht nur um Schule, sondern da geht es auch um diejenigen, die es das erste Mal verpasst haben, eine Ausbildung zu schaffen, also um junge Erwachsene, dass die das hinterher nachholen können. Das ist ganz wichtig, weil sonst hat man sein Leben lang Nachteile und keine Chancen. Deswegen wollen wir uns auch um diese Menschen kümmern.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Zur Gerechtigkeit nur noch eine Bemerkung: Wir sind nicht diejenigen, die die Besteuerung in diesem Land festlegen, aber es gab doch immerhin eine Anregung der Ministerpräsidentin, die Kapitalsteuer an die Einkommensteuer anzupassen, weil die Kapitalsteuer niedriger ist. Ich finde, das ist eine interessante Überlegung. Man muss Gerechtigkeit bei den Einnahmen haben; man muss Gerechtigkeit bei den Ausgaben haben. Deswegen glaube ich auch, wir sollten über Alternativen, über Änderungen im Steuersystem diskutieren.

Die grundlegende Aufgabe, die dieses Land hat, ist aber die Aufgabe der Bildung, ist die Aufgabe der Schulen, der Hochschulen, der Kitas und der frühkindlichen Bildung insgesamt. Meine Damen und Herren, da entscheidet sich doch die Chancengleichheit der Menschen in diesem Land. Wenn wir von Anfang an in Rheinland-Pfalz gebührenfreie Bildung gewähren, dann sind wir garantiert auf der richtigen Seite. Meine Damen und Herren, dann können wir sagen, wir schaffen Chancengleichheit.

Natürlich muss sich jede und jeder bemühen. Natürlich braucht der eine mehr und der andere weniger Unterstützung, aber gleiche Chancen ins Leben sind Bildungschan-

cen ins Leben. Deswegen muss es früh genug anfangen, gleiche Chancen zu haben. Das muss über die gesamte Karriere der Bildung gehen. Bildung muss immer wieder neu gebührenfrei möglich sein, damit man nicht wie in anderen Ländern am Geld scheitert, dass Arme keine Bildung haben und Reiche Bildung genießen können. Das wollen wir in Rheinland-Pfalz nicht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Darum ist es auch so wichtig, dass wir nicht nur darüber diskutieren, dass Master und Meister – das ist jetzt ein Begriff, der überall gleich gebraucht wird – gleiche Chancen haben, gleiche Möglichkeiten haben, gleich anerkannt sind in dieser Gesellschaft. Ich glaube auch nicht, dass es es einmal gab, dass man gesagt hat, Master sind bedeutend mehr wert als Meister, weil der Meister hatte schon immer einen guten Ruf in Deutschland. Deswegen glaube ich, es ist wichtig, dass wir in diesem Parlament sagen, es gibt eine Gleichwertigkeit der Ausbildungen.

Dann muss es natürlich auch eine Gleichwertigkeit der Unterstützung der Ausbildung geben. Was war denn das für eine Zeit, oder was ist denn das für eine Zeit, in der ein Meister aus eigener Tasche abends in die Schule gehen muss, die Schule bezahlen muss, die Meisterprüfung bezahlen muss, Zehntausende von D-Mark früher und von Euro heute auf den Tisch blättern muss, damit er Bildung genießen kann? Meine Damen und Herren, das wollen wir nicht weiter haben. Wir wollen auch da eine Chancengleichheit. Deswegen sind wir froh, dass wir den Meisterbonus einführen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wir haben, um noch einmal auf die frühkindliche Bildung zurückzukommen, die uns allen doch sehr wichtig ist, da Fortschritte erzielt. Wir können natürlich nicht alle Träume Wahrheit werden lassen. Natürlich wäre es schöner, wenn die Schlüssel der Betreuung in den Kitas besser wären. Natürlich wäre es schöner, wenn die eine oder andere Ausstattung noch besser wäre, aber auf das, was wir in Rheinland-Pfalz haben, können wir stolz sein. Was wir in Rheinland-Pfalz im Bereich der frühkindlichen Bildung erreicht haben, ist, dass viele, viele Kinder hier in den Kindergarten gehen. Mehr als in anderen Flächenländern. Deswegen glaube ich, ist das Angebot gut, ist das Angebot wichtig.

Es gibt keine Pflicht – das muss ich auch gleich dazu sagen, falls Sie das falsch verstanden haben –, aber das Angebot ist da. Ein gutes Angebot, das genutzt werden kann, das genutzt werden soll. Deswegen ist eine gute Kita-Versorgung auch eine Frage der Chancengleichheit in Rheinland-Pfalz. Kita!Plus war eines unserer Programme. Dazu gehören gute Vernetzungsstellen der Kitas mit den Familien, um Familien gleich bei den Kitas einbeziehen zu können. Wenn es Schwierigkeiten gibt, kommt man da viel besser zurecht. Das sind Programme, die wir gerne weiterführen werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Zum gerechten Leben gehört natürlich auch die Erwerbsarbeit. Die Erwerbsarbeit ist für uns alle eine Grundlage für ein würdevolles Leben.

Wir brauchen dazu in Rheinland-Pfalz ausreichend Arbeitsplätze. Ich glaube, auch da können wir in Rheinland-Pfalz zufrieden sein. Die Arbeitslosigkeit sinkt im Moment permanent. Natürlich gibt es Gebiete, in denen die Arbeitslosigkeit über dem Durchschnitt liegt. Aber das Land Rheinland-Pfalz, das einmal ein Agrarland war, hat sich in ein Industrieland gewandelt und jetzt in ein Dienstleistungsland. Es hat eine Zukunft. Es hat eine Perspektive. Diese Perspektive, die wir geschaffen haben, die wir in den letzten fünf Jahren mit gefördert haben, wollen wir weiter fördern.

Um noch einmal deutlich zu machen, auch die Grünen wollen keine Deindustrialisierung, wie es immer so schön von der Opposition heißt. Nein, wir stehen dazu, dass wir eine zukunftsfähige Industrie in Rheinland-Pfalz haben.

Vielleicht sind wir anderer Auffassung, was das eine oder andere Inhaltliche dieser Produktion betrifft. Aber wir stehen dazu, dass es weiterhin eine Industrie in Rheinland-Pfalz gibt, die eine gute Bedingung hat. Wir können froh sein, dass wir in der Weltwirtschaftskrise in Deutschland noch eine so hohe Anzahl an Industrie hatten. Die anderen Dienstleistungsländer in Europa sind viel schlimmer von der Krise erwischt worden. Deutschland ist deswegen so gut durchgekommen, weil wir eben die Industrie haben, weil wir die Dienstleistungen und einen guten Mix haben. Dafür wollen wir in Rheinland-Pfalz weiter sorgen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei SPD und FDP)

Zur Gerechtigkeit gehört natürlich auch die faire Entlohnung. Wir hatten hier schon angedeutet und angesprochen, dass es noch immer keine gleiche Entlohnung für die gleiche Arbeit gibt. Das trifft vor allem Frauen, die zu Recht sagen – Sie können das öfter am Equal Pay Day sehen –, sie arbeiten viel länger für das gleiche Geld, das die Männer erhalten. Meine Damen und Herren, es kann doch in einem modernen Land, in einer Gesellschaft wie Deutschland, in der wir auf der einen Seite auch in der Politik und in anderen Systemen Quoten eingeführt haben, auf die Dauer nicht gut gehen, dass man per Geschlecht diskriminiert wird, dass der eine mehr bekommt als die andere. Meine Damen und Herren, das ist Mittelalter. Das müssen wir sofort abschaffen, da können wir nicht lange auf die nächste Zeit hoffen, sondern da müssen wir klarmachen, dass, egal wo, der gleiche Lohn für gleiche Arbeit bezahlt werden muss. Das ist unsere Forderung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei SPD und FDP)

Ich möchte mich an der Stelle noch bei zwei Projekten in Rheinland-Pfalz bedanken – es gibt bestimmt noch viele mehr –, die die Integration in den Arbeitsmarkt besonders für Flüchtlinge gefördert haben. Deswegen ein Dank an die Handwerkskammern, die ihre Aufgaben dort sehr gut geleistet haben, und auch an die DEHOGA, die sich bereit erklärt hat, Flüchtlinge zur Ausbildung aufzunehmen. Das ist doch ein Modell, dass man in Rheinland-Pfalz und auch

in anderen Bundesländern zeigen kann und bei dem man in Rheinland-Pfalz, glaube ich, als erster in die Puschen kam und gesagt hat, wir wollen eine Arbeitsmarktintegration auch von Flüchtlingen. Wir werden natürlich in allen Bereichen daran weiter arbeiten. Ich weiß, dass im Wirtschaftsministerium viel Vorarbeit geleistet wurde und es bestimmt auch weiter gemacht wird. Darauf freue ich mich.

Wir haben eine Vielfalt in Rheinland-Pfalz. Ich möchte Ihnen diese Vielfalt noch einmal deutlich machen, auch wenn es manche nicht gerne hören. Wir haben eine Vielfalt, die wir in Rheinland-Pfalz „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ nennen. Ich halte das für einen sehr schönen Begriff; denn wir sind bunt in Rheinland-Pfalz. Wir können gemeinsam leben, auch wenn wir nicht alle die gleiche Farbe haben.

Die Farben gemeinsam ergeben ein viel schöneres Spektrum als eine Einheitsfarbe alleine. Diese Vielfalt, die sich auf die Menschen und die Herkunft der Menschen in Rheinland-Pfalz bezieht, aber natürlich auch auf die sexuelle Orientierung – Sie kritisieren das immer –, ist ein Grundpfeiler eines offenen und vielfältigen Landes. Das werden wir uns von keinem wegnehmen lassen. Dafür werden wir auch in Zukunft kämpfen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Die Innere Sicherheit war ein großes Thema. Ich möchte gar nicht viel dazu sagen. Aber wir haben klargemacht, dass wir in Zukunft mehr Polizisten einstellen.

Viele haben hier gefordert, dass man die Polizei entlasten muss. Wir machen das zum einen, indem wir die Verwaltungsaufgaben von der Polizei auf andere übertragen, zumindest einige. Insofern ist die Polizei mehr auf der Straße. Wir machen das, indem wir Vorarbeit leisten, beispielsweise gegen Rassismus, gegen Rechtsradikalismus,

(Zurufe der Abg. Damian Lohr und Michael
Frisch, AfD)

auch gegen Linksradikalismus. Sie haben gesagt – Frau Klöckner hat es angesprochen –, es gab eine höhere Steigerung bei linksextremen Straftaten. Ich möchte aber die absolute Anzahl nennen. 2014 gab es 54 linksextreme Straftaten in Rheinland-Pfalz, 2015 waren es 69. Das ist eine Steigerung von 35 %.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Jede
Straftat ist eine zu viel!)

– Ja natürlich, das sage ich doch hiermit auch. 2014 gab es 500 rechtsextreme Straftaten, 2015 waren es 700. Das ist in etwa prozentual der gleiche Anstieg, aber es sind eben 200 mehr.

(Abg. Alexander Frisch, AfD: Aber bei den
Gewalttaten sieht es anders aus!)

Dann darf man es nicht gleichsetzen, sondern muss schon sehen, wo im Moment die Gefahr liegt.

Ich möchte aber nicht zwischen verschiedenen Straftaten unterscheiden. Straftaten sind Straftaten. Aber man muss

schon die absoluten Zahlen dazu nennen.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Aber ich habe
doch nichts anderes gesagt!)

Ich möchte auf jeden Fall – ich glaube, das ist hier wichtig – noch einmal die Abschiebep Praxis in Rheinland-Pfalz erwähnen. Sie fordern von verschiedenen politischen Lagern her eine erhöhte Zahl an Abschiebungen. Wir haben uns in Rheinland-Pfalz vereinbart, dass eine freiwillige Ausreise besser ist als eine Abschiebung. Ich glaube, das hat auch Zukunft.

Wir haben viele Menschen überreden können, dass sie freiwillig in ihr Heimatland zurückgehen, wenn sie hier keine Perspektive haben. Wenn Sie beispielsweise die Entlastung der Polizei fordern, müssten Sie auch für eine freiwillige Ausreise sein; denn eine Abschiebung ist erstens weit weniger human als eine freiwillige Ausreise, es ist zweitens kostenintensiver und belastet die Polizei mehr. Es belastet auch die Psyche der Polizisten, die dabei sind und täglich Abschiebungen vornehmen müssen.

Meine Damen und Herren, freiwillige Ausreise – dafür ist uns auch die Polizei in Rheinland-Pfalz dankbar –

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Drehtür!)

prioritär vor Abschiebung zu setzen, ist eine gute Methode. Das ist eine Methode, die wir beibehalten werden, weil sie eben eine humane Methode ist, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei SPD und FDP)

Zu den Finanzen bleibt mir – ich habe nur noch zwölf Minuten Redezeit – nicht mehr so viel zu sagen. Wir haben – das wurde gestern schon erwähnt – bei den Kommunen eine viel bessere Ausstattung als früher. Das kann man an der Stelle einmal festhalten. Wir können gerne in den Ausschüssen besprechen, was noch notwendig ist. Aber die letzten fünf Jahre hat es gegriffen, dass die Landesregierung die Kommunen stärker unterstützt hat, vor allem auch – das haben Sie auch erwähnt – die schwächeren Kommunen besser unterstützt hat.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Aber mit dem
Geld der anderen!)

Sie hat die, die mehr Lasten zu tragen haben, unterstützt. Es ist doch richtig, dass die Kommunen, die mehr Lasten tragen, besser unterstützt werden als die anderen. Das heißt nicht, dass die anderen nicht unterstützt werden. Aber wir haben das erste Mal einen positiven Saldo. Das wundert mich als Ludwigshafener immer; denn wir haben einen negativen Saldo in Ludwigshafen.

(Abg. Anke Beilstein, CDU: Ach nein!)

Aber im Land haben wir einen positiven Saldo von 82 Millionen Euro. Wir haben 596 Millionen Euro mehr als 2011. Das ist doch ein Wort. Meine Damen und Herren, damit können die Kommunen auch zufrieden sein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und einzeln bei SPD und FDP)

Wir fordern natürlich mehr Unterstützung vom Bund für die Kommunen. Ich glaube, es ist eine richtige Diskussion, dass wir den Bund immer wieder auffordern, die kommunale Ebene mehr zu unterstützen als bisher. Viele Probleme schlagen auf der kommunalen Ebene auf, werden auf der kommunalen Ebene behandelt und werden dort auch gelöst. Deswegen muss die Finanzunterstützung der kommunalen Ebene auch vom Bund höher sein als bisher.

Ich möchte zu unseren Kernthemen kommen. Diese habe ich noch gar nicht angesprochen. Ich komme zum Thema Klimaschutz.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Au ja!
Endlich!)

Meine Damen und Herren, Sie haben das Hochwasser in Rheinland-Pfalz angesprochen. Wir haben Regenmengen, wie wir sie so noch nie gehabt haben. Das ist bedauerlich. Auch hier ein Dank an die Helfer im Land, die die Not lindern. Es ist wirklich eine wahre Not, wenn man vom Hochwasser betroffen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD, CDU und FDP)

Ich glaube, man kann die Augen nicht vor einer Tatsache verschließen. Ich möchte jetzt nicht sagen, dass dieses Hochwasser direkt vom Klimawandel abhängt, aber wir haben durch den Klimawandel immer mehr solche Ereignisse. Wir haben immer mehr Starkregenereignisse. Das ist nachgewiesen. Wir müssen unserer Verantwortung – Sie werden natürlich sagen, das kann Rheinland-Pfalz nicht alleine tun – beim Thema Klimaschutz nachkommen. Deswegen haben wir in den letzten fünf Jahren das Thema Klimaschutz ganz oben auf die Agenda gesetzt. Wir haben ein Klimaschutzgesetz in Rheinland-Pfalz erarbeitet, dem die CDU trotz mehrfacher Einladung nicht zugestimmt hat, obwohl es die CDU in Baden-Württemberg geschafft hat, einem Klimaschutzgesetz zuzustimmen.

Nun ja, es gibt sozusagen neues Spiel, neues Glück, eine neue Legislaturperiode. Vielleicht werden Sie auch im Umweltbereich noch ein wenig aktiver, meine Damen und Herren von der Opposition. Wir können dann auch gemeinsam mit der CDU weitere Klimaschutzmaßnahmen umsetzen.

Wir brauchen das in Rheinland-Pfalz, weil es nicht nur Klimaschutz ist, weil es nicht nur Umweltschutz ist, sondern weil es auch Arbeitsplätze schafft. Meine Damen und Herren, die erneuerbaren Energien schaffen Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Millionenhöhe in Rheinland-Pfalz direkt. Wir müssen nicht das Geld für Öl und Kohle ausgeben, die wir übrigens importieren. Wir fördern außer Braunkohle keine Kohle mehr in Deutschland in nennenswertem Umfang. Wir müssen das Geld nicht für Importöl und Importkohle ausgeben, wenn wir vor Ort mit unseren erneuerbaren Energien und Ressourcen dann auch Strom und Wärme produzieren. Das ist für alle gut, für die Arbeitsplätze, für die Wirtschaft und natürlich auch für unser Budget in Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei SPD und FDP)

Wir haben aus dem Landesklimaschutzgesetz konkrete Umsetzungsmaßnahmen entwickelt. Es ist ein Klimaschutzkonzept, das in den nächsten fünf Jahren natürlich auch weiter verfolgt wird. Wir haben als Landesregierung eine Vorbildfunktion festgelegt. Wir haben auch in dem jetzigen Koalitionsvertrag noch einmal deutlich gemacht, dass dann, wenn wir Neubauten errichten, diese energieeffizient sein müssen, so weit und so gut es geht, dass es auch Passivhäuser darunter geben muss und wir die Stromwende, die es im Moment gibt, also die Stromproduktion in Rheinland-Pfalz, vor allem noch weiter durch Effizienzmaßnahmen beim Energiesparen und durch Wärmemaßnahmen ergänzen wollen. Wir wollen also bei der Energie im Wärmeverbrauch Schwerpunkte setzen. Dazu haben wir auch für die nächsten fünf Jahre Gelder eingestellt.

Wir werden das umsetzen. Wir werden zeigen, dass es geht. Wir werden sehen, dass es in Rheinland-Pfalz Nahwärmenetze gibt, die beispielsweise mit einheimischen Brennstoff, mit Holz oder mit Abfällen aus der Landwirtschaft, auch funktionieren, sodass es Kreisläufe gibt und die Abfälle genutzt werden können.

Dann machen wir tatsächlich aus dem, was wir bisher weggeworfen haben, Geld, Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Das ist unser Ziel.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Die Verkehrswende gehört natürlich zum Klimaschutz dazu, genauso wie der aktive Klimaschutz in den Kommunen. Die Kommunen machen das vielfach auch schon. Wir werden die Kommunen weiter beraten.

Wir haben in der Energieagentur, um das Reizwort einmal aufzugreifen,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Noch 20
Stellen zusätzlich geschaffen!)

viele gute Ansätze im Zusammenhang mit den Kommunen.

(Zurufe der Abg. Christian Baldauf und
Julia Klöckner, CDU)

– Ich rede gar nicht von Ihnen in der ersten Reihe, meine Damen und Herren von der CDU. Wer kommunal aktiv ist, der weiß auch, dass die Beratungsangebote der Energieagentur vor Ort sehr geschätzt werden.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Weil sie Geld
bringen, du Schlauberger!)

– Weil sie Geld bringen, genau, und weil sie Effektivität und Einsparungen bringen. Herr Baldauf, Sie haben es verstanden. Ich gratuliere Ihnen. Stimmen Sie mit uns das nächste Mal für die Energieagentur.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
SPD)

Wir haben eine Verantwortung für die Umwelt und den Naturschutz in Rheinland-Pfalz. Wir haben viel erreicht in diesem Bereich.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Was ist mit dem 100 %-Ziel?)

Wir haben Biotopkonzepte im Wald. Wir haben Biotopnetzungen. Das sind keine Spielwiesen, sondern es sind essenzielle Grundlagen für die Zukunft, dass es eine Biodiversität in Rheinland-Pfalz gibt, dass es auch in Rheinland-Pfalz einen funktionierenden Naturraum gibt. Darum werden wir uns natürlich weiter kümmern. Ich möchte das Wort dann doch einmal erwähnen: Das macht auch die ökologische Landwirtschaft. Sie macht natürlich mehr Biotopschutz. Deswegen ist es wichtig, dass sie auch gemeinsam mit der anderen erhalten bleibt.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Aber die anderen machen doch auch Biotopschutz!)

Das haben wir schon immer hier gesagt. Deswegen ist es wichtig,

(Abg. Christine Schneider, CDU: Deswegen gibt es zwei Ministerien!)

dass wir das eine fördern und das andere auch, jedes auf seine Art und Weise, meine Damen und Herren. Da lassen wir uns auch nicht auseinanderdividieren. Sie werden sehen, dass die Landwirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz in den nächsten fünf Jahre sehr gut funktionieren wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei SPD und FDP –

Abg. Christian Baldauf, CDU: Was ist mit der Energiewende? Gelten die 100 %-Ziele noch?)

Besonders stolz sind wir auf den Nationalpark, der seinen ersten Geburtstag gefeiert hat, ein Kind, das sich weiter entwickelt und ein schönes erstes Geburtstagsfest hatte, soweit ich es gehört habe. Ich selbst konnte nicht dabei sein. Vielleicht schaffe ich es beim zweiten Geburtstag.

Weil es immer klarer wird, dass dieser Nationalpark in Rheinland-Pfalz – der einzige, den wir haben – eine Erfolgsstory ist, glaube ich, dass er auch eine Erfolgsstory bleiben wird. Es werden immer mehr Menschen dort hindrängen. Die Chancen vor Ort werden erkannt. Es werden die wirtschaftlichen Chancen vor Ort, die touristischen Chancen und natürlich auch die ökologischen Chancen erkannt.

Wir haben darüber hinaus als Schwerpunkt festgelegt, dass wir im Biosphärenreservat Pfälzerwald gemeinsam mit dem Bezirksverband, der vor Ort verantwortlich ist, entsprechend handeln werden. Meine Damen und Herren, Herr Baldauf, Sie kennen die Hütten im Pfälzerwald, und die werden wir unterstützen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, genau! –

Beifall des Abg. Alexander Schweitzer, SPD –

Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

– Sogar das ist jetzt garantiert, zumindest für die nächsten Jahre.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das steht jetzt im Protokoll!)

Herr Baldauf, da Sie das so zustimmend aufnehmen, werden Sie jetzt bitte auch dieses Programm unterstützen. Gehen Sie auch auf die Leute vor Ort zu, gehen Sie auf die Verantwortlichen im Bezirksverband zu, damit wir vernünftige Konzepte umsetzen können, damit wir die Pfälzerwald-Hütten erhalten können, aber auch das Biosphärenreservat insgesamt. Ich habe Ihr Ja gehört und bin optimistisch, dass sich in den nächsten fünf Jahren etwas bewegt.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Und die Naturfreunde!)

– Die Naturfreunde machen natürlich sowieso mit, die haben es schließlich gefordert.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Es war mir nur wichtig, das fürs Protokoll zu erwähnen!)

– Wir halten im Protokoll die Naturfreunde fest, und die SPD macht auch mit.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss bald zum Schluss kommen. Ich möchte noch erwähnen, dass wir in Rheinland-Pfalz auch für eine gesunde Ernährung sorgen. Ich glaube, dies ist ein Herzensanliegen unserer Ministerin, die viele Projekte im Bereich gesunde Ernährung angestoßen hat. Wenn man sieht, mit welchen Krankheitsbildern die Kinder bereits in die Schulen kommen, wenn man sieht, wie schlecht die Ernährung manchmal zu Hause ist, aber auch wenn man sieht, wie schlecht die eine oder andere Kantinenernährung ist, die wir manchmal schon in unserem Leben genießen mussten, dann sieht man, dass es wichtig ist, im Bereich Ernährung auch weiterhin aufzuklären und auch weiterhin gutes Essen anzubieten.

Das ist nicht nur eine Frage der Lebensqualität. Natürlich gefällt es jedem, gut zu essen und gut zu trinken. Aber es ist auch eine Frage der Gesundheit, und deswegen ist es wichtig, dass wir die Programme, die wir aufgelegt haben, auch fortsetzen und zukünftig verstärkt den Menschen mitteilen.

Ebenso wichtig ist der Verbraucherschutz in allen Bereichen, egal, ob er Jugendliche betrifft oder ob er Rechtsfragen betrifft. Der Verbraucherschutz wird immer wichtiger werden, weil sich die Verbraucher selbst organisieren müssen und sich selbst orientieren müssen. Sie müssen selbst die Informationen einholen, und deswegen ist es so wichtig, dass die Verbraucherzentrale in Rheinland-Pfalz eine solche gute Funktion übernimmt und in diesem Bereich eine so gute Aufklärungsarbeit leistet. Wir wollen die Verbraucherzentrale auch weiterhin unterstützen, damit sie die Aufklärung für die Verbraucherinnen und Verbraucher leisten kann.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Wir haben im Bereich der Umweltwirtschaft einen hohen Umsatz. Ich will das an dieser Stelle noch einmal betonen.

Wir haben in den letzten fünf Jahren gerade die Umweltwirtschaft, gerade den ökologischen Ansatz erfolgreich gefördert. 29.000 Beschäftigte in unterschiedlichen Branchen sind in der Umweltwirtschaft tätig, und wir haben Steigerungsraten, die noch viel höher liegen als bei anderen Wirtschaftsbereichen. Das muss man beachten. Wir haben das Projekt Ecoliance, das wir auch weiter beibehalten und fördern möchten, weil dort Wachstumsmärkte sind. Wachstumsmärkte tun Rheinland-Pfalz gut, vor allem dann, wenn es keine Wachstumsmärkte im Bereich der Umweltverschmutzung sind, sondern im Bereich der Umweltschutz und des Umweltschutzes. Dann sind wir natürlich sofort dabei, wenn wir dieses Wachstum steigern können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Infrastruktur ist ganz wichtig für Rheinland-Pfalz. Aber ich sage Ihnen auch, für die Zukunft ist die Infrastruktur der Glasfasernetze noch bedeutend wichtiger als die der Straßen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Der Radwege!)

– Die Infrastruktur der Radwege wird auch wichtiger, Herr Baldauf. Sie haben doch jetzt schon ein Fahrrad.

Deswegen glaube ich, wir sollten uns auf die Infrastruktur des Glasfasernetzes konzentrieren, und das tut diese Landesregierung, damit man in den Dörfern, im ländlichen Raum genauso schnell Informationen erhalten kann, genauso Arbeitsplätze schaffen kann und genauso Dienstleistungen anbieten kann wie in den Städten.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, ich habe Ihnen einen kurzen Abriss darüber gegeben, was uns als Grüne wichtig ist, sowie darüber, was der Demokratie in Rheinland-Pfalz zugutekommt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Man hätte es auch in drei Sätzen sagen können!)

Ich sage Ihnen ganz deutlich, wir stehen für eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, wir stehen für Transparenz, und wir werden in den nächsten fünf Jahren unsere Versprechen umsetzen, gemeinsam, zu dritt in der Ampelkoalition, die dann zeigen wird, dass sie gut funktioniert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD:
Wunderbar!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielen Dank, Herr Dr. Braun, Sie haben für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesprochen.

Es liegt eine weitere Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dr. Bollinger vor. Bitte schön, Sie haben das Wort. Sie haben noch drei Minuten und 39 Sekunden Redezeit.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Habe ich nicht noch mehr Redezeit aufgrund der Regierungserklärung?

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nein, nein. Sie haben 45 Minuten plus sechs Minuten Zuschlag, und die Regierung hat bisher nicht gesprochen. Deshalb gibt es keinen Zuschlag.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Aber gestern hat doch die Regierung gesprochen. Sie hat deutlich länger als 45 Minuten gesprochen.

(Zuruf aus dem Hause: Das wird eigentlich nicht diskutiert! –

Abg. Martin Haller, SPD: So wie es im Ältestenrat besprochen war!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nein, Sie haben noch drei Minuten und 39 Sekunden Redezeit. – Bitte schön!

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Dann verzichte ich.

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Okay.

(Zuruf aus dem Hause: Auch gut, vielen Dank! –
Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Es liegt eine weitere Wortmeldung der Frau Abgeordneten Lerch vor. Bitte schön, Sie haben das Wort. Die FDP hat noch eine Redezeit von drei Minuten und 28 Sekunden.

Abg. Helga Lerch, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als bildungspolitische Sprecherin meiner Fraktion brennt es mir auf den Nägeln, an dieser Stelle noch einmal einiges klarzustellen.

Frau Klöckner, Sie haben von der Einheitsschule gesprochen. Es gibt in Rheinland-Pfalz keine Einheitsschule, und es wird auch keine Einheitsschule geben.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben im Koalitionsvertrag diesen Begriff nie verwendet, weder dem Wort nach und den Buchstaben nach noch dem Inhalt nach.

(Zurufe von der CDU)

Deshalb ist es nicht angebracht, dass die Opposition diesen Begriff gebraucht und damit die Eltern in diesem Land irreführt.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf der Abg. Julia Klöckner CDU)

Wir sprechen im Koalitionsvertrag von einem differenzier-
ten und durchlässigen Schulsystem, und genau das wollen
wir auch realisieren.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Und genau
das schauen wir uns an!)

Es wird dabei bleiben, dass es in Rheinland-Pfalz alle
Schularten geben wird, die es heute gibt. Das gilt für das
Gymnasium gleichermaßen wie für die Förderschule. Ich
appelliere noch einmal eindringlich an dieser Stelle: keine
Irreführung in diesem Land, was die Eltern anbelangt und
die Schüler.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr
richtig! –
Weitere Zurufe von der SPD: Bravo! Sehr
gut! –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Das war die
erste klare Aussage dieser Koalition,
Wahnsinn! –
Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Frau Lerch.

Der Abgeordnete Dr. Bollinger hat sich noch einmal zu
Wort gemeldet. Wir korrigieren unsere Aussage, die sechs
Minuten Zuschlag waren bei den drei Minuten und 39 Se-
kunden Redezeit noch nicht dabei. Sie haben also neun
Minuten und 39 Sekunden. – Bitte schön, Herr Dr. Bollin-
ger, Sie haben das Wort.

(Beifall der AfD)

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Minister-
präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Gäste!
Nachdem mein Vordränger hart mit der Ampel zu Gericht
gegangen ist, darf ich mit einem persönlichen Aspekt er-
öffnen und wahrscheinlich überraschen. Die Erweiterung
der repräsentativen Demokratie durch wirksame Volkst-
sentscheide auf allen Ebenen nach dem Schweizer Vorbild ist
ein Kernanliegen der AfD. Wir möchten nämlich den Bür-
gern die Möglichkeit geben, selbst über wichtige Belange
zu entscheiden, die ihr Leben direkt betreffen.

In Rheinland-Pfalz gibt es seit Längerem formal die Mög-
lichkeit direktdemokratischer Beteiligungen der Bürger
durch Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide
auf der Landesebene. Dort sind die Hürden aber bislang
so absurd hoch gewesen, dass dies faktisch unmöglich
war, und deshalb ist auch bislang noch kein Volksentscheid
umgesetzt worden. Wir haben in unserem Landtagswahl-
programm daher eine deutliche Senkung der erforderlichen
Unterschriftenzahl für Volksinitiativen und Volksbegehren

gefordert und einen kompletten Wegfall der Quoren für
Volksentscheide nach dem Vorbild der Schweiz.

Nun hat die Landesregierung unsere diesbezüglichen Vor-
schläge aufgegriffen und weitgehend übernommen.

(Heiterkeit bei SPD, FDP und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit der Ministerpräsidentin Frau
Dreyer)

Die AfD wirbt immer für Rheinland-Pfalz, und das begrü-
ßen wir natürlich inhaltlich.

Nachsteuerungsbedarf sehen wir in Bezug auf die Quoren
für Volksentscheide, die, wie in der Schweiz, vollständig
entfallen sollten. Dafür und für die Stärkung der direk-
ten Demokratie im Lande und im Bund werden wir uns
in jedem Fall weiterhin einsetzen und würden auch eine
Initiative mit unterstützen, die auf eine Einführung von bun-
desweiten Volksentscheiden gerichtet sein würde.

(Beifall der AfD)

Damit aber genug des Lobes. Meine Damen und Herren,
als ich in der Regierungserklärung gelesen habe, dass
Land und Kommunen Hand in Hand gehen, da musste ich
zweimal hinschauen. Ich bin nämlich seit zwei Jahren Vor-
sitzender unserer Kreistagsfraktion im Neuwieder Kreistag
und habe in dieser Eigenschaft ganz andere Erfahrungen
gemacht, und ich gehe einmal davon aus, dass es vielen
kommunalpolitisch aktiven Kollegen ähnlich geht.

Es gibt „Gold-Kommunen“, von denen die Rede war, aber
die Regel sind sie sicherlich nicht – und das liegt nicht
an den Kommunen. Ganz im Gegenteil sind die Kommu-
nen gerade auch in Rheinland-Pfalz das schwächste Glied
in der föderalen Finanzierungskette und bekommen von
Bund und Land den finanziellen schwarzen Peter durchge-
reicht.

Wie die kommunalen Spitzenverbände und Vertreter der
Kommunen regelmäßig zu Recht monieren, wurde das
Konnexitätsprinzip massiv verletzt. Kommunen und Land-
kreisen wurden viele Aufgaben und damit verbundene Aus-
gaben insbesondere im Sozialbereich übertragen, ohne
ihnen die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung
zu stellen.

Ich möchte nur als Beispiel berichten, im Kreis Neuwied
besteht der Haushalt zu 75 % aus Jugend- und Sozialab-
gaben, und 95 % davon sind Pflichtausgaben. Das, meine
Damen und Herren, ist der Haushalt einer Sozialagentur.

(Beifall der AfD –
Zuruf von der SPD)

Die Kommunen müssen die Misswirtschaft der Bundes-
und Landespolitik ausbaden und für die verantwortungslo-
se Gesinnungspolitik vieler Bundes- und Landespolitiker
zahlen, bei der von finanzieller Nachhaltigkeit nicht die
Rede sein kann.

(Abg. Martin Haller, SPD: Was ist denn
Gesinnungspolitik?)

Ein Beispiel hierfür ist die Finanzierung des Kita-Ausbaus auf Kosten der Kommunen, die in den kommunalen Haushalten massiv zu Buche schlägt. Es wurde bei diesem Konzept, das inhaltlich sicherlich Berechtigung hat, die Rechnung ohne die Kommunen gemacht, bzw. es wurde zulasten der Kommunen gemacht, ohne Einbezug der Kommunen.

Ein weiteres Thema sind die finanziellen Belastungen durch die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylbewerbern, die auch nach Erstattungen von Bund und Land noch sehr beträchtlich sind. Wenn man alles zusammenrechnet – die Hilfen für Asylbewerber, die Aufwendungen für diejenigen, die als Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten in Hartz IV hineinrutschen, Personalaufwendungen, die allein im Kreis Neuwied mit 1,5 Millionen Euro im Haushaltsplan 2016 verankert sind, Gesundheitskosten und die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die UMF –, liegen wir sicherlich mindestens im hohen einstelligen Millionenbereich.

(Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD: Sie werden komplett zurückerstattet! Es wird komplett zurückerstattet!)

– Absolut nicht, das ist lächerlich! Lächerlich!

Auch in diesem Punkt werden die Kommunen finanziell alleingelassen, und ich denke, dass Neuwied in diesem Bereich eher als eine „Gold-Kommune“ für die Situation der Kommunen und Landkreise im Lande steht. Deren Gesamtsumme der Verschuldung liegt übrigens in Deutschland bei über 130 Milliarden Euro.

Der einzige Grund, weshalb der Schuldendienst die Kommunen nicht schon längst in die Insolvenz getrieben hat, sind die historisch niedrigen Zinsen, die aus der Niedrigzins-Strategie der EZB herrühren. Die Kehrseite davon ist wiederum die kalte Enteignung der deutschen Sparer durch den Wertverlust ihrer Ersparnisse.

(Beifall der AfD)

Herrn Sinn zufolge haben deutsche Sparer durch diese kalte Enteignung seit 2007 über 300 Milliarden Euro verloren.

Auch den Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken gerade auch in Rheinland-Pfalz schadet der Niedrigzins übrigens massiv. In diesem Bereich sollte sich die Landesregierung auf allen Ebenen einsetzen, um ein Ende dieser Niedrigzins-Strategie zu bewirken. Diese Themen – das wissen wahrscheinlich alle, die kommunalpolitisch aktiv sind – sind ein Dauerbrenner in kommunalen Haushaltsreden. Quer durch die Parteien sind sich jedes Mal alle einig, dass die Situation der Kommunen dringend verbessert werden muss. Die anwesenden Landtagsabgeordneten und Bundestagsabgeordneten versprechen, die Botschaft nach Mainz und Berlin zu tragen, und nichts passiert.

Es handelt sich hierbei um einen schon lange existierenden Missstand, und Rot-Grün hat hierbei eine besonders unrühmliche Rolle gespielt. Die vier Städte mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland liegen in

Rheinland-Pfalz.

Mehrere Kommunen und Landkreise sind gegen die Landesregierung vor Gericht gezogen, um sich eine bessere finanzielle Ausstattung zu erstreiten.

(Abg. Martin Haller, SPD: Und haben verloren!)

Aber ein kommunaler Finanzausgleich mit einer aufgabenangemessenen Finanzausstattung steht weiterhin aus.

Frau Ministerpräsidentin, von „Hand-in-Hand“ sollte daher besser nicht gesprochen werden.

(Beifall der AfD)

Angesichts der doch knapp bemessenen Zeit will ich es dabei bewenden lassen. Aber es war mir ein Anliegen, die Perspektive der Kommunen hier einzubringen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Herr Dr. Bollinger, vielen Dank. Sie haben für die Fraktion der AfD gesprochen. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir die Aussprache über die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin abschließen können.

Bevor wir zu weiteren Punkten der Tagesordnung kommen, darf ich auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Mülheim-Kärlich der 9. Jahrgangsstufe, die Klassen 9 c und 9 d, herzlich im Parlament willkommen heißen!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu den weiteren Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Vom Landtag vorzunehmende Wahlen

a) Wahl eines ordentlichen berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 17/6 –

Gemäß Absprache im Ältestenrat wird die Wahl ohne Aussprache durchgeführt. Aus der in der Drucksache 17/6 enthaltenen Vorschlagsliste ist ein ordentliches berufsrichterliches Mitglied zu wählen. Ich will darauf hinweisen, dass gemäß dem Landesgesetz über den Verfassungsgerichtshof die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs mit Zweidrittelmehrheit der Anwesenden zu wählen sind. Nach der Wahl ist festzustellen, ob das gelungen ist.

Ich darf um einen Vorschlag für die Wahl bitten.

Abg. Martin Haller, SPD:

Herr Präsident, die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion haben sich auf den Wahlvorschlag Herrn Dr. Mildner geeinigt und bitten, darüber abzustimmen.

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Herr Abgeordneter Haller, vielen Dank. Der Präsident des Finanzgerichts, Dr. Ulrich Mildner, Neustadt an der Weinstraße, ist vorgeschlagen worden. Weitere Vorschläge sehe ich nicht. Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Damit ist der Vorschlag einstimmig angenommen.

b) Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses, die Abgeordnete des Landtags sind

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/41 –

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/42 –

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD
– Drucksache 17/43 –

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/44 –

Hier sind acht Mitglieder und acht stellvertretende Mitglieder zu wählen. Wenn ich richtig gezählt habe, entsprechen die vier gemachten Wahlvorschläge genau der Zahl der zu Wählenden.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/41 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/42 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/43 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der FDP – Drucksache 17/44 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Somit haben wir die Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses, die Mitglieder des Landtags sind, vorgenommen.

c) Wahl der rechtsanwaltschaftlichen Mitglieder in den Richterwahlausschuss

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtages
– Drucksache 17/22 –

dazu:

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/45 –

Gibt es weitere Vorschläge? – Herr Dr. Bollinger, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Mündlich schlagen wir für den Ausschuss Herrn Dr. Dhonau, als Stellvertreter Herrn Rechtsanwalt Leverkinck und Herrn Dr. Böhmer vor.

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Wir stimmen zunächst über den Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/45 – ab. Wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Wahlvorschlag ist mit den Stimmen der SPD, CDU, FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Damit ist kein Raum mehr für weitere Mitglieder. Deshalb erübrigt sich die Abstimmung über den Vorschlag der Fraktion der AfD.

d) Wahl von Mitgliedern des Landtages in den Interregionalen Parlamentarier-Rat (IPR)

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/46 –

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/47 –

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD
– Drucksache 17/48 –

Für diesen Interregionalen Parlamentarier-Rat sind neun Mitglieder und neun stellvertretende Mitglieder zu wählen. Hier ergibt die Summe der drei Wahlvorschläge die Zahl der zu Wählenden.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/46 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/47 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/48 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

e) Wahl von Mitgliedern des Landtags in den Oberrheinrat (ORR)

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD

– Drucksache 17/49 –

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/50 –

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD
– Drucksache 17/51 –

Hier sind fünf Mitglieder zu wählen. Stellvertreter gibt es keine. Die Zahl der Wahlvorschläge entspricht der Zahl der zu Wählenden.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/49 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/50 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/51 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

f) Wahl von Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK)

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/52 –

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/53 –

Es sind drei Mitglieder zu wählen. Es liegen zwei Wahlvorschläge vor. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/52 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/53 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Wir haben die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission gewählt.

g) Wahl von Mitgliedern der G 10-Kommission

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/54 –

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/55 –

Es sind drei Mitglieder zu wählen. Zwei Wahlvorschläge liegen vor. Die Zahl der Vorgeschlagenen entspricht der Zahl der zu Wählenden.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/54 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/55 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe die **Punkte 3 bis 6** der Tagesordnung auf:

Entlastung der Landesregierung Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 2014 Antrag der Landesregierung – Drucksache 16/6025 –

Jahresbericht 2016 Unterrichtung durch den Rechnungshof – Drucksache 16/6050 –

Entlastung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 2014 Antrag des Rechnungshofs – Drucksache 16/6057 –

Stellungnahme der Landesregierung zum Jahresbericht 2016 des Rechnungshofs (Drucksache 16/6050) sowie Ergänzung zum Schlussbericht der Landesregierung im Entlastungsverfahren für das Haushaltsjahr 2013 (Drucksache 16/6122) – Drucksache 17/7 –

Gemäß Absprache im Ältestenrat erfolgt die Behandlung dieser Tagesordnungspunkte ohne Aussprache.

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Beratung durch die Rechnungsprüfungskommission zu überweisen. Des Weiteren wird vorgeschlagen, den noch nicht vorliegenden Kommunalbericht des Rechnungshofes nach Eingang unmittelbar ebenfalls an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Beratung durch die Rechnungsprüfungskommission zu überweisen.

Wer dem Verfahrensvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Übertragung von Zustimmungsvorbehalten für den Landtag nach der Landeshaushaltsordnung (LHO), dem Universitätsmedizingesetz (UMG) sowie dem Ausführungsgesetz zu Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz auf den Haushalts- und Finanzausschuss sowie weitere Überweisungen zur Besprechung an den Haushalts- und Finanzausschuss **Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Landtag Rheinland-Pfalz - 17. Wahlperiode - 3. Sitzung, 02.06.2016

– Drucksache 17/30 –

Gemäß Absprache im Ältestenrat erfolgt die Behandlung ohne Aussprache. Sofern keine Ausschussüberweisung beantragt wird, können wir direkt über den Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/30 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! –

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen dritten Plenarsitzung dieses Landtages. Ich lade Sie zur 4. Plenarsitzung des Landtages am Mittwoch, den 22. Juni 2016, ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Ende der Sitzung: 14:00 Uhr